Montag, 11. März 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 59 - 11.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Flugverkehr: Lufthansa und Interflug der „DDR" wollen nach Abschluß der Leipziger Messe Gespräche über eine eventuelle Ausweitung des Linienflugverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" führen. Als erstes soll das Aufkommen im Flugverkehr einer kritischen Analyse unterzogen werden. (S. 10)

Austausch? Die Gründung eines deutsch-polnischen Jugendwerks als Zeichen der Aussöhnung 40 Jahre nach Kriegsende hat Bundeskanzler Kohl angeregt.

Schlußlicht Hessen: Industriemanager halten nach einer vom CDU-Wirtschaftsrat bestellten Umfrage die Rahmenbedingungen in den fünf CDU-geführten Bundesländern für günstiger als in den SPD-regierten. Am besten schnitt Baden-Württemberg, am schlechtesten Hessen ab.

Afrikahilfe: In Genf beginnt eine UNO-Sonderkonferenz über Hilfsmaßnahmen für 30 Millionen Menschen, die in Afrika von Hungersnot bedroht sind. Bonn wird durch Entwicklungshilfeminister Warnke vertreten. (S. 2)

China: Der Spitzenpolitiker Deng hat die Propagandaorgane gewarnt, keine Mißverständnisse über den Reformkurs Chinas aufkommen zu lassen. China halte entschieden an sozialistischen Prinzipien fest, auch wenn es sich fremden Investitionen öffne.

Druck verschärft: Der polnische Arbeiterführer Walesa darf bis auf weiteres seinen Wohnort Danzig nicht ohne polizeiliche Erlaubnis verlassen. Gegen Walesa wird wegen „Organisation illegaler Aktionen" ermittelt. Der regimekritische Schriftsteller Zbigniew Zakiewicz ist von Unbekannten im Treppenhaus seiner Danziger Wohnung verprügelt und schwer verletzt worden. (S. 10)

Golfkrieg: Mit unverminderter Härte setzen Irak und Iran die gegenseitige Bombardierung und Beschießung von Städten fort. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung seit einer Woche werden auf mindestens 2000 Tote und Verletzte geschätzt. (S. 5)

Nahost: Wegen Anschlagdrohungen bereiten die USA die Evakuierung amerikanischer Zivilisten aus Libanon vor. Der Flugzeugträger „Eisenhower" und ein Lenkwaffenzerstörer wurden von Mallorca in die Region beordert.

Pakistan: Nach den Wahlen zur Nationalversammlung hat Staatschef Zia gestern den größten Teil der 1977 ausgesetzten Verfassung wieder in Kraft gesetzt. Bestehen bleiben vorerst das Kriegsrecht und das Parteienverbot.

Verkehrung: Der auf Lebenszeit gewählte tunesische Präsident Bourguiba (81) bestellte Regierungschef Mzali zu seinem künftigen Nachfolger.

ZITAT DES TAGES



»Wer ernsthaft und dauerhaft die Arbeitslosigkeit bekämpfen will, darf jetzt keine neuen Kosten und Abgaben mehr beschließen. Unser Problem ist nicht, daß unsere Arbeitszeit zu lang, sondern daß unsere Arbeit zu teuer geworden ist«

Paul Schnitker, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, auf der 37. Internationalen Handwerksmesse in München (S. 13) FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 1985 um mehr als *100 000 gegenüber* dem Vorjahrsmittel rechnet Arbeitgeberpräsident Esser. Die Wirtschaft befinde sich in einer Aufbruchstimmung. Es gebe nicht nur sehr hohe Aufträge aus dem Ausland, auch im Inland verzeichne die Industrie Investitionen auf weit überdurchschnittlichem Niveau. (S. 10)

Chemie: In der chemischen Industrie wird es bald mehr Angestellte als Arbeiter geben, ermittelte der Arbeitgeberverband. Zur Zeit liege die Angestelltenquote bei 47 Prozent, verglichen mit 31,4 Prozent in der gesamten Industrie.

US-Arbeitsmarkt: Seit vergangenem Sommer hat sich weder die Arbeitslosenrate noch die Zahl der Amerikaner ohne Job nennenswert verändert. Neue Arbeitsplätze gibt es praktisch nur noch im Dienstleistungsgewerbe. Die Arbeitslosenquote betrug im Februar 7,3 Prozent. (S. 12)

Konfusion: Welchen Geldkurs steuert die US-Notenbank? Wünscht sie einen schwächeren oder stärkeren Dollar? Die Antwort blieb der Chef des Federal Reserve Board, Volcker, bei einem Kongreß-Hearing schuldig. Die US-Aktienmärkte reagierten in der vergangenen Woche mit einem Kurssturz. (S. 11)

KULTUR

Wagner: Der große Mario del Monaco wollte immer auch zur ersten Garnitur der Wagner-Heroen aufsteigen, doch er kam nie über den Sigmund hinaus. Sohn Gian-Carlo stellte sich nun in Saarbrücken mit einer „Tannhäuser"-Inszenierung zum ersten Mal einem Wagner-Test – und bestand. (S. 19)

Lyriker: Er schreibt, nach eigenem Bekenntnis, Lyrik, um am Leben zu bleiben. Und das, obwohl mit Lyrik kaum ein Lebensunterhalt zu verdienen ist. Hans Peter Keller wird heute 70 Jahre alt. Ebenfalls 70 wird Karl Krolow, der sich einem ähnlichen Zwang ausgesetzt sieht. (S. 19)

SPORT

Tischtennis: Georg Böhm gewann bei den Deutschen Meisterschaften in Saarbrücken den Titel im Einzel. Er schlug Stellwag 21:19, 21:11, 21:19.

Tennis: In Sindelfingen bezwang die deutsche Mannschaft im Daviscup Spanien mit 3:0. Nächster Gegner werden im August in Hamburg die USA sein. (S. 17)

AUS ALLER WELT

Finanznöte: Die Kassen des Vatikans sind leer. Für 1985 wird mit einem Defizit von 95,7 Millionen Mark gerechnet. Jetzt wird zu einer weiteren Erhöhung des „Peterspfennigs" aufgerufen. (S. 20)

Theaterbrand: Von einem Großfeuer, das während einer Probe ausbrach, ist das historische Nationaltheater von Warschau, die älteste Sprechbühne Polens, weitgehend zerstört worden.

Wetter: Stark bewölkt, zeitweise Regen. 5 bis 9 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Karamanlis fühlt sich betrogen

Sozialisten mit neuen Präsidentschafts-Kandidaten

E. ANTONAROS, Athen

Durch die überraschende Entscheidung des griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou, die diese Woche fällige Wiederwahl des seit 1980 amtierenden Staatsoberhauptes Konstantin Karamanlis doch nicht zu unterstützen, ist in Griechenland über Nacht eine völlig neue innenpolitische Lage entstanden. Papandreou hatte während einer Sitzung des Zentralkomitees seine linksgerichteten Pasok-Partei unter stürmischem Beifall mitgeteilt, daß er anstelle des Spitzenpolitikers Karamanlis den 55jährigen Richter am Obersten Gericht, Christos Sartzetakis, für das Amt des Staatspräsidenten nominiere. Kurz darauf wurde Papandreous Vorschlag, worüber nicht einmal der Nominierte selbst im voraus informiert gewesen war, vom Zentralkomitee und der Fraktion der Regierungspartei einstimmig gebilligt.

Gleichzeitig gab Papandreou seine Absicht bekannt, eine weitreichende Änderung der Verfassung von 1975 einzuleiten. Ein ebenfalls von den beiden Parteigremien verabschiedeter Änderungsentwurf sieht insbesondere eine Einschränkung der Vollmachten des Staatsoberhauptes vor. Nach Papandreous Angaben soll dadurch ein „gesünderes Gleichgewicht zwischen dem Amt des Staatsoberhauptes und der demokratisch gewählten Regierung" entstehen.

Papandreous unvorhergesehene Entscheidung schlug deswegen wie ein Blitz in Griechenlands politische Welt ein, weil der Sozialistenchef durch zahlreiche Äußerungen in den vergangenen Monaten den Eindruck erweckt hatte, daß er eine Wiederwahl von Konstantin Karamanlis unterstützen würde. Noch vor gut zwei Wochen hatte Papandreou gesagt, daß der 77 Jahre alte Politiker „eine Garantie für die politische Normalität" in Griechenland sei. Auch gegenüber Karamanlis soll Papandreou, wie Karamanlis selbst in einer verbitterten Erklärung zum Ausdruck brachte, gesagt haben, daß er mit seiner Wiederwahl einverstanden wäre. Seinen Meinungswechsel begründete Papandreou damit, daß er mit Karamanlis an der Staatsspitze eine Durchführung der von den Sozialisten angestrebten „Wende" nicht möglich sei, obwohl er ihm ein „vorbildhaftes Verhalten" bescheinige.

Karamanlis, der Mitte vergangener Woche von der liberalkonservativen Oppositionspartei „Neue Demokratie" nominiert worden und offensichtlich davon ausgegangen war, daß sich auch die Pasok-Partei ähnlich verhalten würde, gab unmittelbar nach Papandreous Entscheidung seinen Verzicht auf eine Kandidatur bekannt. Er habe seine Wiederwahl nie gesucht, obwohl die Führer der beiden großen Parteien, insbesondere die Pasok, immer wieder zugesichert hatten, daß sie ihn unterstützen würden. Karamanlis' Stellungnahme ist zu entnehmen, daß er sich von Papandreou betrogen und überlistet fühlt. Hätte Papandreou Karamanlis unterstützt, so wäre der wichtigste griechische Politiker der Nachkriegszeit mit den Stimmen der beiden Großparteien als eine Art Integrationsfigur wiedergewählt worden.

Seite 2: Der Alleinherrscher

„Terroristen werden zu Killer-Typen"

Neue Operationsbasis über „Internationalisierung"

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Bombenanschlag auf das Hertie-Kaufhaus in der Dortmunder Innenstadt gibt, was die Zuordnung der Täter betrifft, der Polizei weiterhin Rätsel auf. Dieser Anschlag, so hieß es am Sonntag beim Bundeskriminalamt (BKA), sei aufgrund der bisherigen Ermittlungen „keiner bestehenden und bekannten Gruppierung zuzuordnen". Als Bombenbehälter habe der Stoßdämpfer eines Panzers gedient, in den „unkonventioneller" Sprengstoff gefüllt worden sei.

Der Leiter der Abteilung Terrorismusbekämpfung beim Bundeskriminalamt (BKA), Klaus Becker, hat sich auf einer internationalen Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung über das terroristische Potential in der Bundesrepublik Deutschland und dessen Querverbindungen zu Gruppen in Nachbarländern geäußert. Becker: „Die neue, erweiterte Kommandoebene der terroristischen RAF ist unberechenbar geworden und muß als gefährlich angesehen werden. Sie operiert feige und hinterhältig und ist bestrebt, das Eigenrisiko besonders gering zu halten." Die neue RAF-Generation, so Becker, verhalte sich wie „kaltblütige kriminelle Verbrecher". Er sprach von „Killer-Typen". Sie werde daher im Rahmen ihrer Zielsetzung dort angreifen und zum Beispiel „dort versuchen zu töten, wo der Schutz des Opfers relativ gering ist". Ein erhöhter Schutz könne daher die Gefährdung erheblich reduzieren.

Zu dieser neuartigen Entwicklung habe die Verbindung der RAF zur Action Directe in Frankreich beigetragen. Becker: „Die RAF hat jetzt, wie der Mord an Dr. Zimmermann beweist, Formen der Tatbegehung von ausländischen Terrororganisationen übernommen."

Zum „Kernbereich" der RAF seien nach den Festnahmen im Sommer 1984 „nachweislich" zehn Personen, die mit Haftbefehl gesucht würden, gestoßen. Hinzugerechnet werden müßten weiterhin Inge Viett und Henning Beer. Die Gesamtzahl dieses terroristischen Kernbereichs werde derzeit auf 15 bis 20 Personen geschätzt, sagte Becker vor hochrangigen Kriminalisten aus zahlreichen Ländern. Zum „engeren Umfeld", also zur Rekrutierungsbasis, würden rund 200 Personen gezählt, während dem „allgemeinen terroristischen Umfeld" etwa 2000 Personen zugeordnet würden. Aus diesem Kreis heraus sei der jüngste Eß-Streik inhaftierter RAF-Mitglieder agitatorisch unterstützt worden.

Becker nannte weitere Zahlen, die in ihrer Summe weithin unbekannt sind: Vom 4. Dezember 1984, also dem Beginn des Eß-Streiks inhaftierter RAF-Mitglieder, bis zum 5. Februar 1985 seien in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 50 Brand- und 23 Sprengstoffanschläge verübt worden. Die Hälfte davon habe „eindeutige Bezüge" zu der Aktion der RAF-Inhaftierten gehabt.

Durch die personelle Verstärkung des im Untergrund operierenden RAF-Kerns und der zum Teil verwirklichten „Internationalisierung" habe sich die Gefahr erhöht. Vor allem könnten sich durch den letzteren Aspekt neue Operationsmöglichkeiten ergeben.

DER KOMMENTAR

Tempolimit und Plauderlimit

MANFRED SCHELL

Die Bonner Minister wären gut beraten, wenn sie sich künftig in einem kurzen Telefongespräch zunächst der Authentizität ihrer „veröffentlichten" Erklärungen vergewisserten, ehe der Eindruck eines medienträchtigen internen Kampfes entsteht. Der Koalition blieben so unnötige Aufregungen erspart, Minister, die wohlmeinend miteinander umgehen, gerieten nicht in eine Frontstellung und, was das wichtigste ist, der Bürger würde nicht noch weiter verunsichert.

Ein Paradebeispiel dafür, wie es die Politiker nicht machen sollten, gab es an diesem Wochenende: Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) plädierte gegen ein Tempolimit 100 auf den deutschen Autobahnen. Er widersprach damit Bundesinnenminister Zimmermann (CSU), der mit einem solchen Limit der deutschen Automobilindustrie für den Fall gedroht haben soll, daß sie ihn bei einem deutschen Alleingang bei der Einführung umweltfreundlicher Autos im Stich lasse. Zimmermann hat solche Aussagen dementiert, wenn auch nicht schnell genug, so daß sich die Nachricht „umsetzen" konnte.

Gleich, wie es im einzelnen gelaufen sein mag, unterm Strich bleibt zusätzliche Verwirrung zurück. Sie ist deshalb um so schädlicher, weil die Unsicherheit über das Hin und Her bei der Einführung abgasärmerer Fahrzeuge ohnehin schon groß ist. Der Automobilindustrie und den Autokäufern fehlen klare, verläßliche politische Vorgaben, ab wann nun der Katalysator für die Hubraumklassen zur Pflicht wird, wie hoch die Mehrkosten sind und wieviel der Staat an Steuerreduzierungen zuschießen wird. Weitere Unklarheit gefährdet Arbeitsplätze.

Die Bundesregierung, vor allem Zimmermann, hat sich sehr stark für das Katalysator-Auto engagiert, aus umweltschutzpolitischen Gründen. Die Automobilindustrie hat anfangs der Diskussion nur widerwillig mitgezogen, sich dann aber als sehr flexibel erwiesen. Sie weiß, daß die Entwicklung zum abgasärmeren Auto nicht mehr aufzuhalten ist und ergreift ihre Chance.

Es war vorauszusehen, daß es innerhalb der EG massive Bedenken gegen den Vorstoß der Deutschen geben würde. Diese Problematik wurde in Bonn zu spät bedacht. Zimmermann hat auf der letzten Sitzung des Ministerrates Konzessionen gemacht, vor allem gegenüber den Italienern und Franzosen. Es gibt Anzeichen für eine Übereinkunft mit ihnen noch in diesem Monat. Großbritannien ist der schärfste Widersacher gegen die Bonner Pläne.

Frau Thatcher hat sich in der EG als entschiedene Vertreterin britischer Finanz-Interessen hervorgetan. Diese Härte sollte für Bonn, wenn es um das umweltfreundliche Auto geht, beispielhaft sein.

Renten: Schäuble greift Angebot der SPD auf

DW. Hamburg

Zwischen der Bundesregierung und der SPD-Opposition zeichnet sich die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zur Lösung der Rentenprobleme ab. Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble (CDU) sprach sich dafür aus, das Angebot der SPD-Spitze aufzugreifen, die Lösung der Rentenprobleme mittel- und langfristig gemeinsam anzugehen. In einem Gespräch mit der Redaktion der „Badischen Zeitung" in Freiburg sagte der CDU-Politiker, in diesem Angebot der SPD könne eine Chance liegen, bei einer grundlegenden gesellschaftlichen Frage zu einer gewissen Gemeinsamkeit der großen politischen Kräfte zu finden.

Der Kanzleramtsminister gab sich nach Angaben der Zeitung überzeugt, daß die SPD-Führung das Kooperationsangebot an die Bundesregierung in der Rentenfrage nicht nur aus kurzfristigen wahltaktischen Überlegungen vorgetragen habe. Schäuble betonte, die Diskussion über eine eventuelle Zusammenarbeit habe nichts mit „Fingerübungen in Sachen großer Koalition" zu tun.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hatte zuvor sein Angebot zur Zusammenarbeit mit der christlich-liberalen Bundesregierung in wesentlichen Punkten der Innenpolitik erneuert. In einem Interview der „Bild"-Zeitung sagte er: „Grundsätzlich haben alle Parteien die nationale Verantwortung zur gemeinsamen Bewältigung der großen Probleme wie Arbeitslosigkeit, Umweltbelastung oder Rentenkrise."

Zimmermann gegen Tempolimit

Erfolgreicher Abschluß der EG-Verhandlungen noch in diesem Monat möglich

DW. Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat an die deutsche Automobilindustrie und die Autokäufer appelliert, sich in der Frage der Einführung des umweltfreundlichen Autos nicht weiter verunsichern zu lassen. Noch in diesem Monat sei mit einem erfolgreichen Abschluß der EG-Verhandlungen zu rechnen. Entschieden wies der Sprecher des Ministeriums, Wighard Härdtl, zurück, Zimmermann wolle ein sofortiges Tempo 100 auf Autobahnen. Härdtl wandte sich damit gegen die Darstellung einer Sonntagszeitung, Zimmermann wolle ein sofortiges Tempolimit auf Autobahnen durchsetzen, falls ihn die Automobilindustrie bei einem deutschen Alleingang in der EG zur Einführung schadstoffarmer Autos im Stich lasse. Der Innenminister halte vor dem Abschluß des zu Jahresbeginn angelaufenen Großversuchs Geschwindigkeitsbegrenzungen weder für sinnvoll noch für hilfreich.

Gegen die Einführung von „Tempo 100 im Hauruck-Verfahren" hat sich auch Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) ausgesprochen. Nach den bisher vorliegenden Informationen wird eine Geschwindigkeitsbegrenzung die Umweltbelastung nicht wesentlich verringern, sagte Bangemann.

Aus der Sicht des Bundesinnenministeriums wird es bei den geplanten steuerlichen Hilfen für umweltfreundliche Autos keine substantiellen Änderungen geben, auch wenn die endgültige Einigung auf EG-Ebene noch aussteht. In Bonn werden allerdings noch Änderungen im Bereich der Kleinwagen für möglich gehalten, zumal Frankreich für eine stärkere Förderung der Umrüstung derartiger Fahrzeuge eintritt, während der steuerliche Anreiz für Katalysatorwagen als zu hoch angesehen wird.

In einem „Spiegel"-Interview hat BMW-Chef Eberhard von Kuenheim das bisherige Vorgehen Bonns scharf kritisiert. Es sei nicht glücklich, wenn die Bundesregierung immer wieder erkläre, notfalls werde auch ein nationaler Alleingang gewagt werden. „Unsere Regierung tritt zu deutsch auf", sagte von Kuenheim.

Wähler an der Spree zurückhaltend

Im Saarland zeichnete sich rege Wahlbeteiligung ab / Kommunalwahl in Hessen

DW. Bonn

Rund fünf Millionen Wahlberechtigte waren gestern – zur Halbzeit der Amtsperiode von Bundeskanzler Helmut Kohl – aufgerufen, in Berlin und im Saarland ihre Landesparlamente sowie in Hessen die Kommunalvertretungen zu wählen. Bei der Landtagswahl im Saarland zeichnete sich bis zum Nachmittag eine höhere Wahlbeteiligung als vor fünf Jahren ab. Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus hatten um 16 Uhr deutlich weniger Wähler als 1981 ihre Stimme abgegeben.

An der Saar gaben bei strahlendem Sonnenschein bis 14.30 Uhr nach Angaben des Landeswahlleiters 49,5 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Vor fünf Jahren lag die Beteiligung zum gleichen Zeitpunkt erst bei 45,5 Prozent, nach Schließung der Wahllokale bei 85,0 Prozent. Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus war die Beteiligung bis zum Nachmittag deutlich geringer als vor vier Jahren. Bei feucht-kaltem Wetter hatten nur 56,4 Prozent ihre Stimme abgegeben, im Mai 1981 waren es 64,6 Prozent gewesen.

Vor allem der Ausgang der Wahlen in Berlin und an der Saar – dort gibt es wie in Bonn eine konservativ-liberale Koalition – wurde mit Spannung erwartet. Dabei ging es insbesondere um die Frage, ob die Freien Demokraten wieder den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schafften.

In Hessen hatten die Wähler über die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen, der Kreistage und der Stadtverordnetenversammlungen der fünf kreisfreien Städte zu entscheiden.

Das politische Interesse konzentrierte sich auf den Wahlausgang in Frankfurt. Hier mußte Oberbürgermeister Walter Wallmann die seit 1977 bestehende absolute Mehrheit der CDU gegen den SPD-Kandidaten Volker Hauff verteidigen.

Honecker sendet „positive Signale" nach Bonn

Bundeskanzler Kohls Erklärung zur Grenzfrage begrüßt

HANS-J. MAHNKE, Leipzig

Positiv hat SED-Chef Erich Honecker die Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl im Deutschen Bundestag zur Grenzfrage gewertet. Kohls Erklärung über die Unverletzlichkeit aller in Europa bestehenden Grenzen hat nach einigen Irritationen „dazu beigetragen, daß eine bestimmte Ruhe eingekehrt" sei, sagte Honecker am Sonntag in Leipzig bei seinem Besuch des Messestandes des Dortmunder Stahlunternehmens Hoesch AG. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, hat sich der SED-Chef für den Ausbau der deutsch-deutschen Beziehungen ausgesprochen.

Nach dem knapp 15minütigen Besuch am Hoesch-Stand, bei dem Honecker von Ministerpräsident Willi Stoph und anderen Mitgliedern der „DDR"-Führung begleitet wurde, sprach der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Hans Otto Bräutigam, von einem sehr guten Zusammentreffen. Honecker habe das Gemeinsame herausgestellt und nicht das Trennende. Dazu habe er zum Ausdruck gebracht, daß die „DDR" weiterhin an einem Ausbau der Zusammenarbeit interessiert sei.

Im Hinblick auf den 8. Mai sieht Honecker in dem geplanten Treffen amerikanischer und sowjetischer Veteranen in Torgau an der Elbe einen Beitrag für ein besseres Klima in Europa. Maßnahmen zur Sicherung des Friedens seien eine gemeinsame Aufgabe, betonte er.

Bei seinem Rundgang auf dem Stand des Dortmunder Stahlunternehmens wies Honecker darauf hin, daß die „DDR" bestrebt sei, in jeder Hinsicht die „Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten" zu fördern. Damit könnten auch günstige Bedingungen für die Entwicklung der Gesamtbeziehungen geschaffen werden.

Bundeswirtschaftsminister Bangemann trifft heute abend in Ost-Berlin mit Günter Mittag zusammen, der im SED-Politbüro für Wirtschaftsfragen zuständig ist. Am Dienstag wird Bangemann auch ein einstündiges Gespräch mit Honecker führen.

Seite 11: Keine Illusionen

Steht Syrien hinter Bombenanschlag von Beirut?

lav. Jerusalem

Während die libanesische Regierung weiterhin die Schuld für den blutigen Bombenanschlag, bei dem am Freitag mehr als 50 Menschen getötet wurden, auf Israel schiebt, mehren sich die Anzeichen, daß Syrien hinter dem Attentat steht. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautete, soll das eigentliche Objekt der Bluttat der schiitische Scheich Hussein Mohammed Fadlallah, der Führer einer extrem pro-iranischen Bewegung, gewesen sein.

Fadlallah hatte angekündigt, sich der „ganzen Gebiete zu bemächtigen, die von israelischen Truppen geräumt werden, dort die iranische Flagge zu hissen und die libanesischen Fahnen zu verbrennen". Syrien hatte ihn daraufhin vor der Fortsetzung dieser Politik gewarnt.

Doch Fadlallah ging sogar noch einen Schritt weiter und befahl seinen Anhängern, den Kampf gegen die ebenfalls schiitische „Amal"-Bewegung zu verstärken. Der Anschlag vom Freitag war anscheinend Syriens Antwort auf Fadlallahs Unbeugsamkeit.

Washington und Moskau stecken Verhandlungsziele ab

US-Chefunterhändler spricht von „Mission für den Frieden"

DW. Genf

Für einen Erfolg der morgen beginnenden Genfer amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontroll-Verhandlungen sind nach den Worten von US-Präsident Ronald Reagan „Geduld, Stärke und westliche Einigkeit" nötig. Bei der Verabschiedung der amerikanischen Delegation wiederholte der Präsident seinen Wunsch nach einem Abkommen, das einschneidende Verringerungen bei den Atomwaffenarsenalen erlaube.

Der Leiter der amerikanischen Delegation, Max Kampelman, geht davon aus, daß die erste Verhandlungsrunde sechs bis acht Wochen dauern könnte. Die amerikanische Verhandlungsstrategie wurde von Präsident Reagan erst kurz vor der Verabschiedung der Unterhändler gebilligt. Sicherheitsberater McFarlane teilte mit, Reagan habe „ein halbes Dutzend Optionen" gebilligt, die bei den Verhandlungen über die Reduzierung der Atomwaffen von jeweils 8000 auf 5000 Sprengköpfe zur Anwendung kommen sollen. Das als Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) bezeichnete Programm einer Raketenabwehr aus dem Weltraum heraus sei jedoch nicht Verhandlungsgegenstand in Genf. Dort könne lediglich darüber diskutiert werden, sagte McFarlane.

Den Gesprächen über Weltraumwaffen mißt die Sowjetunion indes die größte Bedeutung zu, betonte der sowjetische Chefunterhändler Viktor Karpow bei der Ankunft seiner Delegation in Genf.

DW. Washington

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache seine Landsleute aufgefordert, auf den Kongreß einzuwirken, damit dieser die erforderlichen Gelder für die neue MX-Rakete bewillige. Der Präsident sagte, die Sowjets betrachteten die anstehende Entscheidung im Kongreß über die MX-Gelder als entscheidenden Test amerikanischer Entschlossenheit. Eine Ablehnung der Gelder würde den Sowjets signalisieren, „daß sie mehr durch Propaganda und Blockieren als durch ernsthafte Verhandlungen erreichen können".

Seite 7: Vor den Verhandlungen

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Alleinherrscher

Von Evangelos Antonaros

Am Wochenende ist ein politisch stabiler Zeitabschnitt in der Nachkriegsgeschichte Griechenlands zu Ende gegangen. Sozialistenchef Papandreou, der in Athen seit 1981 regiert, hat dem Staatspräsidenten Karamanlis über Nacht das Vertrauen entzogen. Karamanlis, der seine Kandidatur davon abhängig gemacht hatte, daß beide große Parteien ihn unterstützen, sagte daraufhin verbittert ab. Man wird bald erfahren, daß er die politische Szene Griechenlands verläßt.

Papandreou hat seinen einstigen Gegner schäbig behandelt. Bis zur letzten Minute fast hat er ihn und alle Hellenen glauben lassen, daß er die Wiederwahl des Präsidenten unterstützen werde. Aber seit wann wäre Papandreou beim Wort zu nehmen? Für ihn zählt nur die Macht.

Zwar hatte Karamanlis, wie auch Papandreou ihm bescheinigte, von seinen umfangreichen Prärogativen nie Gebrauch gemacht. Aber er wußte immer korrigierend einzuwirken, wenn Papandreou seine sozialistischen Pläne zu verwirklichen suchte. Papandreou mußte sich die Macht gewissermaßen mit dem Staatschef teilen. Daher geht er nun aufs Ganze. Der von ihm nominierte Richter Sartzetakis, der keine politische Erfahrung hat, wird ihm nicht im Wege stehen.

Die Art und Weise, wie Papandreou Karamanlis behandelt hat, sagt allerdings auch sehr viel über den Charakter des *griechischen Premiers aus: Er kennt keine Skrupel, Bindungen* bedeuten für ihn nichts, er ist für jede Überraschung gut. Deshalb müssen auch Griechenlands Verbündete sich auf neue Kapricien gefaßt machen. Für den selbsternannten Friedensapostel und Dritte-Welt-Enthusiasten Papandreou gibt es kaum etwas, was er nicht in Frage stellen kann.

Für die Griechen selbst bedeutet die Trennung von Karamanlis den Beginn innenpolitischer Turbulenzen. Wird Papandreous Kandidat zum Staatschef gewählt, so kommt die politische Gleichschaltung einen Schritt näher. Freilich könnte es sich herausstellen, daß Papandreou ein Eigentor geschossen hat. Viele Griechen hatten ihn gewählt, weil Karamanlis an der Staatsspitze stand. Möglicherweise hat Papandreou jetzt diese Sympathien aufs Spiel gesetzt.

Auf nach Uruguay

Von Carl Gustaf Ströhm

Reisen bildet, pflegten schon unsere Väter zu sagen. Sie hatten allerdings noch ein Sprichwort zur Hand: „Allzu viel ist ungesund". Was der stets reiselustige Bundesaußenminister Genscher in diesen Tagen sowohl sich selbst als auch der deutschen Politik insgesamt zumutet, schlägt alle Rekorde und könnte ihn zur Ehrenmitgliedschaft im Jet-Set prädestinieren.

Erst Moskau (wo er sich Unfreundlichkeiten von Gromyko anhören mußte), dann Helsinki (wo es um die Vorbereitung der Visite des Bundespräsidenten ging), dann schnell acht Stunden Warschau (wo Jaruzelski plötzlich von „Freundschaft" sprach, während noch der Nachklang der polnischen Revanchismus-Kampagne in der Luft lag). Zu tief nächtlicher oder bereits morgendlicher Stunde schwebte Genscher dann in Sofia ein, wo er mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow sowie Partei- und Staatschef Todor Schiwkow zusammentraf – ohne daß ihm letzterer einen neuen Termin für den auf sowjetischen Druck abgesagten Bonn-Besuch nennen konnte. Anschließend Pressekonferenz und von dort stehenden Fußes direkt nach Bonn.

Aber in Bonn hielt es ihn kaum länger als vierundzwanzig Stunden: Dann Abflug nach Südamerika – Uruguay und Brasilien. Ein ursprünglich vorgesehener Zwischenstop in Washington wurde offenbar gestrichen, nicht, weil es dem Weltenflieger zu viel war, sondern weil die Amerikaner nicht recht wollten.

Mit den Bulgaren hat Genscher, abgesehen von bilateralen Fragen, nach amtlicher Mitteilung auch über die besorgniserregenden Zustände in der Dritten Welt, also auch Lateinamerika, den Nahen Osten, die Friedensinitiative König Husseins und den irakisch-iranischen Krieg gesprochen. Und nun kommt der Minister nach Uruguay. Worüber wird er dort sprechen – über Bulgarien und die besorgniserregenden Zustände auf dem Balkan?

Das Verhältnis zur Hymne

Von Joachim Neander

Das ZDF will nun also ab April sein tägliches Programm mit der Nationalhymne beschließen. Zweierlei falsche Reaktionen darauf waren zu erwarten. Die eine könnte heißen: Aha, kaum sind die Privaten mit einer Neuerung auf dem Markt, da schwenken auch die Öffentlich-Rechtlichen darauf ein.

Die andere lautet bereits bei einigen Kommentatoren: Aha, die Wende schlägt bis ins TV-Programm durch. So muß denn auch mit den verbrauchten Agitationsvokabeln wie Nationalismus, Pangermanismus und Revanchismus zu neuer Warnung vor den bösen Deutschen gerechnet werden.

Dabei ist die Entscheidung des ZDF und seines Fernsehrats im Grunde nichts als eine mit mehr als zwanzigjähriger Verspätung nachgeholte Selbstverständlichkeit, die in anderen Ländern nie ernsthafter Diskussionsgegenstand gewesen wäre.

Natürlich waren die Deutschen nach 1945 in einem besonderen Zwiespalt: Grundsätzlicher Wille zum Neubeginn und doch vernünftiges Bewahren des in der eigenen Geschichte als bewahrenswert Erkannten. Hinzu kam die deutsche Teilung. Nirgendwo spiegelt sich dieser Zwiespalt besser als in der seltsam verklemmten Diskussion um die deutsche Hymne. Für eine Scheu vor zu lautem Hymnen-Pomp und -Pathos mochte man da Verständnis haben.

Aber diese Phase durfte nicht endlos verlängert werden. Daß die Melodie des Deutschlandliedes inzwischen sogar Motiv für Rockmusikgruppen geworden ist, zeigt nur, wie unnatürlich das Verhältnis vieler Deutscher zu ihrer Hymne geworden ist. Auf einem CDU-Landesparteitag forderte kürzlich der Parteitagspräsident die Delegierten auf, mit der Nationalhymne zu schließen. Es entstand eine quälende Pause.

Daß irgendeine Kapelle oder gar ein Tonband spielt, sind die Leute offenbar gewöhnt. Das hören sie sich an oder singen halbherzig mit. Die Hymne selber anzustimmen und zu singen wie etwas Eigenes, mit dem sie sich ganz selbstverständlich identifizieren, das scheinen sie nicht mehr zu kennen.

Den Parteitag rettete schließlich ein entschlossener Hinterbänkler. Das ZDF wird jetzt helfen, solches gar nicht erst entstehen zu lassen. Daß die ARD folgt, ist nicht zu erwarten. Vielleicht werden die Herren sich auf die Formel zurückziehen, sie seien Länderanstalten und könnten daher keine Nationalhymne senden.



Wer's glaubt, wird selig

KLAUS BÖHLE

Afrikas Elends-Häufung

Von Heinz Heck

Die heute in Genf beginnende UN-Sonderkonferenz über Nothilfe für Afrika wendet das weltweite Interesse erneut der katastrophalen Lage auf dem Schwarzen Kontinent zu. Aber wer Abhilfe schaffen will, muß sich zuerst über die Gründe der Entwicklung dort Klarheit verschaffen.

Es ist ein ganzes, zum Teil eng verwobenes Bündel von Ursachen, das viele Länder in Hunger und Elend getrieben hat. Neben der immer wieder zitierten Dürre sind es vor allem Kriege und Bürgerkriege und dazu unablässige steigende Rüstungsausgaben auch ärmster Länder, kommunistische Experimente, Korruption, schlechte Ausbildung eines großen Teils der Bevölkerung, die beiden Ölpreisexplosionen der siebziger Jahre (bei hoher Ölabhängigkeit und gering ausgebildeter Fähigkeit zu rascher Substitution), Hand in Hand damit zunehmende Abholzung (und Erosion im Gefolge) sowie Devisen- und Treibstoffmangel. Hinzu kommt die fehlende oder zumindest höchst unzulängliche Infrastruktur (etwa Transportsysteme sowie Möglichkeiten zur Getreidelagerung und zur Wasserspeicherung).

Dies alles vor dem Hintergrund eines in der Spitze drei- bis vierprozentigen Bevölkerungswachstums, das in der Welt kaum seinesgleichen findet. Alle Anstrengungen zu einer Besserung der Lage sind daher meist schon aus diesem Grund zum Scheitern verurteilt, da jeder bescheidene Fortschritt allein hiervon verzehrt wird.

Dabei ist die Agrarpolitik vielfach nicht einmal auf den rasch wachsenden Nahrungsmittelverbrauch ausgerichtet. Vielmehr werden oft die Agrarpreise gedrückt mit dem Ziel, politische Unruhen in den ausufernden urbanen Zentren zu vermeiden. Das wiederum löst einen Teufelskreis weiter sinkender Agrarproduktion, Verelendung und Stadtflucht aus. Oft genug kommt – mit dem Ziel der Machterhaltung – die einseitige Begünstigung des Militärs und der nationalen Industrie hinzu, was ebenfalls auf dem Rücken der Landwirtschaft ausgetragen wird. Nicht zu vergessen die überhöhten Wechselkurse, durch die die exportorientierte Agrarproduktion (meist der wichtigste Devisenbringer) zusätzlich belastet wird.

Dergleichen findet man allerdings auch in Asien und Lateinamerika. Nur scheint derzeit nirgendwo sonst die Verkettung widriger Umstände so ausgeprägt zu sein wie auf dem Schwarzen Kontinent. Die dadurch ausgelöste Verstärkung der Afrikahilfe aber geht zwangsläufig zu Lasten der übrigen Länder der Dritten Welt und löst dort zunehmend Beunruhigung aus. Ja, der Cordon insanitaire, der in den UNO-Gremien bisher Gemeinsamkeit selbst für die unsinnigsten und eigenen Interessen zuwiderlaufenden Forderungen herbeiführte, erscheint erstmals gefährdet.

Wer in dieser Lage von außen helfen, also Reformimpulse geben will, muß ein paar Wahrheiten beherzigen: Wirksame Hilfe ist gegen den Willen des Landes – seiner Regierung – nicht möglich. Diese *Erkenntnis macht sich allmählich* breit und führt etwa in internationalen Organisationen dazu, gezielt die reformwilligen Länder zu unterstützen.

Bei der Beurteilung des *Reformwillens anderer sollte man* allerdings auf dem Teppich bleiben. Die deutsche Bundesregierung beispielsweise hat ungeachtet ihrer erklärten Wendepolitik die Subventionen nicht nur nicht gesenkt, sondern vielmehr um Milliarden erhöht. Und die EG-Agrarpolitik, so pervertiert wie die vieler Länder Afrikas, wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen, ist aus vordergründigen politischen Erwägungen immer noch nicht reformiert worden, obwohl die Ergebnisse in Form von Überschüssen kaum weniger unerträglich sind als dort die Defizite.



Dem Westen sind die Hände gebunden: Hungernde Äthiopier FOTO: DPA

Es gibt reformwillige Länder in Afrika, die jetzt in enger Zusammenarbeit etwa mit der Weltbank und der UN-Organisation für Technische Hilfe (United Nations Development Program – *UNDP*) auf Strukturverbesserungen hinarbeiten. Was aber tun mit den anderen, die keine solche Bereitschaft zeigen? Wo Politzyniker die Millionen hungernder Menschen ungerührt als Erpressungs- und Druckpotential nutzen? Der Umkehrschluß, die Hilfe also für diese Länder einzustellen, verbietet sich aus humanitären Gründen, so beliebt er in Stammtischgesprächen sein mag. Die Weltöffentlichkeit kann Millionen zum Skelett abgemagerter Menschen nicht einfach hinnehmen. Wir sitzen politisch am kürzeren Hebel, denn dieser Zustand macht uns Außenstehenden offenbar mehr zu schaffen als den *Herrschern in Äthiopien und anderswo.*

Entwicklungshilfe mit Auflagen zu versehen – darum geht es letztlich – ist nicht allein eine entwicklungs-, sondern auch eine außenpolitische Frage. Ob und inwieweit ein Geberland seine außenpolitischen Beziehungen zur Dritten Welt mit entwicklungspolitisch motivierten Auflagen belasten will, hängt letztlich von der Bereitschaft ab, die damit verbundenen Konflikte mit den betroffenen Ländern durchzustehen, konstatiert das Deutsche Institut für Entwicklungshilfe in einer interessanten Studie (WELT vom 27. Februar).

Diese Bereitschaft ist nicht sonderlich ausgeprägt, wie etwa die Reise des amerikanischen Vizepräsidenten Bush nach Sudan gezeigt hat. Dort deutete Präsident Numeiri, nachdem die Amerikaner mit der Aussetzung ihrer Hilfe gedroht hatten, einen Flirt mit Khadhafi an – politisch absurd, denn er würde seine eigene Existenz damit aufs Spiel setzen, aber immerhin bezeichnend. In extremen Fällen sind dem Westen die Hände gebunden. Wir tun gut daran, die Reformwilligen um so intensiver zu unterstützen – und uns auf viele Afrika-Tage einzurichten.

IM GESPRÄCH Max Kampelman

Ungeduld schwächt nur

Von Fritz Wirth

Es war keine gute Nachricht für die Sowjets, als Ronald Reagan vor sechs Wochen Max Kampelman aus seinem stillen Anwaltsbüro im Watergate-Haus *herausholte und ihn zum* Chefunterhändler für die Abrüstungsgespräche in Genf berief. Nicht so sehr, weil sie diesen überzeugten Antikommunisten nicht mögen – viel schlimmer: sie respektieren ihn. Kampelman leitete drei Jahre lang die US-Delegation bei der Nachfolgekonferenz in Madrid (KSZE) und kennt wie kaum ein anderer die Tücken, Tricks und Taktiken sowjetischer Verhandlungsführung.

Er hat mit ihnen, so rechnete er aus, vierhundert Stunden am Verhandlungstisch verbracht und ihnen in dieser Zeit die Leviten gelesen über ihre Invasion in Afghanistan, über die Vorgänge in Polen, über Antisemitismus und Menschenrechtsverletzungen und dennoch zufriedenstellende Verhandlungsergebnisse mit nach Hause gebracht.

Seine Grundregel: „Du mußt stets einen Tag mehr Zeit haben als sie. Ungeduld schwächt die eigene Position. Versuche nie, guten Willen zu zeigen, *indem du gleich zu Beginn* Konzessionen machst. Was du als guten Willen verstehst, begreifen sie als Willensschwäche." So hat er sich denn auf lange und mühsame Gespräche in Genf eingerichtet.

Max Kampelman hat viele Gegner, aber niemals Feinde gehabt. Der Respekt vor ihm überwand stets die Glaubensgrenzen. So hat es denn auch kaum Aufsehen erregt, daß Ronald Reagan für diese Verhandlungen einen Mann auswählte, der nicht nur das andere Parteibuch besitzt, sondern Reagans Rivalen Walter Mondale im letzten Wahlkampf in außenpolitischen Fragen beriet. Jahrzehntelang war er einer der engsten Freunde Hubert Humphreys.

Sein gegenwärtiges Verhältnis zur Demokratischen Partei gleicht dem der ehemaligen UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick: Er unterschreibt den sozialpolitischen Kurs seiner Partei, setzt sich jedoch deutlich von deren Verteidigungspolitik ab. Kampelman war zeit seines Lebens ein Antikommunist, weil der Kommunismus antidemokratisch ist. Die Sorge um das wachsende militärische Übergewicht der Sowjets ließ ihn vor acht Jahren zusammen mit Ronald Reagan und *Paul Nitze das „Committee for the Present Danger"* gründen.



Vierhundert Stunden mit den Sowjets: Kampelman FOTO: AP

Max Kampelman ist 64 Jahre alt, Vater von fünf Kindern und ein hochangesehener Rechtsanwalt. Den Weg in die Politik ebnete ihm Hubert Humphrey, den er während seines Studiums auf der Universität in Minnesota kennenlernte. Kampelman war von Jugend an überzeugter Pazifist. Im Zweiten Weltkrieg war er Wehrdienstverweigerer und stellte sich Professor Ansel Keys als Versuchskaninchen bei dessen Forschungen über Hungererscheinungen zur Verfügung. Kampelman magerte dabei auf hundert Pfund ab. Keys' Untersuchungsergebnisse wurden nach Kriegsende zum Standardwerk bei der Behandlung fast zu Tode gehungerter KZ-Insassen.

Unter seinen demokratischen Parteifreunden gilt er heute wegen seines Plädoyers für eine entschlossene Verteidungspolitik als „erzkonservativ". Er entgegnet kühl darauf: „Ich weiß nicht, warum jemand, der die Sowjetunion als eine Gefahr für unsere Demokratie und Freiheit sieht, zwangsläufig konservativ sein muß. Männer wie Franklin Roosevelt, Harry Truman, Jack Kennedy, ‚Scoop' Jackson und Hubert Humphrey dachten wie ich. Kein Anlaß also, die Partei zu wechseln. Ich bleibe Demokrat."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Sie meint zur IG Bergbau als Terror-Ziel:

Eingeweihte hat es kaum überrascht, daß einer der jüngsten Sprengstoffanschläge im Ruhrgebiet der IG Bergbau und Energie gegolten hat. Diese Gewerkschaft, die wie keine andere im DGB eindeutig für die Verteidigung der westlichen Demokratie Position bezieht, die eine Unterstützung des DGB für den politischen Bergarbeiterstreik in Großbritannien verhindert hat, die eine offensive Energiepolitik unter Einbeziehung der Kernenergie vertritt, ist seit langem Haßobjekt der Terroristen und Kommunisten.

Ruhr-Nachrichten

Die Dortmunder Zeitung bemerkt zu Terror und Parteien:

Wer sich nicht klar von diesen *Urhebern des Terrors distanziert*, wer RAF-Leuten, die wegen erwiesener Verbrechen im Gefängnis sitzen, brieflich den Status „politischer Gefangener" zuerkennt, den trifft mit vollem Recht die ganze Wucht der Kritik. Christa Nickels und Antje Vollmer, die Bundestagsabgeordneten der Grünen, haben am Freitag versucht, ihr unglaubliches Unterfangen, das auch noch die Haltung der eigenen Fraktion korrigieren sollte, zu rechtfertigen. Doch was bleibt da an *Rechtfertigung möglich*, wenn in den Briefen an die Häftlinge in fast unterwürfiger Form die Absender versichern, sie seien nicht dafür, daß die Adressaten ihren Hungerstreik abbrachen? War dieser Hungerstreik doch Impulsgeber für die neuerliche Serie terroristischer Aktivitäten.

THE SUNDAY TIMES

Die Londoner Zeitung schreibt zur Beendigung des Bergarbeiterstreiks:

Lassen Sie uns mit einem lauten Hochruf beginnen, daß die Bergarbeiter wieder dort sind, wo sie hingehören, an ihren Arbeitsplätzen. Lassen Sie uns aber auch darüber froh sein, daß die Bedrohung des industriellen und politischen Lebens in diesem Lande durch Scargill abgewehrt worden ist ... Es war ein Sieg der Zukunft über die Vergangenheit, ein Sieg des Fortschritts über Reaktion, von kühler Besonnenheit über eine schreiende Masse.

LA STAMPA

Die Turiner Zeitung glaubt, daß die USA und die UdSSR gegen die Vernichtung Irans seien:

Weder die USA noch die UdSSR wollen Iran erwürgen, so wie das (der irakische Staatschef) Saddam Hussein wünscht. Mit oder ohne Khomeini ist dieses Land reich an Energiequellen und hat eine außerordentliche strategische Bedeutung. Es ist möglich – und könnte vorteilhaft sein –, die Henne mit den goldenen Eiern knapp zu halten, es ist jedoch kaum ratsam, ihr den Hals umzudrehen.

Hermann Axen und die rechtzeitige Waffenhilfe

Die Angst der SED vor dem Aufgehängtwerden / Von Werner Kahl

Das SED-Politbüro kann mit dem Bonner Auftritt seines Emissärs Hermann Axen zufrieden sein. Der Altkommunist und Parteifunktionär ohne Staatsamt hinterließ den Eindruck, als habe nach der SPD nun auch die Bundesregierung Beziehungen zur SED aufgenommen.

Das Ereignis fiel zufällig mit einem aus anderem Anlaß verfaßten Beitrag des Kieler Völkerrechtlers Wolfgang Seiffert, von 1967–1978 Professor für internationales Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung in der „DDR", zusammen. Wenn zu der Einsicht beigetragen werden könnte, schreibt der ehemalige Berater Honeckers im „Deutschland Archiv", daß „man mit SED und DDR nicht einfach *dadurch zu Rande kommt, daß* man mit beiden möglichst freundlich umgeht, sondern daß es sich hier um eine machtpolitische Auseinandersetzung handelt, so wäre dadurch unendlich viel gewonnen". Es handle sich „auch bei der Strategie der SED um eine kommunistische Politik, die der Machtausweitung des kommunistischen Systems in Deutschland dient".

Das ist Axens Feld, denn er ist im SED-Politbüro für Außenpolitik und zugleich für die kommunistischen internationalen Beziehungen zuständig. Dem 69jährigen ist nie eine Abweichung von Moskaus Linie unterlaufen. Für ihn vollzieht sich „der Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens" – so eine von Axen verfaßte Analyse in der „Einheit". Dieser Kampf werde „mit allen Mitteln, vor allem mit politischen, ökonomischen, ideologischen, diplomatischen" – und „in Fällen äußerster Zuspitzung auch mit militärischen Mitteln geführt".

Die Ultima ratio seiner Politik *folgert er aus einer Clausewitz-Interpretation* eigener Art: „Nach Erschöpfung aller politischen Möglichkeiten die rechtzeitige sozialistische Waffenhilfe" („Einheit", Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, herausgegeben vom SED-Zentralkomitee, 28. Jahrgang, Nr. 10, 1968, Seite 1209). Nach heftiger Kritik seitens westeuropäischer Kommunisten, vor allem der KP Italiens, an dem Überfall auf die Tschechoslowakei im August 1968 hatte Axen auf folgende Art gegengehalten: einmal mit dem Hinweis, daß an der Westgrenze „der aggressivste imperialistische Staat Europas, die westdeutsche Bundesrepublik", stand. In Bonn regierten damals Union und SPD, seine Gesprächspartner dieser Tage.

Dann folgte ein Schauermärchen, das freilich die tiefsten Ängste der brutalen Unterdrücker enthüllt: „Hätten die Parteien und Regierungen der fünf sozialistischen Bruderländer nach alledem ihre militärische Aktion erst dann beginnen dürfen – wie leider einige *Kommunisten in Westeuropa* sagen –, nachdem in Prag wie in Budapest 1956 Kommunisten aufgehängt worden wären?" Es entspreche der „internationalen Solidarität, dem Kräfteverhältnis in Europa", so Axen, „lebende Kommunisten zu retten, statt abzuwarten, um die toten Genossen zu rächen".

Demzufolge wurde „die Unabhängigkeit der sozialistischen CSSR nicht", wie die italienische KP behaupte, „durch die sozialistische Waffenhilfe der Bruderstaaten verletzt ... Im Gegenteil! Diese militärische Hilfsaktion hat die sozialistische Freiheit und nationale Unabhängigkeit der CSSR gegen die Anschläge der Konterrevolution und ihrer imperialistischen Hintermänner geschützt."

Überhaupt müsse man Begriffen wie Unabhängigkeit und Souveränität „ihren Klasseninhalt geben. *Vor allen Dingen darf niemals au*ßer acht gelassen werden, daß wahre Unabhängigkeit und Souveränität eines Staates erst unter der Herrschaft des Sozialismus verwirklicht werden." Auch das ist für seine *Bonner Gesprächspartner* ganz interessant.

„Selbst wenn die Armeen der verbündeten sozialistischen Staaten nicht zu Hilfe gerufen worden wären, hätten es die Interessen des Schutzes des Sozialismus in der CSSR, das heißt, die ureigensten nationalen und internationalen Interessen der tschechoslowakischen Völker, die Interessen der Sicherung der Westgrenzen der sozialistischen Staatengemeinschaft und damit die Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa erheischt, daß nach Erschöpfung aller politischen Möglichkeiten rechtzeitig die sozialistische Waffenhilfe erfolgt."

Das ist die – nie widerrufene – Maxime der SED-Politik. Axen geht nicht von einer Wiedervereinigung aus, so wie er auch einen Friedensvertrag ablehnt, weil dies eine Wiedervereinigung impliziert; seine Perspektive ist die „Vereinigung" beider Teile Deutschlands, sobald die „Klassenfrage" gelöst ist. Vereinigung meint den Zusammenschluß der sozialistischen „DDR" mit dem Gebiet der Bundesrepublik, wie es Honecker vor geraumer Zeit formulierte: Eines Tages komme der Moment, wo der Sozialismus an die Türen in Westdeutschland klopfe. Glücklicherweise verbietet der Datenschutz noch nicht, nachzuschlagen, was die SED zur Maxime ihrer (Deutschland-)Politik erklärt hat.

E. Edwards – Bonvivant, Angeklagter und Gouverneur

Der Gouverneur von Louisiana, Edwin Edwards, ist ein Phänomen. Viermal wurde er in den Kongreß, dreimal zum Gouverneur gewählt. Jetzt flatterte ihm eine Anklage wegen „dunkler Geschäfte" ins Haus. Doch auch das ist keine Premiere. Neun andere Verfahren hat er bereits ungeschoren überstanden.

Von FRITZ WIRTH

Mag das Wort für die Bürger von Louisiana auch noch so zungenbrechend sein – Edwin Edwards beharrt darauf, seinen Beruf und seine Art, das Leben zu meistern, in französisch anzugeben. Er nennt sich einen „Bonvivant". Er könnte sich auch Gouverneur des Staates Louisiana nennen, doch das ist erstens ein alter Hut und zweitens langweilig. Und nichts haßt dieser Mann, der den größten Gouverneurspalast in den Vereinigten Staaten bewohnt, mehr als Langeweile. Dieser Hang zum schönen Leben hat ihn zum exotischsten Gouverneur in den Vereinigten Staaten und zum populärsten Mann in Louisiana gemacht.



Nach der Anklage: ein Kuß für Gouverneur Edwards von Frau Elaine
FOTO: DPA

Und weil sich dieser Hang haarscharf an den Grenzen der Legalität bewegt, ist in die Sprachwelt dieses Mannes, der sich Dank seiner französischen Vorfahren gern französischer Vokabeln bedient, ein schnarrend-häßliches amerikanisches Wort eingedrungen, das sonst eigentlich nur Ganoven angehängt wird: „Racketeering", womit düstere Geschäfte gemeint sind.

Vor einigen Tagen flatterte Edwards nun eine Anklageschrift in den Gouverneurspalast, die gleich fünfzig solcher dunkler Geschäfte aufreiht. Er soll sich dabei um 1,9 Millionen Dollar bereichert haben. Innerhalb der nächsten neunzig Tage soll eine „Grand Jury", also eine Anklagekammer, darüber befinden, ob das Hauptverfahren gegen ihn eröffnet wird.

Für den Lebemann Edwin Edwards ist das ein vielleicht bedrückendes, aber keineswegs außergewöhnliches Ereignis. Nach eigenen Angaben hat er in seiner Laufbahn bereits neun Untersuchungen von „Grand Juries" hinter sich und ging aus allen als strahlender Sieger hervor. Nicht unbedingt immer reingewaschen, aber straffrei.

In allen anderen Staaten der USA würde wohl ein derartiger Rekord mit einem Begräbnis Erster Klasse direkt zu einem Karriere-Friedhof führen. Nicht so in Louisiana. In diesem Staate hat ein leichter Hauch von Skandal ungemein karrierefördernde Wirkung. So hangelte sich denn Edwin Edwards von Affäre zu Affäre zum erfolgreichsten Politiker des Landes hoch, eine Urkunde, die er sich selbst ausgestellt hat.

Immerhin: Er hat in seinem ganzen Leben noch niemals eine Wahl verloren und das waren in seiner Karriere immerhin schon 15. So wurde er viermal in den Kongreß gewählt, wurde zweimal hintereinander von seinen faszinierten Wählern zum Gouverneur gekürt und verbrachte nur deshalb einige Jahre in der politischen Wüste, weil in Louisiana kein Gouverneur drei Amtszeiten hintereinander ausüben darf. Inzwischen aber ist er nach einer Zwangspause wieder im Amt und zwar mit 62 Prozent der Stimmen.

So sicher war sich Edwin Edwards, der einen Kennerblick für schöne Frauen hat, seines Sieges, daß er im letzten Wahlkampf selbstsicher behauptete: „Ich kann diese Wahl nur verlieren, wenn ich entweder mit einem toten Mädchen oder einem lebenden Jüngling im Bett erwischt werde."

Er wurde nicht. Als Dank für das ungebrochene Vertrauen in seinen Amts- und Lebensstil heuerte er nach der letzten Wahl zwei „Jumbo Jets" an und verfrachtete damit 600 Bürger aus Louisiana zu einer einwöchigen Champagner-Tour nach Paris und Monte Carlo. Er verlangte jedem Mit-Lebemann dafür 10 000 Dollar ab und bezahlte mit dem Reingewinn von vier Millionen Dollar seine Wahlkampfschulden.

Der einzige, der reicher von dieser Reise zurückkehrte, war Edwin Edwards selbst. Der Nichtraucher und Abstinenzler hat eine gar nicht so stille Leidenschaft fürs Glücksspiel. Er erleichterte die Spielbank von Monte Carlo so im Vorübergehen um 15 000 Dollar.

Im Glücksspiel freilich ist er nicht ein ewiger Sieger. Als bekannt wurde, daß eine Anklagekammer in seine angeblich nicht immer blütenreinen Geschäfte hineinschaut, setzte er kühn und öffentlich eine Wette aus zum Kurs von 8:5, daß diese Untersuchung nicht zu einer Anklage führen werde. Edwards verlor. Er zahlte und bot ungebrochen eine neue Wette an, daß es nicht zum Schuldspruch und damit zur Eröffnung des Hauptverfahrens gegen ihn kommen werde.

Was zeigt: Er selbst sieht das alles gar nicht so streng. „Nein", versichert er denn auch blauäugig, „ich habe niemals im Konflikt mit dem Gesetz gelebt, sondern nur im Konflikt mit übereifrige Republikanern, die mir was anhängen wollen." Edwards ist Demokrat.

Als im übrigen die Republikaner während der Zwangspause Edwards' Gelegenheit hatten, Louisiana zur Abwechslung einmal das Schauspiel einer skandalfreien Administration zu bieten, fanden die Bürger das sehr langweilig und schickten den republikanischen Gouverneur schnell wieder in die Wüste. Man will hier von seinen Gouverneuren nicht nur verwaltet, sondern auch unterhalten werden.

Die Zweifel an der fleckenlosen Sauberkeit Edwards' begannen bei seiner ersten Gouverneurswahl im Jahre 1972, als eine Grand Jury untersuchte, ob er vom legendären koreanischen Lobbyisten Tongsun Park 10 000 Dollar angenommen habe. Es kam zu keiner Anklage. Auch der Verdacht von Kontakten mit dem Mafiaboß Carlos Marcello konnte wenig später nicht zu einer Anklage erhärtet werden.

Die jüngste Affäre, die Edwards den Vorwurf dunkler Geschäfte und des Betrugs einbrachte, dreht sich um den sogenannten „Krankenhaus-Skandal". Die Anklage wirft ihm vor, daß er zusammen mit seinem Bruder, seinem Neffen und vier weiteren Angeklagten seinen Einfluß mißbraucht habe, um staatliche Lizenzen zum Bau von Krankenhäusern zu erhalten.

Edwards behauptet, daß dies in jener Zeit geschehen sei, als er vorübergehend sei Amt als Gouverneur aufgeben mußte und daß das Geld, das er dabei verdient habe, angeblich 1,9 Millionen Dollar, lediglich ein Honorar für Rechtsberatung und damit völlig legitim gewesen sei. „Ich gebe zu, Geld gemacht zu haben", sagte er in der vorletzten Woche in einer Pressekonferenz, „das ist aufregend, aber keineswegs illegal." Sein republikanischer Vorgänger im Amt, David Treene, hat ihm nahegelegt, hier und heute bereits zurückzutreten, um das „Image von Louisiana nicht weiter in den Dreck zu ziehen". Edwards nahm den Rat nicht an. Er hat keinen Respekt für Treene, den er der größten politischen Sünde zieh, die in Louisiana denkbar ist, der Langweiligkeit. „Dieser Mann ist so langsam" sagte er, „daß er zum Anschauen der Fernsehsendung ‚Sixty Minutes' anderthalb Stunden braucht."

Den Bürgern von Louisiana gefallen solche Sprüche. Sie haben eine unverändert hohe Meinung von Edwards, den sie für einen exzellenten Administrator halten, der dem Staat durch geschicktes Management zu außerordentlicher Blüte verholfen habe. Edwards reagiert im übrigen auf die jüngste Anklage gegen ihn in eigener stilvoller Weise. Er ging zunächst mal zum Arzt. „Der hat mir so viel Gesundheit bescheinigt", sagte der Bonvivant aus Louisiana, „daß ich jede Gefängnisstrafe leicht überleben kann." Edwards ist 58. Der Haken: Wenn er in allen 50 Anklagepunkten für schuldig befunden wird, käme eventuell eine Haftzeit von insgesamt 265 Jahren heraus.

Mag sein, daß ihn das nachdenklich gemacht hat. Jedenfalls hat Edwards wissen lasse: „Sollte das Hauptverfahren eröffnet werden, werde ich nicht erst den Prozeß und das Urteil abwarten, sondern vorher zurücktreten."

Auch hier indes gibt es ein sehr louisianisches Problem. Sein Stellvertreter Robert Freeman, der dann automatisch sein Nachfolger werden würde, steht zur Zeit im Mittelpunkt einer anderen Affäre. Eine Anklagekammer prüft im Augenblick, ob er sich bei der Weltausstellung in New Orleans bei einigen Verträgen mit Ausstellern Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließ.

Die Grünen feiern die Rotation, danach wird wieder gestritten

Bei den Grünen ist Schichtwechsel: Ihre Bundestagsabgeordneten vollziehen jetzt, zur Halbzeit der Legislaturperiode, die ihnen von ihrer Basis verordnete Rotation.

Von STEFAN HEYDECK

Am 30. März wird im Haus Wittgenstein, am Rande Bonns, gefeiert. In der ehemaligen Nervenklinik, die die Grünen kürzlich für 1,4 Millionen Mark erwarben, steigt eine „Rotations-Fete". Ohne frühere Berührungsängste laden die Grünen auch „Skeptiker und Zweifler" der Rotation ein. Handelt es sich doch laut Einladung um ein „heißumstrittenes Ereignis, das in der Geschichte des Bundestags Premiere hat".

Aber eine echte Erstvorführung, bei deren Einmaligkeit es wohl auch bleiben wird, ist es nicht. Hat es doch bereits, wenn auch aus anderen Anlässen, Rotationen gegeben: Der Pensionär Werner Vogel, den die Grünen am 29.März 1983 publikumswirksam als Alterspräsident die zehnte Legislaturperiode eröffnen lassen wollten, stolperte bereits vorher über seine Vergangenheit als SA-Sturmführer. Ihrem Forschungsexperten Klaus Hecker wurde sein „Busengrapschen" zum Verhängnis. Er verließ im August 1983 das Parlament. Eigentlich verstößt also sein Nachrükker, der Exil-Tschechoslowake Milan Horacek, gegen die Zwei-Jahres-Rotationspflicht, wenn er schon jetzt von seinem Abgeordneten-Sessel auf den Bürostuhl des Nachrückers klettert.

„Angeschmiert" wurde und wird die designierte Nachrückerin Hannelore Saibold von Gert Bastian und Petra Kelly. Der Ex-General sagte am 9. Februar 1984 unter Mitnahme des Dienstgrades „MdB" der Fraktion ade. Trotz wiederholter gegenteiliger Bekundungen will der 61jährige als fraktionsloser Einzelkämpfer nun doch vier Jahre seine Abgeordnetentätigkeit in Bonn voll auskosten. Kein Wunder, daß ihn seine enge Vertraute Petra Kelly, die aber weiter in der Fraktion bleibt, da nicht allein läßt. Hausfrau Saibold soll jetzt als „Trostpflaster" ein Fraktionsamt erhalten.

Die 38jährige Petra Kelly, Gründungsmitglied der Partei, muß allerdings mit Schwierigkeiten in ihrer Fraktion und „Denkzetteln" rechnen, auch wenn sie erst kürzlich schriftlich um Verständnis für ihre Entscheidung und um die in ihrer Partei gern und oft betonte „menschliche Wärme" gebeten hat. Weil „Friedensarbeiter" Roland Vogt nach langem Hickhack doch rotiert, entfällt nach den Worten eines Grünen-Insiders das „Erpressungsmoment". Denn wenn Kelly und Vogt wie Bastian unter Mitnahme ihres Mandats die 27 Mitglieder starke Fraktion verlassen würden, hätten die Grünen ihren Fraktionsstatus und damit wesentliche Mitspracherechte im Parlament sowie Gelder in Millionenhöhe verloren.

Obwohl bis auf diese Ausnahmen das vom „Rotateur", dem Geographie-Professor Gert Jannsen, begonnene Bäumchen-wechsel-dich-Spiel relativ reibungslos vonstatten gehen wird, sind weitere Kontroversen vorprogrammiert. So werden Streitigkeiten über die künftige Besetzung der Ausschüsse erwartet. Denn heute gibt es offensichtlich weniger Grüne als vor zwei Jahren mit Sachkompetenz für die einzelnen Aufgabengebiete. Außerdem werden die Nachrücker zunächst im Schatten ihrer Vorgänger stehen. Rhetorische „Feuerwerker", wie zum Beispiel Joseph Fischer oder Otto Schily, sind bei ihnen seltener. Sie können auch nicht, wie ihre Kollegen der ersten Parlamentsstunden, auf eine längere Duldungs- oder Goodwill-Phase ihrer Basis und der Öffentlichkeit hoffen.

Daß die Grünen durchaus die Vorzüge des politischen Bonn zu schätzen wissen, beweist die große Mehrheit der Noch-Abgeordneten damit, daß sie auch nach der Rotation bei vollem Stimmrecht in der Fraktion mindestens in Sitzungswochen weiter mitmischen wollen. Fest steht bisher aber, daß der Hochdruckschweißer Willi Hoss wieder bei Daimler-Benz arbeiten will. Allerdings will er auch noch in Sindelfingen als Oberbürgermeister-Kandidat antreten. Die Universitätsprofessorin Erika Hickel und der Lehrer Julius Krizsan werden ebenfalls in ihre alten Berufe zurückkehren, weil deren Freistellung abläuft.

Schon jetzt haben die Grünen, wie in ähnlichen Situationen bei anderen Parteien üblich, hinter den Kulissen begonnen, die Verteilung und Besetzung von Posten und Ämtern in Grüppchen auszukungeln. Dabei haben nach gegenwärtigem Stand die Nachrücker Eberhard Bueb aus Köttnitz und der Hamburger Lehrer Christian Schmidt die besten Chancen, die Fraktionsführung vom „Weiberrat" (wie die Grünen ihre Fraktionsführung nach der trickreichen Übernahme durch sechs Frauen am 3. April 1984 nennen) zu „erlösen".

Der Bremer Diplomkaufmann Joachim Müller, der sich ironisch als „klein, flink und gemein" hinstellt, ist als Nachfolger der parlamentarischen Geschäftsführerin Christa Nickels im Gespräch, die zusammen mit der Grünen-Fraktionssprecherin Antje Vollmer mit ihrem Brief an fünf inhaftierte Terroristen („politische Gefangene") für eine breit ausgewalzte neuerliche Fraktionskontroverse gesorgt hat. Von Krankenschwester Nickels heißt es, sie werde sich wieder verstärkt der Friedensbewegung zuwenden. Die parteilose Pastorin Vollmer werde weiter im Agrarbereich tätig werden.

Ungeklärt ist auch, wer die wichtige Pressestelle übernimmt. Heinz Suhr wird Abgeordneter. Sein Vertreter Georg Dick wandert in den Wiesbadener Landtag ab. Möglicherweise werden der medienbewußte Fischer und der ebenfalls redegewandte Hamburger Jürgen Reents, die der gemeinsame Rausschmiß am 25. Oktober aus dem Plenum durch Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen (CSU) wegen Äußerungen im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Parlamentspräsident Rainer Barzel (CDU) zusätzlich verbindet, künftig die jeweilige Fraktionsmeinung nach außen verkaufen.

Auf jeden Fall wird der Frankfurter Buchhändler Fischer mit programmatischer Arbeit mehr in die Partei hineinzuwirken versuchen.

Streit droht möglicherweise auch in der Frage der den Abgeordneten gesetzlich zustehenden Abfindung. Es wird befürchtet, daß nicht jeder die rund 50 000 Mark brutto herausrückt, wenn die durchaus finanzbewußten Grünen diese Gelder zum Beispiel nach Nicaragua schicken wollen.

Erhebliche Probleme wird die künftige Fraktion voraussichtlich mit der Umsetzung politischer Themen haben: Geplant war für dieses Jahr unter anderem, bei der Sozialpolitik der SPD das Wasser abzugraben. Bisher ohne Erfolg.

Ähnlich wie im Europa-Parlament bieten die Grünen im Bundestag den anderen Fraktionen künftig eine neue Angriffsfläche. Für den Berliner Journalisten Dirk Schneider kommt Rechtsanwalt Hans-Christian Ströbele nach Bonn. Der war im Juli 1982 zu zehn Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung verurteilt worden.

Ströbeles Amtskollege Otto Schily kann dagegen das alles gelassen verfolgen. Bis auf weiteres. Sein Landesverband hat ihm zugestanden, daß er sein Mandat erst dann freiwillig niederlegen muß, wenn der Flick-Ausschuß beendet ist. Bis zum Abschlußbericht kann dies noch eine Zeitlang dauern. Er werde sich aber, so Schily, an den „unglücklichen" Rotationsbeschluß halten. Angeblich will er 1987 wieder für den Bundestag kandidieren.



Nachrücker: Müller



Nachrücker: Bueb



Nachrücker: Ströbele
FOTOS: KLAUS MEHNER/FRANK DARCHINGER (2)

Gegendarstellung

In dem Artikel „Entpuppt sich Leinens Ausstellung als Phantom?" in der Zeitung DIE WELT vom 30. 1. 1985, Seite 3, werden folgende Behauptungen aufgestellt:

1. „Entpuppt sich Leinens Ausstellung als Phantom?" Die in der Frage enthaltene Behauptung ist unwahr.

Richtig ist: Bei der „Wanderausstellung Energiepolitik" handelt es sich um ein Projekt des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), dessen geschäftsführendes Vorstandsmitglied er war.

2. „Jo Leinen, ehemals Vorsitzender des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz, erhielt 1980 einen öffentlichen Zuschuß von 80 000 DM für eine ‚Wanderausstellung Energiepolitik'."

Diese Behauptung ist unwahr. Richtig ist, daß die Zuschüsse für die „Wanderausstellung Energiepolitik" nicht an Jo Leinen persönlich, sondern an den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz geflossen sind.

3. „Am 6. Februar wollen die obersten Kassenprüfer der Nation ihre Akte Jo Leinen schließen, ganz gleich, was sie bis dahin herausgefunden haben."

Diese Behauptung ist unwahr. Richtig ist, daß beim Bundesrechnungshof eine Akte Jo Leinen nicht existiert. Der Bundesrechnungshof prüft in diesem Zusammenhang allein das Bundesministerium für Forschung und Technologie.

4. „Seit dem 5. Dezember 1984, als der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages sie auf Initiative der Unionsabgeordneten damit beauftragte, versuchen sie, Licht in das Dunkel um die Verwendung öffentlicher Gelder zu bringen, die 1980 und 1981 an Jo Leinen geflossen sind.

Diese Behauptung ist unwahr. Richtig ist, daß Zuschüsse des BMFT aus dem Titel „Bürgerdialog Kernenergie" im Jahre 1980 an den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und im Jahre 1981 an die Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) geflossen sind. Die AGÖF hat Herrn Leinen zur Mitdurchführung eines Kohlekongresses in Essen gegen ein Honorar von DM 3180 beauftragt.

5. „So fehlen bisher jegliche Anhaltspunkte, die normalerweise für eine solche Veranstaltung sprechen, wie Zeitungsausschnitte mit Ankündigungen oder Berichten, Abrechnungen etwa über den Transport von Ausstellungsmaterial oder die Vorlage des Ausstellugsmaterials selbst."

Hierzu ist festzustellen: Richtig ist, daß der Ausstellungskatalog beim Bundesministerium für Forschung und Technologie und dem Bundesrechnungshof vorliegt, beiden Institutionen wurde eine Besichtigung der Ausstellungsmaterialien angeboten.

6. „Das Jo Leinen Forschungsinstitut (was immer das ist) hat 28 500 Mark Honorar, also mehr als ein Drittel der 80 000 Mark, erhalten."

Diese Behauptung ist unwahr. Richtig ist, daß ein Jo Leinen Forschungsinstitut nicht existiert. Die Projektleitung für die Wanderausstellung Energiepolitik lag beim Umweltwissenschaftlichen Institut e.V. (UWI) Stuttgart, das seinerseits Herrn Leinen gegen ein entsprechendes Honorar mit der Gesamtdurchführung beauftragt hat.

7. „Ob die Frankfurter Kassenprüfer dem Haushaltsausschuß am 6. Februar Meldung machen können, daß es tatsächlich eine Wanderausstellung gegeben hat, ist im Moment völlig offen."

Hierzu ist festzustellen: Richtig ist, daß der Bundesrechnungshof den Ausstellungskatalog in Händen hat und den derzeitigen Ort der Ausstellung kennt.

8. „Das dürfte auch von der Auskunftsbereitschaft Leinens abhängen. Nachdem dieser zunächst vereinbarte Termine unter Hinweis auf Weihnachtsurlaub und Wahlkampfverpflichtungen abgesagt hatte, ist es etwa Mitte Januar zu einem ersten Gepräch gekommen."

Hierzu ist festzustellen: Richtig ist, daß Herr Leinen sich zu schriftlichen und mündlichen Auskünften gegenüber dem Bunderechnungshof zur Verfügung gestellt hat und zur Verfügung stellt, obwohl dieser das BMFT und nicht Herrn Leinen prüft. Bei dem Gespräch in Saarbrücken ging es nicht um die Energieausstellung, sondern um einen Kohlekongreß, der 1981 in Essen stattgefunden hat.

9. „Geprüft wird ebenfalls noch die Verwendung von 25 000 Mark, die Leinen vom Hauff-Nachfolger Andreas von Bülow (SPD) 1981 für einen Essener Kohlekongreß der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute erhalten hat."

Hierzu ist festzustellen: Richtig ist, daß die Zahlung eines Zuschusses von 25 000 Mark nicht an Herrn Leinen erfolgte, sondern an die Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute, die diesen Kongreß zusammen mit dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und dem Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland durchgeführt hat.

JOSEF LEINEN

Kohl schlägt Jugendaustausch mit Polen vor

rtr/dpa, Bonn/Warschau

Bundeskanzler Kohl hat der polnischen Regierung vorgeschlagen, als Zeichen der Versöhnung ein deutsch-polnisches Jugendwerk zu gründen. In der Zeitung „Sonntag aktuell" sagte Kohl am Samstag, wenn z. B. im Sommer 10 000 junge Polen in die Bundesrepublik Deutschland kämen, würden sie nach vier Wochen zurückkehren „und nicht einen einzigen Revanchisten" getroffen haben. „Das wäre ein überzeugenderes Beispiel für den Friedens- und Versöhnungswillen als 100 amtliche Erklärungen."

Der Kanzler fügte allerdings hinzu, daß dies nicht allein bilateral geregelt werden könne. Die deutsch-polnischen Beziehungen würden nur dann einen wirklich entscheidenden Durchbruch erfahren, „wenn wir mit viel Geduld, Mühe und Arbeit im Dialog zwischen den beiden Weltmächten in der Frage der Abrüstung und Entspannung weiterkommen."

Fußball-EM: Bonn interveniert

dpa, Bonn

Die Bundesregierung will bei den Regierungen Westeuropas darauf dringen, daß West-Berlin als Spielort bei der Fußball-Europameisterschaft 1988 einbezogen wird. Regierungskreise in Bonn bestätigten am Samstag, daß die deutschen Botschafter in acht Staaten den Regierungen dementsprechende, gleichlautende Aide-mémoires überreichen werden. Die Bundesregierung lasse darin durchblicken, daß es ihr im Falle, daß Berlin nicht einbezogen würde, lieber wäre, wenn die Fußball-EM nicht in der Bundesrepublik Deutschland ausgetragen würde. Die diplomatische Aktion geht nach Bonner Informationen auf eine Initiative des Bundesinnenministeriums zurück und ist durch einen Beschluß des gesamten Kabinetts untermauert.

Albrecht: Konsequenz bei Asylproblemen

dl. Hannover

Gegen Ausländer, die sich zu Unrecht auf das Asylrecht berufen, sollte nach Meinung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht konsequenter vorgegangen werden. Wenn es nicht einmal gelinge, diejenigen Asylbewerber abzuschieben, gegen die ein Gerichtsbeschluß vorliege, werde man mit dem Asylantenproblem nie fertig werden, sagte Albrecht am Wochenende in Hannover.

Rentenreform noch vor der Sommerpause

AP/dpa, Köln

Ein Gesetz zur Gleichstellung von Witwe und Witwer im Rentenrecht soll nach Aussage von Bundesarbeitsminister Blüm noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden. Dies bekräftigte Blüm am Samstag im Deutschlandfunk. Nach einer Anhörung im Bundestag waren in der CDU-Fraktion verfassungsrechtliche Bedenken gegen das Anrechnungsmodell laut geworden, für das Blüm sich entschieden hat. Blüm wies darauf hin, daß sein Gesetzentwurf vom Deutschen Frauenrat und vom Deutschen Gewerkschaftsbund unterstützt werde. Dagegen seien SPD und Arbeitgeberverbände.

Auch Schnitker lehnt Geißlers Pläne ab

dpa, München

Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) und Handwerkspräsident Schnitker haben anläßlich der Eröffnung der 37. Internationalen Handwerksmesse am Samstag in München die von Bundesfamilienminister Geißler (CDU) im Zusammenhang mit einem Erziehungsurlaub vorgeschlagene Arbeitsplatzgarantie abgelehnt. Beide sprachen sich dagegen für eine Lockerung arbeitsrechtlicher Schutzvorschriften aus, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Ist es dem Weltreisenden Späth im „Ländle" zu eng geworden?

Von XING-HU KUO

Wer Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) in der Stuttgarter Villa Reitzenstein sucht, erlebt oft eine Fehlanzeige. Ähnlich wie sein Münchner Amtskollege Franz Josef Strauß (CSU) ist das landespolitische Korsett für den schnelldenkenden und handelnden schwäbischen Regierungschef seit langem viel zu eng geworden.

Vielmehr zieht es ihn in die weite, große Welt. Das Jahr 1985 erlebte gleich im Februar Späth zweimal in den Vereinigten Staaten: Fünf Tage lang traf er sich mit politischer und wirtschaftlicher Prominenz in Washington und anderen Zentren der USA. Darunter ein Gespräch mit Vizepräsident Bush.

Späth begeisterte sich in Washington für das amerikanische Weltraumforschungsprogramm SDI, das für ihn ein „Urerlebnis" geworden sei. Späth appellierte an die Europäer, durch eine Beteiligung an diesem SDI-Programm ein Abseits im Bereich der neuesten Technologien zu verhindern.

Ein Hauch von Weltpolitik wehte deshalb kürzlich durch den ansonsten naturgemäß landesbezogenen Landtag von Baden-Württemberg. SPD-Fraktionschef Ulrich Lang warf Späth eine „schmutzige Utopie" wegen dessen Begeisterung für das Weltraum-Raketenabwehrprogramm der USA vor. Auch der FDP-Landeschef Walter Döring meldete nach den Erklärungen Späths „starke Zweifel" an der Richtigkeit dieser Befürwortung am US-Forschungsvorhaben. Solche Kontroversen um weltweite Themen sind für den Weltreisenden Späth eher eine Ermutigung denn eine Bremse: bringen sie ihm doch die durchaus gewünschten Schlagzeilen in bundesweiten und internationalen Medien.

Kaum nach Stuttgart zurückgekehrt, jettete Späth erneut in Richtung USA. Diesmal dozierte er auf Einladung der National Government Association, der Vereinigung der Gouverneure der amerikanischen Staaten, zu einem weiteren Lieblingsthema vor der illustren Schar der Chefs der Bundesstaaten der USA.

Die Reise nach Washington diente im übrigen der Vorbereitung einer weiteren außenpolitischen Aktivität auf der anderen Seite des Globus: In seiner Eigenschaft als Bundesratspräsident besucht Späth



vom 22. bis 29. März die Sowjetunion. Dort will er sich mit Spitzenfunktionären in Moskau treffen, sogar eine Begegnung mit dem schwer kranken Parteichef Tschernenko war einmal zur Sprache gebracht worden. Will Späth in Moskau möglicherweise zum Vermittler zwischen Ost und West werden? Immerhin hat der pragmatische Schwabe sowohl in Washington als auch in Moskau inzwischen einen hohen Stellenwert.

Mit Sowjet-Botschafter Semjonow in Bonn verbinden Späth freundschaftlich zu nennende Beziehungen. Mit Wohlwollen wird in Moskau (und im Pentagon mit Kritik und Verärgerung) registriert, daß der baden-württembergische Regierungschef sich für eine liberale Handhabung der Exportrestriktionen gegenüber dem Ostblock (Cocom-Liste) einsetzt. Denn Export und Außenhandel in Verbindung mit neuen Technologien, Umweltschutz und entsprechender Forschung sind nach Späths eigenen Worten die Hauptgründe für sein ununterbrochenes Reisen in alle Himmelsrichtungen.

In diesem Jahr sind beispielsweise im Terminkalender Späths fest gebucht: Visiten in Polen, China, der „DDR". Eine Indien-Reise ist ebenfalls avisiert, ein konkreter Termin wird noch ausgehandelt. Es wurde ausgerechnet, daß alleine im Zeitraum von 1980 bis 1984 die 19 Reisen Späths den Steuerzahler 387 000 DM gekostet haben.

In Teilen der Wirtschaft des Landes wird die Effektivität dieser Reisen deshalb gelegentlich eher skeptisch beurteilt. Die großen Firmen des Landes wissen selber, wie sie *weltweite Geschäfte tätigen, ob und* inwieweit mittelständische oder kleinere Unternehmen von diesen Späthschen Aktivitäten wirklich profitieren, ist nur schwer meßbar.

Von den Oppositionsparteien, aber auch in CDU-Kreisen des Landes, wird Späth in diesem Zusammenhang eine gewisse „Profilierungssucht" gegenüber der Bundesregierung und dem Bundeskanzler vorgeworfen. Diese kürzlich von SPD und Grünen geäußerte Ansicht wurde dieser Tage durch den neuen FDP-Fraktionschef Hinrich Enderlein mit dem Hinweis ergänzt, Späth werde immer mehr zu einem „Störenfried" gegen die CDU/CSU-FDP-Koalition in Bonn.

In der Tat versäumt Späth keine Gelegenheit, zumindest indirekt der Bundesregierung in zentralen Fragen ein Schneckentempo vorzuwerfen. So beim Thema Kfz-Steuerbefreiung für umweltfreundliche Autos: „Bis die in Bonn fertig sind, fangen wir schon mal bei uns an."

Ehefrauen deutscher Diplomaten klagen Genscher ihre Sorgen

Von EVI KEIL

Die Arbeitsgruppe Frauenfragen im Personalrat des Auswärtigen Amtes hat Außenminister Hans-Dietrich Genscher ein Paket von Vorschlägen und Forderungen überreicht, um die Lage der Diplomatin, aber auch der Ehefrauen von Amtsangehörigen zu verbessern. Einen Teil dieser Verbesserungsvorschläge hat Genscher inzwischen dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages präsentiert. Um was es den Frauen des Auswärtigen Dienstes im einzelnen geht, erläuterte in einem Gespräch mit der WELT Vortragende Legationsrätin Gudrun Hogaust-Pleuger, die Vorsitzende der Arbeitsgruppe im Personalrat im AA.

„Wir haben den Minister darauf aufmerksam gemacht, daß sich das Auswärtige Amt noch nicht genügend auf den gesellschaftlichen Wandel eingestellt hat, der dadurch eingetreten ist, daß immer mehr Frauen berufstätig sind. Wenn der Auswärtige Dienst heute immer mehr an Attraktivität verliert, liegt das auch daran, daß den Preis für das Diplomatenleben häufig die Familie, insbesondere die Ehefrau, zahlt. Fast immer muß sie ihren Beruf aufgeben, um dem Ehemann auf einen Auslandsposten folgen zu können, und das ohne Entschädigung, ohne Anspruch, nach der Rückkehr in die Heimat ihren Beruf wieder aufnehmen zu können. Die Zeiten aber, in denen die Frauen ihren Männern bedingungslos ins Ausland folgten, sind vorbei."

Diese Umstände haben auch dazu geführt, daß Mitarbeiter im Auswärtigen Amt häufig von Ehescheidungen bedroht sind.

Kann man etwas ändern? „Die Frauengruppe", so Gudrun Hogaust-Pleuger, „hat vorgeschlagen, Diplomatenehefrauen im Ausland bevorzugt als Ortskräfte einzusetzen. Das heißt, wenn sie wollen, können sie an den Botschaften im Ausland mit tätig werden."

Kanada, die USA, Großbritannien geben hier übrigens schon ein gutes Beispiel. Sie schicken die Ehefrauen auf deren Wunsch hin in die Bibliotheken der Botschaft, in die Wirtschaftsarchive etc.

Die Arbeitsgruppe geht noch weiter. Sie fordert Minister Genscher auf, dafür zu sorgen, daß Lehrerinnen, die mit Diplomaten verheiratet sind – „Diplomat–Lehrerin ist auch im Auswärtigen Amt eine beliebte Kombination" –, verstärkt an deutschen Auslandsschulen arbeiten dürfen.

Das französische Außenministerium und die USA haben daraus eine bewußte Personalpolitik gemacht und entsenden bevorzugt Ehefrauen an ihre vielen Auslandsschulen.

Gudrun Hogaust-Pleuger setzt sich weiter dafür ein, daß sich das Auswärtige Amt „um den Abschluß von bilateralen Abkommen bemüht, um den Ehefrauen von Diplomaten im Ausland auch außerhalb der Botschaft die Ausübung von Berufen zu ermöglichen. Wir wissen, daß eine Reihe von Staaten an solchen Abmachungen interessiert sind."

Das nennt sie eine Berufschance zum Beispiel auch für die Ärztinnen, die mit Diplomaten verheiratet sind. „Und die werden in vielen Ländern, vor allem in den Staaten der Dritten Welt, dringend gebraucht."

In Konflikte geraten häufig die verheirateten Diplomatinnen, deren Ehemänner auch dem Auswärtigen Dienst angehören. „Als alten Zopf empfinden es unsere jungen Diplomatinnen, wenn das AA sich noch immer weigert, Ehepaare aus dem Höheren Dienst an die gleiche Botschaft zu entsenden." Minister Genscher hat inzwischen Bereitschaft signalisiert, dies zu ändern.

Die Arbeitsgruppe Frauenfragen lobt heute den Außenminister, daß er in den letzten Jahren dafür gesorgt hat, daß Frauen im Amt auch gute Aufstiegschancen erhalten. Allein in den letzten zwei Jahren machte er vier Frauen zu Botschafterinnen, zwei weitere sind Generalkonsulinnen. Genscher schickte Christel Steffler als Botschafterin nach Tansania, Theodora von Rossum nach Malawi, Irene Gründer nach Burundi und Gisela Rheker nach Jugoslawien. Als Generalkonsulin gingen Eva Lindemann nach Seattle und Elisabeth Müller nach Salzburg. Es fällt allerdings auf, daß alle sechs Karrierefrauen unverheiratet sind.

Darüber aber braucht man sich im AA nicht zu wundern. Denn noch Ende der siebziger Jahre gab ein Botschafter in einer großen europäischen Hauptstadt ziemlich deutlich zu verstehen, daß er von Frauen, und zumal von verheirateten, im Auswärtigen Dienst gar nichts hält. Als an seine Vertretung eine junge Diplomatin aus Bonn versetzt wurde, weigerte er sich zunächst, die neue Mitarbeiterin zu empfangen. Dann erklärte er eher ungnädig: „Was wollen Sie. Sie sind doch verheiratet und können sicher nützlicheres tun, als im Auswärtigen Dienst zu arbeiten."

Mit seinen Botschafterinnen hat Außenminister Genscher klar gegen das traditionelle Herrschaftsprinzip der Männer im AA Pflöcke eingeschlagen. Vortragende Legationsrätin Gudrun Hogaust-Pleuger: „Und wir hoffen, daß es immer mehr Diplomatinnen geben wird. Diese aber sind nicht mehr ohne weiteres bereit, zugunsten der Karriere auf eine eigene Familie zu verzichten. Oft sind sie ja heute auch schon während der Ausbildung mit einem Amtskollegen verheiratet." Zu einem wichtigen Bestandteil der Forderungen der Arbeitsgruppe gehört auch die Unfallversicherung der Ehefrauen. Kaum zu glauben, verunglücken sie bei einer „dienstlichen Veranstaltung" im Ausland, sind sie nicht abgesichert.

„Nicht auf den anderen warten"

Kontroverse auf dem Bonner Nord-Süd-Forum über die „Erklärung von Neu-Delhi"

MANFRED NEUBER, Bonn

Mit unverhofft „verkehrten" Fronten führten ausländische Diplomaten und sachkundige Bundestags-Abgeordnete vor dem Bonner Nord-Süd-Forum einen Disput über die Frage, ob der Appell von sechs Regierungschefs aus Neu-Delhi ein „realistischer Schritt" zur nuklearen Abrüstung sein kann.

Auch engagierte Befürworter gaben sich nicht der Illusion hin, durch diese gemeinsame Initiative von Argentinien, Griechenland, Indien, Mexiko, Schweden und Tansania könnten die beiden Supermächte sofort veranlaßt werden, einen vollständigen Atomwaffen-Teststopp und ein Verbot des Wettrüstens im Weltraum zu vereinbaren. Sie glauben aber, daß „eine informierte Öffentlichkeit starken Druck auf die Regierungen ausübt".

Egon Bahr (SPD) zeichnete das apokalyptische Bild von einer „Hölle im Himmel", wenn die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) von US-Präsident Ronald Reagan verwirklicht würde. Der Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik bestritt, daß ein solcher Weltraum-*Schirm ausschließlich ein defensives* Waffensystem sei.

Während der SPD-Politiker gewisses Verständnis für Länder der Dritten Welt aufbrachte, die den Nichtverbreitungsvertrag bis heute nicht unterzeichnet haben, wurden in dieser Runde die Botschafter Argentiniens, Indiens und Tansanias wegen der Weigerung ihrer Regierungen von Petra Kelly (Die Grünen) und Willy Wimmer (CDU) hart attackiert. Sie vermißten das gute Beispiel jener Staaten, die selbst den Zeigefinger erheben.

„Nicht auf andere warten", forderte Frau Kelly. Ihr erscheint die „Erklärung von Neu-Delhi" gegen das atomare Wettrüsten viel zu verengt; so gäben die Initiatoren der Friedensbewegung in Ost- und Westeuropa keine Ermutigung. Verärgert äußerte sie sich darüber, daß die Friedensbewegung beim Athener Treffen der „Abrüstungsinitiative aus vier Kontinenten" über den Appell nicht zu Wort gekommen sei.

Völlig ignoriert wurde auch ihre Aufforderung an Egon Bahr, gemeinsam zivilen Ungehorsam zu üben. Als der CDU-Politiker Wimmer ebenfalls Argentinien und Indien zur Unterschrift unter dem Nonproliferations-*Abkommen mahnte, fiel auf dem Po*dium die spöttische Bemerkung von einer „schwarz-grünen Koalition" in der nuklearen Abrüstung.

Wimmer wünschte draußen in der Welt mehr Verständnis für die besondere Lage in Mitteleuropa. Für die Deutschen sei die konventionelle Bedrohung nicht geringer. Was nützten aber neue Abrüstungsverträge, fragte er, wenn sie mehrdeutig ausgelegt würden und keine wirksame Handhabe für eine Überprüfung der Einhaltung bestehe.

Versuchten die Botschafter Indiens und Tansanias, D. S. Kamtekar und Ahmed Hassan Diria, den Atomsperrvertrag als Werkzeug kolonialer Bevormundung hinzustellen, so rechtfertigte der argentinische Botschafter Hugo Boatti Ossorio die Beitrittsweigerung seines Landes damit, die Briten hätten im Falkland-Konflikt auch Atomwaffen in den Südatlantik gebracht.

Grundsätzlich bekannten sich die drei Missionschefs wie auch der mexikanische Geschäftsträger zur Nonprolifikation, verlangten aber eine Änderung der „Club-Regeln" vor der Unterschrift ihrer Nationen. Kamtekar wertete den Aufruf aus Neu-Delhi als „neuartig", weil erstmals Staatsmänner aus vier Erdteilen, 40 Jahre *nach Hiroshima, zur Beendigung* des Wettrüstens aufgerufen hätten.

Jugendliche als Sprachschöpfer

DIETER DOSE, Berlin

Jenseits der politischen Schlagzeilen haben die „DDR"-Medien in diesen Tagen wieder einmal Besitz ergriffen vom „nationalen Erbe". Der 300. Geburtstag Johann Sebastian Bachs ist der Anlaß. Dazu startet auch das „DDR"-Fernsehen eine vierteilige Serie mit Schauspieler Ulrich Thein in der Rolle des Thomaskantors. Thein verkörperte vor zwei Jahren schon auf der Ost-Mattscheibe Martin Luther.

„Wenn beide Filme über große historische Persönlichkeiten in einem Satz genannt werden, so als Beweis der Kontinuität der Pflege des nationalen Erbes, der Aneignung und Vertiefung der progressiven, humanistischen Traditionen unserer Geschichte – auch mit den Mitteln der Fernsehkunst – in unserem sozialistischen Staat", bereitet „FF dabei", die einzige Fernsehzeitschrift der „DDR", die Leser auf runde 360 Bildschirmminuten mit dem „bedeutendsten deutschen *Musiker* der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts" vor.

„Jauchzet Gott in allen Landen" – unter dieser Überschrift feiert das Organ der Ost-CDU „Neue Zeit" das Wirken Bachs als Leiter des fürstlichen Collegium musicum in Köthen (Anhalt). Nicht ohne Hinweis, daß *„Unionsfreund" Günter Hoppe* die Bachgedenkstätte leitet.

Durchaus verständnisvoll beschäftigte sich die „Neue Zeit" mit einem wesentlich profaneren Thema als Bach – einer Betrachtung zum Jugendjargon in der „DDR".

Kostprobe: „Was mach'n wir jetzt? Haste'n Bock uff ne heiße Scheibe. Nee das törnt mich nicht an. Lieber mal kieken, ob uns nich ne Supermutter über'n Weg läuft." An der Karl-Marx-Universität in Leipzig ist man sogar dabei, ein Wörterbuch der Jugendsprache zu erarbeiten.

Aus der Presse von drüben

„Ständige Disko- oder Straßeneckengruppen lassen sich in Sachen Jugendjargon eindeutig am meisten einfallen", berichtet das Blatt. Bezeichnungen wie „Kulturstrick" (Schlips) oder „Heule" (Radio), die allerdings schon aus den sechziger Jahren stammen, würden heute auch von den Erwachsenen wie selbstverständlich benutzt. Wer jedoch mal von Ausdrükkcken Jugendlicher geschockt wird, dem empfiehlt die „Neue Zeit", ganz „cool" zu bleiben oder es „ätzend" zu finden...

Von einer neuen „Kontrollposten-*aktion*" berichtet die *FDJ-Zeitung* „Junge Welt". Hinter der zunächst jeden mißtrauisch machenden Bezeichnung verbirgt sich das Thema Jugendmode. „Kontrollposten" in allen Bezirken sollen darüber wachen, daß Entwicklung, Produktion und Verkauf von Jugendmodeerzeugnissen verbessert werden. Denn schicke Jeans, farbenfrohe T-Shirts oder praktische Anoraks sind bei Mädchen und Jungen stärker gefragt als Blauhemden...

„Auf ihren Januar-Mitgliederversammlungen haben sich viele FDJ-Gruppen gerade zur Erhöhung der Stückzahl von Jugendmodeproduktionen einiges vorgenommen", zitiert die „Junge Welt" den Sekretär der *FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt* (Chemnitz), Dietmar Rößner. „So die FDJler in der Hausschuhfabrik Hainichen, die durch bessere Auslastung der Maschinen die Ausfallzeiten verringern und dadurch täglich 30 Paar Sportschuhe liefern können."

Über Kernkraftwerke ist in der „DDR"-Presse selten etwas zu lesen. Im Anzeigenteil der „Wochenpost" erfahren die Leser vom Bau eines solchen in Lubmin (Mecklenburg). Denn zur „Durchführung von Versorgungsaufgaben beim weiteren Aufbau" werden u.a. Gaststättenleiter, Kellner, Köche, Küchenhilfen für die „Großbaustelle der deutsch-sowjetischen Freundschaft" gesucht.

‚BND'-Mann war Verfassungsschützer

BERND HUMMEL, Eschwege

Drei Jahre lang hatte der „DDR"-Unteroffizier Manfred B. einmal wöchentlich für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) Bericht erstatten müssen über seine Soldaten. Wenig später flüchtete er in die Bundesrepublik. In der vergangenen Woche meldete sich bei ihm wieder ein Nachrichtendienst, diesmal „der Bundesnachrichtendienst", wie der Beamte behauptete. Doch diese Darstellung war falsch. Im „Alleingang" hatte ein Beamter des Staatsschutzes ermitteln wollen. Die Folge: Irritation bei den Nachrichtendiensten, Ermittlungen bei der Kriminalpolizei und eine Fahndung der Schutzpolizei.

Manfred B. steht unter dem Verdacht, im Frühsommer vergangenen Jahres jenseits der innerdeutschen Grenze am „DDR"-Hinterlandzaun das neueste Alarm- und Signalgerät der „DDR" demontiert und in den Westen gebracht zu haben. Grund genug für die Staatsanwaltschaft in Kassel, ein Ermittlungsverfahren gegen ihn einzuleiten, da es sich dabei „um eine von Amts wegen zu verfolgende strafbare Handlung" handle. In der vergangenen Woche erhielt Manfred B. Besuch. Der Besucher wies sich mit einem hellblauen Ausweis aus und behauptete zunächst, „vom Bundesnachrichtendienst" zu sein. Dann formulierte er sein Anliegen: „Sie sind doch derjenige, der das DDR-Alarmgerät abgebaut hat. Der Bundesnachrichtendienst möchte es für drei Tage ausleihen." Der 27jährige schöpfte Verdacht und bat den Besucher, vor der Haustür im Pkw zu warten. Manfred B.: „Ich will erst prüfen, ob die Angaben stimmen."

Nach gut einer halben Stunde Wartezeit war es der vermeintliche BND-Mitarbeiter leid: Er schlug an der Türe Krach. Wörtlich: „Sie sind nicht in der Lage, mich zu überprüfen." Doch dann stellte er sich plötzlich als Mitarbeiter des Innenministeriums in Hannover vor, der „dem BND das Gerät zukommen lassen" wolle. Mittlerweile lief beim Bundesnachrichtendienst bereits eine Überprüfung seines Pkw-Kennzeichens „CE – DM 823". Ergebnis: Kennzeichen beim BND nicht bekannt.

Es wurde eine Fahndung eingeleitet, doch bis zum nächsten Tag wurde das Fahrzeug nicht entdeckt. Die örtliche Kripo leitete eine sogenannte „Halterfeststellung" ein, durch die geklärt werden kann, auf welchen Namen das Fahrzeug zugelassen ist. Erst nach Stunden die Antwort: „Keine Auskunft" – das Kennzeichen war mit einem Sperrvermerk versehen.

Für den BND, unter dessen Namen die „Aktion Manfred B." gelaufen war, gab es kaum einen Grund, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Er ermittelte gründlich und stellte fest: „Der Mann gehört nicht zu uns." Wenig später war seine Tätigkeit ermittelt: Staatsschutz in Hannover. Was den Beamten zu seinem „Alleingang" bewogen hat, soll derzeit intern geklärt werden und wird Folgen haben.

Spanien: Politisierung der Justiz?

Die Sozialisten wollen die Richter von der Mehrheit im Parlament abhängig machen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Mit den Stimmen der Kommunisten und der ihr in einem Pakt verbundenen Nationalistenpartei der Basken will die sozialistische Regierung in Madrid ein Gesetz über die Justizgewalt durchbringen, das die Richter von der parlamentarischen *Mehrheit abhängig* machen soll.

Das bereits vom Justizausschuß der Cortes verabschiedete Gesetz sieht vor, daß in Zukunft das Parlament die 20 Mitglieder des bisher unabhängigen Generalrates der Justizgewalt aussucht und der König sie dann ernennt. Dieser Rat bestimmt aufgrund von „Oppositionen" – wissenschaftliche Streitgespräche vor einem Prüfungsgremium – wer in Spanien Richter wird und wer nicht.

Gegen die geplante Neuerung protestierte die bürgerliche Opposition der Volksallianz, das Zentrum und die katalanische Minorität. Die Abgeordneten der Volksallianz verließen *bei der Abstimmung den Raum.* „Das Gesetz verstößt gegen die Verfassung und bedeutet die Politisierung der Justiz in Spanien," erklärte Oppositionsführer Fraga Iribarne.

Auch der Vorsitzende des Generalrates der Justizgewalt, Sainz de Robles, *gleichzeitig Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes, lehnt den* Gesetzesvorschlag der sozialistischen Regierung ab. Seiner Meinung nach bedeutet die Zusammenstellung des Richterrates durch das Parlament einen „Schlag gegen die Verfassung". Das oppositionelle Blatt ABC kommentierte die Gesetzesvorlage sarkastisch als das Ende der demokratischen Gewaltenteilung von Exekutive, Legislative und Justiz: „Wenn wir so weitermachen, werden wir eines Tages in Franco einen Abraham Lincoln sehen müssen."

Bis heute wählen die 1600 spanischen Richter den Generalrat aus ihrer Mitte. Ihre völlige Unabhängigkeit *allerdings* führte im *Laufe* der Zeit zu einem System unkontrollierter „Selbstherrlichkeit", das auch nach Ansicht manch konservativer Juristen einer Reform bedarf – „aber keiner Machtübernahme".

Irrtümlicherweise rechtfertigte Justizminister Ledesma vom linken *Flügel der Regierung seinen Geset*zesvorschlag mit dem Hinweis auf die Bundesrepublik Deutschland, „wo die Richter vom Justizminister abhängig sind". Tatsächlich jedoch bestimmen die Justizminister in Bund und Länder nur in Fragen der Verwaltung, der Gehälter und der Beförderungen. Der Richterstand bleibt unangefochten selbständig, wenn auch ohne Generalrat. Die spanische Regierung aber sieht gerade in der Standesethik der Richter – übrigens auch der Ärzten – den Ausdruck eines Korporativsystems, das ihrer eigenen marxistischen Ideologie zuwiderläuft. (SAD)

Nationalhymne im Fernsehen: Zustimmung

Nea. Mainz

Zustimmung hat in der Öffentlichkeit die Entscheidung des Zweiten Deutschen Fernsehens ausgelöst, ab 1. April das Programm täglich mit der Nationalhymne zu beschließen. Verleger Axel Springer hat ZDF-Indendant Professor Dieter Stolte in einem Brief ausdrücklich für diesen Entschluß gedankt. Der ZDF-Fernsehrat hatte die Entscheidung Stoltes am Freitag in Mainz einstimmig gebilligt und begrüßt. Bisher wird die Nationalhymne zu Sendeschluß in der Bundesrepublik Deutschland nur vom privaten SAT 1-Programm ausgestrahlt.

„Wir waren der Meinung", sagte Intendant Stolte dazu, „daß der Zeitpunkt für diesen Schritt jetzt gekommen ist". Die dritte Strophe des Deutschlandliedes kennzeichne mit ihrem Verlangen nach Einigkeit, Recht und Freiheit die deutsche Situation treffend und sei besonders geeignet, das gemeinsame demokratische Anliegen der Deutschen zum Ausdruck zu bringen. In den vergangenen 20 Jahren sei das Interesse an der Nationalhymne stark zurückgegangen, nicht zuletzt darum, weil sich die Hymne als würdevolles Sinnbild staatlicher Autorität für Teile der älteren Generation mit der Erinnerung an ihren Mißbrauch vermischt habe. Heute scheine sich allerdings gerade in der Jugend ein etwas mehr entkrampftes Verhältnis zur Verwendung der Nationalhymne abzuzeichnen. Das ZDF sehe seine Aufgabe jetzt darin, die dritte Strophe des Deutschlandliedes stärker im öffentlichen Bewußtsein zu verankern.

Aber auch medienpolitische Gründe führt der Indendant an. Im Satellitenzeitalter, wo im In- und Ausland Programme aus unterschiedlichen Ländern miteinander konkurrieren werden, müsse sich ein zwar staatsunabhängiges, aber „nationales" Fernsehprogramm als solches deutlich machen.

Der ZDF-Fernsehrat hat seine Zustimmung, wie zu erfahren ist, allerdings auch mit „Ratschlägen hinsichtlich der Bebilderung und der Instrumentierung" verbunden. Dahinter verbirgt sich offenbar die Sorge, das Deutschlandlied könne von einer Militärkapelle gespielt werden. Das ZDF seinerseits sieht eine Fassung für Chor und großes Orchester vor.

Seite 2: Das Verhältnis zur Hymne

Bonus für Länder, die von Union regiert werden

Umfrage bei Managern zum Thema Standortentscheidung

WILM HERLYN, Gelsenkirchen

Ein ebenso überraschendes wie deutliches Ergebnis hat jetzt eine Emnid-Umfrage unter 300 Topmanagern zur Frage der Wirtschaftsförderung und Standortentscheidung im Bundesländervergleich zutage gefördert. Danach gibt es beim Problem wirtschaftliche Rahmenbedingungen zum Zwecke von Industrieansiedlungen kein Süd-Nord-Gefälle. Es ergeben sich aber markante Differenzen in den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen je nach politischer Ausrichtung der Landesregierungen: Hohe Attraktivität bei Fragen der Standortbestimmungen im CDU-regierten, geringe Anziehungskraft jedoch in SPD-regierten Bundesländern. Die Rangliste ergibt folgendes Bild: Baden-Württemberg, Bayern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saar, Hamburg, Bremen und zuletzt Hessen – offensichtlich aufgrund der dortigen rot-grünen Kooperation.

Ein Vergleich der von der Politik nur mittelbar zu beeinflussenden flankierenden Wirtschaftsbedingungen, wie Freizeitwerte, Verkehrsstruktur, Lohnniveau oder Qualifikation der Arbeitnehmer und der Rahmenbedingungen durch politische Wirtschaftsförderung läßt erkennen, daß wiederum die SPD-regierten Länder trotz zum Teil vorhandener guter Strukturen ein negatives Image haben. Nordrhein-Westfalen gehört zu dieser Gruppe. Als Fazit schließen die Bielefelder Meinungsforscher, die mögliche Bevorzugung einzelner unionsgeführter Bundesländer bei Standortentscheidungen liege für geplante Industrieansiedlungen ausschließlich in den politisch bestimmbaren Faktoren.

Die Umfrage wurde am Wochenende bei einen vom Wirtschaftsrat der CDU veranstalteten „Tag der Wirtschaft" in Gelsenkirchen bekannt. Sie löste bei den knapp 700 Teilnehmern, vorwiegend Unternehmer und Selbständige, ein lebhaftes Echo aus. Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Jürgen Westphal ergänzte diese Zahlen mit einer Statistik, daß auch die unionsgeführten Länder an der Spitze bei dem Versorgungsgrad von Lehrstellen lägen. Er nannte die Medienpolitik Nordrhein-Westfalens ein typisches Beispiel für eine defensive Politik der Stukturerhaltung.

In diese Kerbe schlug auch Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth. Er sagte: „Wir wollen jetzt nicht so sehr eine Beschleunigung des Wachstums, sondern viel eher die Beschleunigung unserer Umstrukturierung". Nur wer jetzt Wirtschaft, Technik und Forschung auf die kommenden Herausforderung einstelle, könne im internationalen noch mithalten. Er rechnete vor, daß die Scheinblüte einer 11prozentigen Exportsteigerung „nur auf dem ersten Blick gut aussieht", denn daß die Hälfte davon wegen des günstigen Dollarkurses in die USA gehe, „ist ungesund".

In diesem Zusammenhang äußerte er seine Befürchtung, daß die Amerikaner beim Bonner Weltwirtschaftsgipfel Anfang Mai mit protektionistischen Maßnahmen drohen könnten. Er stelle fest, daß die Stimmung für Exporthindernisschranken größer sei als die Administration in Washington dies zugebe. Er warf Sozialdemokraten vor, die wirtschaftliche Zukunft durch eine 13jährige Nabelschau verschlafen zu haben. Inzwischen hätten die Franzosen die von den Deutschen entwickelte Kernenergie („die wir jetzt teuer zurückkaufen müssen"), und den Briten das Öl – „wir aber haben eine zehn Jahre währende Diskussion über Energiepolitik," fügte er sarkastisch hinzu. Der entscheidende Mißstand aber liege in der SPD-Bildungspolitik der Gleichmacherei.

Unter dem Beifall seiner Zuhörer rief Späth: „Wir haben in Stuttgart die Mengenlehre wieder abgeschafft, bei uns wird gerechnet. Und bei unseren Abiturienten sind Lern- und Kernfächer wie Deutsch und Sprachen und Naturwissenschaften wieder zulässig." Die Folge sei, daß die baden-württembergischen Schüler als Lieblingsleistungsfach Mathematik nennen.

Als einen Weg zur weiteren Gesundung forderte der Vorsitzende des Wirtschaftsrates, Heinrich Weiss, die lineare Kürzung staatlicher Subventionen um 5 Prozent und die Durchforstung der Sozialleistungen nach „Trittbrettfahrern" sowie eine verstärkte Privatisierung.

„Mit dem Luther-Schwank wurde der christliche Glaube verhöhnt"

Zwei evangelischen Pfarrern droht in dieser Woche Amtsenthebung und vorzeitiger Ruhestand

UWE BAHNSEN, Hamburg

In dem vor der Amtszuchtkammer der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kiel anhängigen Disziplinarverfahren gegen die fünf „Lutherschwank-Pastoren" haben die Ankläger der Kirchenleitung gegen die beiden Hauptbeschuldigten, die Theologen Otfried Halver (44) und Hans-Günther Werner (37), ein befristetes Verbot aller Amtshandlungen wie Verkündigung des Evangeliums, Taufe, Abendmahl und Verwaltung der Sakramente gefordert. Für Halver beantragte die Anklage zusätzlich zum Predigtverbot eine Amtsenthebung durch Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand. Werner soll sein Amt durch Versetzung in den Wartestand befristet verlieren.

Wesentlich milder sollen nach den Anträgen der Anklage die Disziplinarstrafen gegen die übrigen beschuldigten Pastoren Wolfgang Grell (60), Andreas Schultheiss (38) und Ulrich Hentschel (34) ausfallen: Verweis, Verwarnung oder eine mögliche Versetzung auf eine andere Stelle. Von Geldbußen solle die Kammer, so die Anklage, in diesen Fällen möglichst absehen. Die Rechtsvertreter der Pastoren beantragten dagegen für ihre Mandanten Freisprüche. Der Kammervorsitzende, der Lübecker Amtsgerichtspräsident Friedrich August Bonde, kündigte die Urteilsverkündung für diese Woche an.

Den Beschuldigten wird von der Kirchenleitung vorgeworfen, durch die Veröffentlichung des umstrittenen „Lutherschwanks" im Lutherjahr 1983 den christlichen Glauben „in geschmackloser Weise verhöhnt" zu haben. Die insgesamt 16 Verteidiger, unter ihnen fünf Anwälte und zwei Theologieprofessoren, begründeten ihre Forderung nach Freispruch während der nicht-öffentlichen Verhandlung im Nordelbischen Kirchenamt in Kiel damit, der von der Kirchenleitung erhobene Vorwurf könne als Tatbestand nicht aufrechterhalten werden.

Nach dem Amtszuchtgesetz verstößt ein Pastor gegen seine Amtspflichten, wenn er „schuldhaft Aufgaben vernachlässigt, die sich aus seinem Auftrag zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung ergeben". Das Amtszuchtverfahren soll jedoch nur dann eingeleitet werden, wenn „seelsorgerliche Bemühungen", besonders in der Gemeinschaft ordinierter Theologen, und „Maßnahmen der Dienstaufsicht" sich als unzureichend erweisen.

Der umstrittene „Schwank zum Lutherjahr" beschäftigt Kirchenvorstände, Kirchenleitungen, drei Bischöfe und die Amtszuchtkammer seit demnächst zwei Jahren. Es handelt sich dabei um ein in derber Sprache verfaßtes Spiel um Gott, Jesus, Maria und den Heiligen Geist auf der einen sowie Luther, Melanchthon



Hamburgs Bischof Peter Krusche FOTO: CHRISTA KUJATH

und Luthers Ehefrau Anna auf der anderen Seite. Das Verfahren gegen die Pastoren ist seit 16 Monaten anhängig. Im August vergangenen Jahres war eine vor der Amtszuchtkammer angesetzte Verhandlung in dieser Sache geplatzt, nachdem die Anwälte der beschuldigten Theologen den Kammervorsitzenden und vier Beisitzer wegen der Besorgnis der Befangenheit abgelehnt hatten. Nach dem Rücktritt der Kammermitglieder hatte eine Neuwahl auf der Nordelbischen Synode im September vergangenen Jahres die rechtlichen Voraussetzungen für eine Weiterführung des Verfahrens geschaffen. Unter dem Vorsitz Bondes gehören der Kammer der Präsident des Landgerichts Lübeck, Herbert Tietgen, die Pastoren Hans-Georg Rosenstein aus Kropp und Jürgen Reuss aus Lübeck sowie die Hausfrau Siegrun Zacharias aus Preetz an.

Der Schwank war im Juni 1983 in kirchlichen Räumen vor rund 100 Zuschauern aufgeführt und auch in der alternativen Zeitschrift „Gegen den Strom" veröffentlicht worden. Die presserechtliche Verantwortung dafür hatte der suspendierte Pastor Werner übernomen. Die Kirchenleitung war nach Prüfung des satirischen Stückes zu der Auffassung gekommen, es handele sich um einen Text, der „weder formal noch inhaltlich vom christlichen Glauben her zu rechtfertigen" sei, angesiedelt auf dem „Niveau einer unzumutbaren Geschmacklosigkeit". Ein Pastor dürfe nicht verantwortlich sein für eine Publikation, die „den christlichen Glauben in dieser Weise verhöhnt und als eine theologisch nicht mehr diskussionsfähige Absage an die Ordinationsverpflichtung zu werten ist".

Intern hatten Mitglieder der Kirchenleitung ein „spätpubertäres Werk" diagnostiziert. Der Hamburger Bischof Professor Peter Krusche, der nach eigenem Bekenntnis das „pastorale Erscheinungsbild häufig irritierend" findet, sprach indigniert von einem „publizistischen Elaborat".

Zu dieser Beurteilung der Kirchenleitung hatten wesentlich Szenen beigetragen, in denen die beiden Hauptfiguren des Schwanks, Martin und Anna, über den soeben vollzogenen außerehelichen Verkehr diskutierten und darüber in Meinungsverschiedenheiten gerieten, die „Anna" mit der Aufforderung beendete: „Zieh schon Leine zu deinem allerliebsten Herrn und bestell ihm einen schönen Gruß von mir, er kann mich mal, wo ich hübsch bin." Die Versicherung der Pastoren, es sei „jede Ähnlichkeit mit lebenden oder historischen Personen bzw. Gottheiten ... völlig unbeabsichtigt" gewesen, mochten die Mitglieder der Kirchenleitung verständlicherweise nicht gelten lassen. Auch nahmen sie dem Pastor Hans-Günther Werner nicht ab, er habe für die Zeitschrift „Gegen den Strom" als Christ, aber ohne „Hinweis auf seine berufliche Tätigkeit" verantwortlich gezeichnet. Bischof Peter Krusche hat diese Einlassung mit der Feststellung beantwortet, es sei „die Verantwortung eines Pastors unteilbar".

Eskalation der Bombenangriffe im Golfkrieg

rtr/dpa. Teheran

Im Golfkrieg haben am Wochenende ungeachtet eines erneuten Appells des UNO-Generalsekretärs Javier Pérez de Cuéllar der Iran, wie der Irak ihre Angriffe auf zivile Ziele fortgesetzt. Nach iranischen Angaben wurden gestern mehrere Städte von irakischen Raketen und Flugzeugen angegriffen. Der Irak meldete zudem, einen erfolgreichen Angriff auf „ein großes Seeziel" nahe des iranischen Ölterminals Chark. Die iranische Luftwaffe habe als Vergeltung für

irakische Angriffe auf vier Städte am Samstag, bei denen rund 150 Menschen getötet und mehr als 300 verletzt wurden, Anlagen im Norosten des Irak bombadiert. Die Einbeziehung gegnerischer Städte und Wohngebiete in dem seit vier Jahren dauernden Krieg hatte am Dienstag voriger Woche begonnen, nachdem der Irak eine iranische Pumpstation und das noch nicht fertige Kernkraftwerk Busher bombadiert hatte. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung wurden auf mindestens 2000 Tote und Verletzte seit Ausbruch der neuen Kampfhandlungen geschätzt.

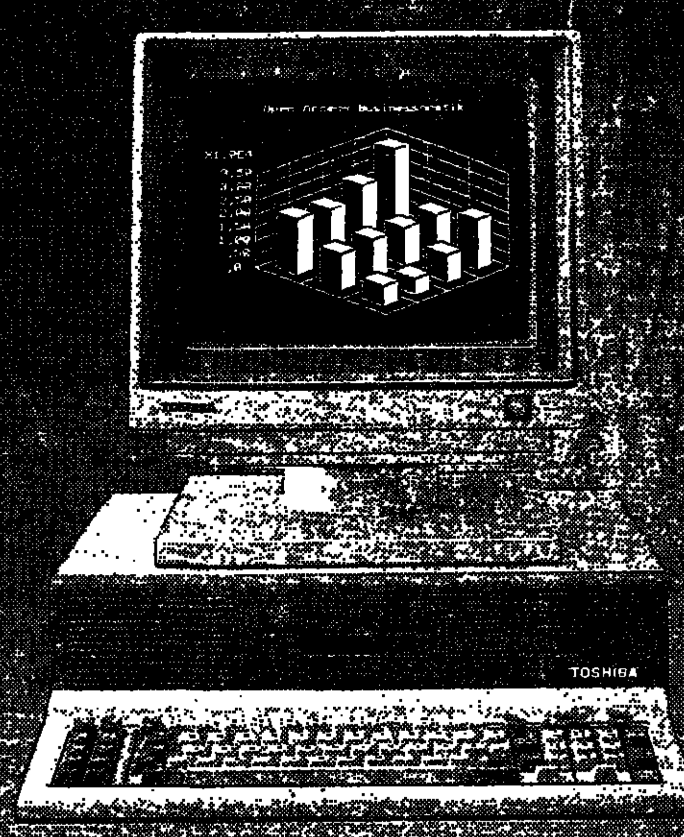
Das ist der kleine





Der kleine Bruder T 1100 macht sich so klein, daß er bequem in Ihre Aktentasche paßt. Trotzdem bringt er Ihnen die Leistung eines ausgewachsenen Computers: Mit dem 16-Bit Processor (80C88), mit einem 256 KB Arbeitsspeicher, dem 720 KB Diskettenlaufwerk und dem Flüssigkristall-Bildschirm mit 80 Zeichen und 25 Zeilen ist er vollauf IBM-kompatibel. Weiterhin arbeitet der T 1100 acht Stunden ohne Netz und wiegt nicht mehr als 4,1 kg (betriebsfertig).
Zusätzlich steht ein grüner und ein farbiger Bildschirm, wie auch eine Speichererweiterung auf 512 KB und ein Anschluß für ein zweites Diskettenlaufwerk (3,5" oder 5,25") zur Verfügung.

Bruder vom großen



Der große Bruder vom kleinen Bruder, der T 1500, ist ein IBM-kompatibler flexibler Personal Computer. Schon in der Grundausstattung gibt es den T 1500 mit dem Processor Intel 8088, mit einem 128 KB Systemspeicher, einem Color Grafikadapter, mit Anschluß für den LCD-Bildschirm, mit drei PC-kompatiblen Erweiterungssteckplätzen und mit zwei slim-line Diskettenlaufwerken (320/360 KB Kapazität).
An Erweiterungsmöglichkeiten stehen ein Farbbildschirm, ein flacher LCD-Bildschirm, eine Speichererweiterung auf 640 KB, ein Festplattenlaufwerk (10 MB) und ein 8087 Co-Processor zur Verfügung.

Bruder vom großen



Dem großen Bruder, dem T 300, können Sie ohne Bedenken auch große und komplexe Aufgaben übertragen. Denn bereits in der Grundausstattung verfügt dieser 16-bit Rechner über eine Speicherkapazität von 192 KB, zwei Diskettenlaufwerke mit 720 KB und über einen Bildschirm, der sich allen ergonomischen Bedürfnissen nahtlos anpaßt.
Als Erweiterung stehen ein Color-Bildschirm, ein Color Paletten-Bildschirm, eine Festplatte mit 10 Mio. Zeichen und drei Grafik-Adapter zur Verfügung; die Speicherkapazität läßt sich bis 512 KB ausbauen.
Fordern Sie jetzt ausführliche Prospekte über die komplette Toshiba Personal Computer Familie an!
Bei Toshiba Europa (I.E.) GmbH, IPS-Division, Hammer Landstraße 115, 4040 Neuss 1, Telefon: 0 21 01/15 80.

Bruder.

TOSHIBA
IHR ANSCHLUSS AN DIE ZUKUNFT.

Aquino-Prozeß: Lautlos verschwinden viele Zeugen

Anklage wird unhaltbar / Verdacht gegen Marcos bleibt

CHRISTEL PILZ, Manila

Anderthalb Jahre nach dem Mord an dem philippinischen Oppositionsführer Benigno Aquino ist immer noch offen, wer denn die Tat angeordnet und wer den Todesschuß am Flughafen von Manila abgegeben hat. Nach wie vor insistieren Präsident Marcos und seine Militärs, daß der Mörder ein Agent der Kommunisten namens Rolando Galman war. Bei dieser Version wird es offiziell wohl bleiben, auch wenn die Masse der Filipinos ganz anders denkt. In ihren Augen war der Mord ein Komplott der Militärs. Cory Aquino, die politisch aktive, aber besonnen handelnde Witwe des Ermordeten, meint sogar, daß der Drahtzieher Präsident Marcos höchstpersönlich war. Ob sie Beweise hat? In Kreisen der Opposition heißt es, es gäbe Zeugen, die die Wahrheit kennen, die sich im Hintergrund hielten und nicht aussagen wollten. Sie hätten Angst vor Revancheakten.

Sechs Personen, die die Mordversion der Regierung sehr wahrscheinlich hätten erschüttern können, sind kurz nach dem Mord am 21. August 1983 spurlos verschwunden, unter ihnen die Frau Galmans und zwei seiner Freundinnen. Haben sie zu viel gewußt? Bis heute sind sie nicht wiederaufgetaucht. Sie gelten als tot. Wozu also, fragt Cory Aquino, auf Gerechtigkeit pochen? Gerechtigkeit werde es nicht geben, solange Ferdinand Marcos Präsident ist.

Daß die Militärs zumindest ins Licht der Verschwörung gerieten, ist das Verdienst der Agrava-Kommission, die nach einjähriger intensiver Untersuchungsarbeit zu der einmütigen Schlußfolgerung kam, daß Rolando Galman der Mörder nicht gewesen sein kann – er war offenbar bereits tot, als Aquino erschossen wurde –, daß der Mord vielmehr auf das Konto einer Gruppe von Militärs aus dem engsten Kreis um Marcos geht.

Der pensionierten Jugendrichterin Rosie Agrava, die die Kommission leitete, war es gelungen, Zeugen zu Aussagen zu bewegen, die sonst nie vor Gericht aussagen würden. Die Kommission setzte sich aus unabhängigen Bürgern zusammen, die Justiz hingegen ist unter der Marcos-Herrschaft zu einem regimehörigen Instrument geworden.

Als Folge des Agrava-Berichts sitzen seit dem 22. Februar ein Geschäftsmann und 25 Militärs auf der Anklagebank – unter ihnen Generalstabschef Fabian Ver, der höchste Berufsoffizier der Streitkräfte, der Polizeichef von Groß-Manila, Brigadegeneral Olivas, und der Kommandeur der Flughafensicherung, Brigadegeneral Custodio.

Das für sie zuständige Gericht ist das „Sandiganbayan", ein 1978 von Marcos geschaffenes Sondergericht für Kriminalfälle aus Kreisen der Staatsdiener. Der Vorsitzende Richter Pamaran, als „Hanging Judge" apostrophiert, hat die Todesstrafe immer sehr *großzügig* ausgesprochen. Jetzt scheint er wenig geneigt, die Wahrheit aufzudecken. Beobachter in Manila sagen, Präsident Marcos habe ihm den Posten des Obersten Nationalen Richters versprochen, wenn er den Prozeß so handhabe, daß es zur Freisprache der Angeklagten kommt. Bereits zu Prozeßbeginn hat Pamaran dem Antrag von Luftwaffenchef General Piccio zugestimmt, die Angeklagten unter sein Gewahrsam zu stellen, denn die Direktoren der zivilen Gefängnisse hatten ihre Aufnahme wegen Überfüllung abgelehnt.

Sarkastisch kommentiert der Anwalt der Galman-Familie, daß „solch konzertierte Aktion höchst bemerkenswert" sei. Dann zeigte sich schon in den ersten Tagen des Prozeßverfahrens, daß Zeugen, die vor der Agrava-Kommission die Version der Regierung erschüttert haben, jetzt zugunsten der Regierung aussagen. Fünf Zeugen, die als Kronzeugen der Anklage gelten, sind nicht mehr aufzufinden. Haben sie Angst, verstekken sie sich, oder haben die Hintermänner des Aquino-Mords auch sie heimlich umgebracht?

Andere Zeugen lehnen es ebenfalls ab, vor dem Sandiganbayan zu erscheinen. Die Folge: Mangels Zeugen dürfte der Prozeß demnächst zu Ende sein. Das Urteil wird die Version der Regierung bestätigen. Die 26 Angeklagten werden mangels Beweises freie Männer sein und in ihre Positionen zurückkehren, die sie für die Zeit des Prozesses hatten räumen müssen.

Das Signal dazu gab Marcos in einer Pressekonferenz am 26. Februar. General Ver, so sagte Marcos, bleibe Generalstabschef. Werden die zahlreichen Anti-Marcos-Gruppen erneut auf die Straßen ziehen?

Vor den Verhandlungen in Genf (III): SDI, das Abwehrsystem im Weltraum

Schutz statt atomarer Vernichtung

Von RÜDIGER MONIAC

Das dritte Forum in Genf, auf dem die militärische Nutzung des Weltraumes Verhandlungsgegenstand ist, verspricht die größte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu konzentrieren und zu erregen. Es gibt kaum einen Experten, der nicht die Ansicht verträte, Präsident Reagans „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) sei letztlich zum Anreiz für die Sowjetunion geworden, den mit den USA für mehr als ein Jahr unterbrochenen Rüstungskontrolldialog neu in Gang zu setzen. Ob „Genf II" letztlich Abrüstungserfolge bei den Fernwaffen mit interkontinentaler Reichweite (früher START) oder den Nuklearsystemen mit Reichweiten um die 4000 Kilometer (früher INF) bringt, hängt wahrscheinlich davon ab, ob sich die beiden Großmächte auf eine vertraglich zuverlässige Verabredung darüber verständigen können, die im kooperativen Geist den Aufbau eines auch weltraumgestützten strategischen Verteidigungssystems gegen ballistische Raketen erlaubt oder verbietet.

In welche Richtung die USA auch im Sinne ihrer Verbündeten diese Verhandlungen mit der Sowjetunion vorantreiben werden, ist durch einen von NATO-Generalsekretär Carrington und Großbritanniens Regierung gemeinsam entwickelten Vorschlag deutlich geworden, dem Reagans persönlicher Berater in Rüstungskontrollangelegenheiten, Paul Nitze, letzte Woche sogleich rückhaltlos und öffentlich zustimmte.

Vorschlag des Westens macht den Kreml verlegen

Der Vorschlag umfaßt vier Punkte:

1. Der Westen sucht keine Überlegenheit.
2. Die Aufstellung eines SDI-Systems muß Gegenstand von Verhandlungen sein.
3. Endziel ist die Stärkung und nicht die Schwächung der Abschreckung.
4. Die West-Ost-Verhandlungen müssen zu einer Verringerung der Offensivwaffen führen.

Am Vorabend der neuen Genfer Verhandlungen läßt sich nicht absehen, ob die Sowjetunion bereit sein wird, diese Zielsetzung zu akzeptieren. Jüngste in Washington gemachte Äußerungen des sowjetischen Politbüro-Mitgliedes, Wladimir Schtscherbizki, mahnen eher zur Skepsis. Schtscherbizki sagte, falls die USA an ihren Plänen für ein strategisches Verteidigungssystem im Weltraum festhalten wollten, werde die sowjetische Führung „angemessene defensive und offensive Maßnahmen" ergreifen. Dies verrät keinesfalls die sowjetische Bereitschaft, den Vorstellungen des amerikanischen Präsidenten zu folgen. Reagan hatte bekanntlich in der Ankündigungsrede für das US-Forschungsprogramm zu SDI am 23. März 1983 seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, es sei besser, *angreifende Raketen zu zerstören, als* mit der Vernichtung der Menschheit zu drohen. Die USA setzen auf die Anziehungskraft dieser menschenfreundlicheren Idee.

Kriegsverhinderung in strategischer Dimension soll künftig nach Möglichkeit nicht mehr auf der „gegenseitig gesicherten Zerstörung" (MAD) und damit auf einer unabwendbar nihilistischen Einstellung zum Leben gründen, sondern auf einem durch das SDI-Forschungsprogramm wahrscheinlich werdenden fast vollständigen Schutz der Menschen vor nuklearer Vernichtung. Wenn dies technisch tatsächlich gelingt, so rechnen sich die Verantwortlichen in den USA aus, wird ein Ruck durch die Völker gehen. Eine häufige anzutreffende Skepsis des „Mannes auf der Straße" vor der den Atomkrieg verhindernden Militärstrategie könnte umschlagen in uneingeschränkte Zustimmung. Der heute oft beklagte Mangel an „Akzeptanz" der Massen für die staatliche Sicherheitspolitik könnte schlagartig verschwinden.

Tatsächlich erscheint die Begründung für SDI, daß sich dadurch die Gefahr eines mit Nuklearwaffen geführten Krieges verringert, in der Reihe aller Argumente am stichhaltigsten. Denn mit Gewißheit läßt sich voraussagen, daß der Aufbau eines strategischen Abwehrsystems die Zielplanung für ballistische Raketen insbesondere für einen begrenzten Erstschlag je nach Wirkungsgrad des Abwehrsystems erschwert. Und dieser Wirkungsgrad scheint ziemlich hoch zu liegen. Auch dürfte es die Absichten der Sowjetunion durchkreuzen, durch zusätzliche Aufstokkung ihres strategischen Offensivpotentials das Abwehrsystem zu überwinden. Dies gilt auch für den Fall eines nicht hundertprozentigen Wirkungsgrades. Auch dann stünde der Angreifer vor nahezu unüberwindbaren technologischen und organisatorischen Problemen.

In Genf wird es darauf ankommen, diesem Argument Bahn zu brechen. Ob dies auch öffentlich gelingt, um die „Akzeptanz" für die westliche Position zu steigern, ist zweifelhaft. Denn die Sowjetunion hat in den vergangenen Wochen psychologisch-propagandistisch alles versucht, die USA mit Vokabeln wie „Militarisierung des Weltraumes" und „Beschleunigung des Rüstungswettlaufs in eine gefährliche Dimension" auf die Anklagebank zu setzen.

Moskau versucht es wieder mit seiner Doppelstrategie

Gleichzeit hat sie es geschickt zu kaschieren verstanden, daß sie selbst in der Ausdehnung ihrer Rüstungsanstrengungen in den Kosmos keineswegs untätig ist. Sie allein jedoch, das ist eine belegbare Tatsache, verfügt über ein System zur Ausschaltung von Satelliten und sie allein ist damit in der Lage, durch Bedrohung der amerikanischen Satelliten für die strategische Frühwarnung und Nachrichtenübermittlung das strategische Gleichgewicht im Kriegsfall aus den Angeln zu heben.

Auch ist es die Sowjetunion, die mit großer Wahrscheinlichkeit durch die Installierung einer Großradaranlage im sibirischen Krasnojarsk die Absichten des ABM-Vertrages zur Minimierung der Verteidigungskapazitäten gegen ballistische Angriffsraketen beider Großmächte unterläuft. Westliche Regierungsvertreter erwarten deshalb in der ersten Runde des Genfer SDI-Forums heftige Diskussionen zwischen den beiden Delegationen über die Frage, welche Seite den ABM-Vertrag verletzt. Öffentlich vertrat die Sowjetunion schon die Meinung, die USA seien dafür anzuklagen, denn das SDI-Programm sei durch den Vertrag völkerrechtlich nicht sanktioniert. Washington dagegen weist darauf hin, daß das ABM-Abkommen die Forschung für eine strategische Raketenabwehr ausdrücklich erlaubt.

Wachsende Spannungen zwischen Mexiko und USA

Nicaragua und Wirtschaftsnöte sorgen für Konfliktstoff

WERNER THOMAS, Mexico City

Enrique Camarena Salazar, ein US-Rauschgiftfahndungsbeamter, wurde am 7. Februar in der mexikanischen Millionenmetropole Guadalajara entführt. Jetzt endeten die fieberhaften Fahndungen mit dem Fund seiner Leiche. Der Fall hat die Beziehungen zwischen Mexiko und den USA schwer belastet.

Die letzten Wochen brachten gegenseitige Vorwürfe, giftige Pressekommentare und Repressalien, wie allzu gründliche Kontrollen der amerikanischen Grenzbehörden ,die stundenlange Wartezeiten für hunderttau*sende Mexikaner zur Folge hatten.* Erst als Präsident Miguel de La Madrid Ende Februar das Weiße Haus anrief und ein längeres Telefongespräch mit seinem Amtskollegen Ronald Reagan führte, entspannte sich die Situation etwas. Ein Vertreter des mexikanischen Außenministeriums meinte jedoch dieser Tage: „Die Krise konnte nicht gelöst werden. Der Konflikt bleibt."

Die explosive Lage in Mittelamerika und der mexikanischen Wirtschaft haben diesen Konfliktstoff geschaffen. In Sachen Nicaragua vertreten beide Länder entgegengesetzte Positionen. Präsident Reagan will die „gegenwärtige (Regierungs-)Struktur" in Managua beseitigen, weil er einen weiteren sowjetischen Satelliten-Staat vor der Haustür der USA befürchtet. Er unterstützt die antisandinistischen Freiheitskämpfer. Die Mexikaner sehen dagegen keine ernsten Ost-West-Gefahren in der Region. Sie pflegen ein demonstrativ enges Verhältnis zu den Sandinisten, denen sie auch mit Öllieferungen helfen. Die Comandantes sind regelmäßige Besucher in Mexico City und werden von den Medien dort hofiert.

Noch immer hat sich das zweitgrößte Land Lateinamerikas (73 Millionen Einwohner) nicht von den Folgen der bitteren Rezession Anfang der achtziger Jahre erholt. Die bescheidene wirtschaftliche Wachstumsrate 1984 (zweieinhalb Prozent) glich die Rückschläge nicht aus. Die de-la-Madrid-Regierung leidet unter einem rapiden Vertrauensverlust, den Diplomaten auch mit einer Führungsschwäche in Verbindung bringen. Wachsende Arbeitslosenzahlen verschärfen die sozialen Spannungen. Die Mittelklasse läuft in Scharen zur konservativen „Nationalen Aktionspartei" (PAN) über. Die regierende „Partei der Institutionalisierten Revolution" (PRI), seit 56 Jahren an der Macht, blickt nervös den Kongreß- und Gouverneurswahlen im Juli entgegen: der PRI drohen Niederlagen in Schlüsselstaaten wie Nuevo Leon – wenn die Abstimmungen fair verlaufen. Wenn nicht, gibt es Unruhen.

Die wirtschaftlichen Probleme haben eine beispiellose Verbrechenswelle ausgelöst, die auch Touristen tangierte. Letztes Jahr wurden 627 schwere Verbrechen gegen US-Bür*ger registriert, darunter vier Mordfäl*le. In Guadalajara, der zweitgrößten Stadt Mexikos (vier Millionen Einwohner), verschwanden neben dem Rauschgiftfahnder Camarena noch sechs andere Amerikaner. Nur nach massivem Drängen der Mexikaner nahm die Reagan-Regierung davon Abstand, Mexiko-Besucher zu warnen. Die Folgen wären wahrscheinlich verheerend gewesen: Im letzten Jahr verbrachten 4,1 Millionen Amerikaner ihren Urlaub in Mexiko. Der Tourismus, der zwei Milliarden Dollar pro Jahr bringt, ist nach dem Öl die wichtigste Devisenquelle.

Durch die wirtschaftliche Not floriert noch ein anderes Gewerbe: der Rauschgifthandel. Die Mexikaner erlaubten der US-Fahndungsbehörde DEA (Drug Enforcement Agency) wohl die Stationierung von 30 bis 50 Beamten in ihrem Land. Aber Washington hätte sich mehr Kooperation erwünscht. Bereits vor der Entführung und Ermordung Camarenas äußerten die Amerikaner den Verdacht, daß die Polizei Bestechungsgelder von der Unterwelt kassiert. Auch US-Botschafter John Gavin machte Andeutungen in dieser Richtung.

Die US-Botschaft in Mexico City hofft, daß die Probleme bald auf höchster Ebene erörtert werden können. Sie plädiert für einen ausführlichen Meiungsaustausch zwischen den beiden Präsidenten, die sich gewöhnlich einmal im Jahr treffen, so schnell wie möglich. Noch in diesem Monat reist Mexikos Außenminister Bernardo Sepulveda nach Washington. Die Reagan-Regierung schätzt ihn nicht sonderlich. Er gilt als bester Freund der Sandinisten im Kabinett de la Madrids. (SAD)



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Privilegierte Häftlinge

„Nicht nur Rechtsbeistand": WELT vom 18. Februar

Die in der Bundesrepublik Deutschland inhaftierten Terroristen der RAF stammen, wie von bundesdeutschen Zeitungen berichtet, durchweg aus gutem Hause. Sie genießen Vorrechte, von denen andere Häftlinge nur träumen können. Es dürfte schwer sein, hier nicht an Klassenjustiz zu denken, etwas, was man nach all der „gesellschaftlichen Bewußtseinsschärfung" der letzten Jahrzehnte im Heimatland von Marx und Engels nicht mehr erwarten würde.

Die gewährten Privilegien müssen die Terroristen in der Auffassung bestärken, daß sie keine Verbrecher, sondern so etwas wie Kriegsgefangene seien und somit einen verbrieften Anspruch auf deren Rechte hätten. Im übrigen erinnern diese Privilegien peinlich an diejenigen, die der größte Terrorist von allen, Adolf Hitler, bei seiner Festungshaft genoß. Mit welchen Folgen für die Wiederaufrichtung seiner bereits zerschlagenen Partei ist bekannt.

Die Vereinigung der inhaftierten Straftäter bezeichnet sich in ihrem Firmennamen als „rot". Würden ihre Mitglieder aber so behandelt wie Terroristen in „roten" Ländern, dann wäre die Zahl ihrer Straftaten ähnlich unbedeutend, wie sie es dort ist.

Vor etwa zehn Jahren hat Alexander Solschenizyn in einer Fernseh-Ansprache, die wie ein Schock auf die britische Öffentlichkeit wirkte, die westlichen Demokratien „Gesellschaften zum Schutz des Verbrechers" genannt. Es scheint, daß sich die Bundesrepublik Deutschland bemüht, die Wahrheit seiner Worte noch mehr zu bestätigen als alle anderen Länder.

R. Stein,
Bournemouth/England

*

Nach dem Gespräch, das die WELT-Reporter mit dem Innenminister von Baden-Württemberg, Eyrich, über die Überwachung von Verteidigergesprächen mit inhaftierten Terroristen führten, hält der Minister die Überwachung für zwingend erforderlich, sieht aber keine parlamentarische Mehrheit für eine solche Gesetzesänderung.

Nach den neueren Mordfällen und Bombenanschlägen der Terroristen muß die angeblich fehlende parlamentarische Mehrheit im Deutschen Bundestag für die Überwachung der Verteidigergespräche Erstaunen hervorrufen. Dabei kann es doch nach den in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen mit den Anwaltbesuchen bei den inhaftierten Terroristen überhaupt keinen Zweifel geben, daß todbringende Weisungen, wozu ja auch der Hungerstreik gehört, durch bestimmte Terroristen-Anwälte an die RAF weitergeleitet worden sind. Auch der Fall Zimmermann und der gemeinsam begonnene und später abgeblasene Hungerstreik gehören hierher.

Die Überwachung von Anwaltsgesprächen mit inhaftierten Kriminellen gibt es schon immer in demokratischen Ländern. Warum die Bundesrepublik hier eine Ausnahme zugunsten der Kriminellen machen will, ist angesichts der Terroristengefahr anachronistisch und sollte so schnell als möglich durch Gesetzesänderung beseitigt werden.

In dem zur Terroristen-Bekämpfung in derselben Ausgabe der WELT erschienenen Leserbrief des innenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gefordert, „Schutzlücken unverzüglich zu schließen". Diese Absicht sollte auch ohne sichere Mehrheit im Bundestag verwirklicht werden. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu wissen, welche ihrer parlamentarischen Vertreter die Terroristen weiterhin begünstigen wollen. Dabei dürfen im Interesse der Sicherheit des Landes keine ideologischen Vorbehalte anerkannt werden.

Mit freundlichen Grüßen
H. Früchtnicht,
Hamburg 65

Wort des Tages

»Die Heiterkeit und der Lebensmut unserer Jugend beruht zum Teil darauf, daß wir, bergauf gehend, den Tod nicht sehen; weil er am Fuß der anderen Seite des Berges liegt.«

Arthur Schopenhauer; dt. Philosoph (1788–1860)

Provinz Sachsen

„Leserbrief: Provinz Sachsen"; WELT vom 26. Februar

Der Leserbriefschreiber irrt: Sowohl Halle/Saale als auch Wanzleben lagen zum Zeitpunkt der Geburt von Genscher und Bangemann, vor dem Zweiten Weltkrieg, in der preußischen Provinz Sachsen. Land Sachsen-Anhalt hieß das Gebiet in der SBZ nur einige Jahre nach dem Krieg, bis es – wie alle einstigen Länder und Provinzen im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands – als „Bezirk" neu gegliedert wurde.

Dr. Gerd Heisinger,
Eutin

Vergangenheit

„Ein Vorgeschmack auf die Hölle"; WELT vom 23. Februar

Was das Internationale Militär-Tribunal von Nürnberg 1946 nicht schaffte, Großadmiral Karl Dönitz und die U-Boot-Waffe wegen Führung eines verbrecherischen U-Boot-Kriegs zu verurteilen, maßt sich heute Buchheim an, der stets so gerne betont, daß er wisse, wovon er spreche, da er ja selbst dabeigewesen sei.

Richtg ist dabei nur, daß Buchheim Ende 1941 an einer einzigen Fahrt von U 96 als „Badegast" teilgenommen hat, wo er als Sonderführer einer Propagandakompanie eingeschifft war. Für den Rest des Krieges zog er es dann vor, nicht mehr an Feindfahrten von U-Booten teilzunehmen.

Um so mehr hat er sich in den Folgejahren als NS-Propagandist betätigt. 1941 bis 1943 wurden seine Zeichnungen im Münchner Haus der Kunst „als Zeugnisse von Rasse und blutmäßiger Eigenart" ausgestellt. Sie erschienen damals auch in „Das Reich" und in anderen NS-Publikationen.

Distanziert hat er sich heute auch von seinem 1943 mit einem Vorwort von Karl Dönitz erschienenen Kriegsroman „Jäger auf den Weltmeeren", in dem er den heldenhaften Einsatz der U-Boot-Waffe verherrlichte.

Buchheim sollte besser seine eigene Vergangenheit bewältigen und nicht immer wieder versuchen, Großadmiral Karl Dönitz posthum in übelster Weise zu verleumden.

Mit freundlichem Gruß
Kurt Baberg,
U-Boot-Kommandant 1941–1945
Dortmund

Keine Zuflucht

„Respekt für Neutralität Finnlands": WELT vom 2. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei allem Respekt, den der Herr Bundespräsident den Finnen für ihre Neutralität zollen will, sollte er aber auch bedenken, daß ein hoher Preis gezahlt wird. Finnland ist das einzige freiheitlich demokratische Land, das politische Flüchtlinge an ein totalitäres Regime (die UdSSR) gnadenlos ausliefert. Sowjetische Flüchtlinge, denen es gelungen ist, die schwer bewachte sowjetisch-finnische Grenze zu überwinden, schlagen sich daher bei Nacht und Nebel mit Hunger und Angst bis Schweden durch. Erst dort können Sie Sicherheit finden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. W. Rothenbächer,
Diez

Steuerstundung

„Wie repariert man eine Panne?": WELT vom 18. Februar

Im Zusammenhang mit der steuerlichen Bewertung des Vorruhestandsgesetzes ist nicht nur eine Panne von seiten des Bundesfinanzministers zu verzeichnen, sondern auch ein falscher Eindruck in der Öffentlichkeit erweckt worden.

Schuld daran waren nicht zuletzt die Kommentare in den Medien. Auch die „WELT" macht dabei, wie der obengenannte Artikel zeigt, keine Ausnahme.

So schreibt der Autor des Artikels, H. Heck, daß die im Zusammenhang mit den Vorruhestandsleistungen von den Unternehmen vorgenommenen Rückstellungen sich in einer Verringerung der Steuerschuld niederschlagen.

Diese Aussage ist schlicht falsch. Richtig wäre es gewesen, von einer Steuerstundung zu sprechen. Einer Steuerstundung, die für den relativ kurzen Geltungszeitraum des Vorruhestandsgesetzes in Anspruch genommen werden kann.

In einer von uns erstellten Kosten-Nutzen-Rechnung setzen wir uns nicht nur mit dem Mißverständnis zwischen Steuersenkung und Steuerstundung auseinander, sondern weisen auch nach, daß die Kosten des Vorruhestandsgesetzes auf der einen Seite durch die Kostenersparnisse bzw. Mehreinnahmen durch die Wiederbesetzung der freigewordenen Arbeitsplätze auf der anderen Seite gedeckt sind.

Ronald Graf,
Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hamburg

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Der Pariser Historiker Professor **René Remond** erhält den Montaigne-Preis der Stiftung F. V. S. für das Jahr 1984. Der alljährlich von der Universität Tübingen übergebene, mit 25 000 Mark dotierte Preis würdigt bedeutsame Beiträge zur europäischen Kultur aus romanischen Ländern. Mit der Ehrung, die Remond am 15. März in Paris überreicht wird, ist ein Stipendium für einen einjährigen Universitätsaufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland verbunden.

*

Professor **Günter Brittinger** vom Universitätsklinikum in Essen ist für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Bekämpfung der Krebserkrankungen mit dem Preis der Wilhelm-Warner-Stiftung Hamburg für 1984 ausgezeichnet worden. Der Preis ist mit 10 000 Mark dotiert.

*

Dr. **Norbert Rehm** und Dr. **Hans-Reinhard Zerkowski** vom Universitätsklinikum Essen erhielten den mit 5000 Mark dotierten Derra-Preis für ihre Leistungen bei der Erprobung von herzwirksamen Medikamenten (Herz- und Gefäßrezeptoren). Den Wissenschaftlern kam bei ihrer Arbeit zugute, daß im Essener Klinikum allein im letzten Jahr 650 Operationen am offenen Herzen vorgenommen wurden.

WAHL

Der Direktor des Antikmuseums der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin, Professor Dr. **Wolf-Dieter Heilmeyer**, ist zum 1. März 1985 für vier Jahre zum Stellvertreter des Generaldirektors der Staatlichen Museen zu Berlin berufen worden. Der bisherige „Vize", Professor Dr. **Kurt Krieger**, Direktor des Völkerkundemuseums, war Ende Januar in den Ruhestand getreten.

GEBURTSTAG

Karl Mommer, einer der großen alten Männer der SPD, feiert am Mittwoch seinen 75. Geburtstag. Von 1949 bis 1969 saß er – der Abgeordnete des Wahlkreises Ludwigsburg – im Bundestag, davon neun Jahre als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion und drei Jahre als Bundestagsvizepräsident. Der Arbeitersohn aus dem rheinischen Wevelinghoven und promovierte Sozialwissenschaftler (Thema seiner Brüsseler Dissertation: „Le jeune Marx et l'état") hatte sich – nach anfänglicher Zugehörigkeit zur KPD – Mitte der 30er Jahre im belgischen und französischen Exil zum kämpferischen Demokraten gewandelt, der er bis heute geblieben ist. „Trojanische Esel Pankows", schalt er 1958 Anhänger einer einseitigen westlichen Atom-Abrüstung. 1959 opponierte er als einziger prominenter Sozialdemokrat gegen **Herbert Wehners** Deutschlandplan, der paritätisch besetzte gesamtdeutsche Gremien vorsah. Die Zustimmung der SPD-Fraktion zu den Römischen Verträgen von 1957 ist neben **Fritz Erler** vor allem ein Verdienst Mommers. Dieser brachte

Karl Mommer FOTO: DPA

auch bereits 1964 im Bundestag einen Gesetzentwurf zugunsten einer Direktwahl der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments ein. Jahrelang war er Vizepräsident der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft, für drei Jahre war er internationaler Präsident der „Atlantic Treaty Association".

VERÄNDERUNG

Frankreichs Botschafter **Jacques Morizet** war unter den Gästen, als sich **René Roudaut**, Erster Sekretär der Französischen Botschaft in Bonn, von deutschen Freunden verabschiedete. Von der Politischen Abteilung wechselt Roudaut in die Abteilung für „Analyse und Zukunftsplanung" des Quai d'Orsay. Roudaut wird dort „zweiter Mann". Die direkt dem Außenminister unterstellte Abteilung hat wesentlich mehr Aufgabenbereiche als die Planungsabteilung im Auswärtigen Amt. Neben Fragen der Außenpolitik beschäftigt sich die Abteilung u. a. mit den neuen Spitzentechnologien, mit neuen Medien, mit Datentransfers und SDI. Europa und die Bundesrepublik Deutschland gehören zum Ressort von René Roudaut, der seit April 1982 in Bonn tätig war und davor drei Jahre in der Politischen Abteilung seiner Botschaft in Moskau arbeitete.

AUSWÄRTIGES AMT

Karin-Elsa Blumberger-Sauerteig, bisher vortragende Legationsrätin im Bonner Auswärtigen Amt, wird Leiterin des Wirtschaftsdienstes in der deutschen Botschaft in Budapest. Mit nach Budapest geht ihr Mann, ebenfalls vortragender Legationsrat im AA, **Hans-Burkhard Sauerteig**. Er übernimmt in der deutschen Botschaft die Abteilung Presse und Kultur.

Der langjährige Geschäftsführer des Vereins Bayerischer Zeitungsverleger und des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, **Philipp Riederle**, ist im Alter von 78 Jahren tödlich verunglückt. Riederle war maßgeblich am Wiederaufbau einer freiheitlichen Presse und der Neubildung der verlegerischen Standesorganisationen nach dem Krieg beteiligt. Er war zunächst Geschäftsführer des Bayerischen Verlegervereins und von 1954 bis 1972 erster Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger in Bonn.

*

Der frühere Vorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Dipl.-Volksw. **Rolf Späthen**, ist im Alter von 76 Jahren in Hamburg verstorben. Späthen begann seine Arbeit in der DAG im Jahre 1947 als Lehrer an der DAG-Schule in Hamburg. Kurze Zeit später wurde ihm die Leitung der Abteilung Berufsbildung beim Bundesvorstand übertragen. 1951 wurde er in die Geschäftsführung des Hauptvorstandes als verantwortliches Vorstandsmitglied für das Ressort Wirtschaftspolitik gewählt. Im September 1960 wurde Späthen auf dem 7. Bundeskongreß der DAG in Karlsruhe zum Vorsitzenden gewählt. 1967 trat er nach zwanzig Dienstjahren in den Ruhestand.

Hochleistungssportler erhalten eine optimale Förderung bei der Bundeswehr

30 Prozent Dienst, 70 Prozent Sport

Ich kann mir vorstellen, wenn ich in der Bundeswehr Soldat wäre, ich wäre stolz auf die Zahl der Medaillen, die Soldaten erkämpften." Willi Weyer hat das gesagt, der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB). Und Weyer erklärt auch, warum Bundeswehr-Angehörige, auch die Hochleistungssportler unter ihnen, stolz sein können: „Zwischen dem Deutschen Sportbund und dem Verteidigungsminister besteht ein guter Konsens, und die 1984 durch Soldaten errungenen 23 Olympiamedaillen sind ein sichtbarer Ausdruck dafür."

Es ist gewissermaßen ein Exklusiv-Vertrag, der zwischen dem DSB und der Bundeswehr besteht und der auf der einen Seite ein qualifiziertes Training gewährleistet, auf der anderen aber auch die Siegeschancen bei internationalen Militär-Meisterschaften erhöht. Grundlage der „Regelung für die Förderung wehrpflichtiger Spitzensportler bei der Bundeswehr" (so der Titel eines am 22. März 1971 vom Bundesminister der Verteidigung veröffentlichten Programms) war ein Bundestagsbeschluß aus dem Jahre 1968. Freilich haben alle Bundesverteidigungsminister seit Franz Josef Strauß für die Belange des Sports ein offenes Ohr gehabt. Kai-Uwe von Hassel und Gerhard Schröder zum Beispiel haben schon früh über die Einrichtung von Sportfördergruppen entschieden.

Hochleistungssport in der Bundeswehr: „Derzeit leiste ich meinen Militärdienst bei der Sportkompanie in Berchtesgaden. Wie ausschlaggebend das ist, sieht man daran, daß es seit der Einberufung bergauf geht", sagt Markus Wasmeier, vor vier Wochen in Bormio Weltmeister im Riesenslalom geworden. Von 1965 bis heute hat die Bundeswehr zwei Sportkompanien und 18 Fördergruppen für die ihren Wehrdienst leistenden Spitzensportler eingerichtet. Bei den Olympischen Winterspielen 1984 in Sarajevo waren von 73 deutschen Athleten 25 Soldaten, und in Los Angeles befanden sich unter den 434 deutschen Mannschaftsmitgliedern 51 Soldaten.

Im Prinzip verläuft der Wehrdienst eines einberufenen Hochleistungssportlers so: Nach der dreimonatigen

Tagesbefehl Goldmedaille – ZDF, 19.30 Uhr

Grundausbildung sieht der Zeitplan 30 Prozent Dienst und 70 Prozent Sport vor. Verpflichtet sich der Sportler bei der Bundeswehr auf längere Zeit, kann er über Jahre hinaus seinem Training in einem Umfang nachgehen, wie es Sportlern, die ihr Einkommen aus einer beruflichen Tätigkeit beziehen, niemals möglich sein wird. Die *Dienstpläne* der Sportkompanien werden mit den Bundestrainern der Fachverbände oder den Heimtrainern abgesprochen. Eine optimale Förderung.

Sport in der Bundeswehr: Einer der wichtigsten Grundsätze der Sportvorschrift ZDV 3/10 besagt, daß die Sportausbildung ein hervorragendes Mittel der Erziehung und Ausbildung der Soldaten sei, ein „integrierender Bestandteil des gesamten Erziehungs- und Ausbildungsauftrags und nicht etwa nur ein Mittel zur Verbesserung der körperlichen Leistungsfähigkeit". Damit sind freilich nicht die Sportkompanien gemeint, sondern in erster Linie jene Wehrpflichtigen, die nicht vom Hochleistungssport kommen. Auch dazu noch einmal Willi Weyer: „Es heißt eben nicht Knobelbechersport, wie wir früher sagten, sondern es *ist* Breitensport. Insbesondere kommt die Förderung derjenigen Soldaten nicht zu kurz, die auch in der Schule keinen Sport gehabt haben."

Kernstück all dieser Aktivitäten ist die Sportschule der Bundeswehr in Warendorf. In der Remonte-Kaserne befindet sich eine der eindrucksvollsten und modernsten Sportanlagen der Welt. In Warendorf sind auch Spitzensportler untergebracht, doch zu den Aufgaben der Sportschule gehört neben der Ausbildung die Entwicklung von speziellen Konditions*programmen, zum Beispiel für Pilo*ten und U-Boot-Besatzungen, aber auch Versehrtensport-Kurse für Angehörige des Bundes.

Sport in der Bundeswehr: das ist ein breit gefächertes Programm von der Medaillenschmiede bis zum Versehrtensport. Willi Weyer brachte es auf den kürzesten Nenner: „Die Verbindung Sport – Bundeswehr klappt."

KLAUS BLUME

Schwarzsehen in England: Die Bußgelder sind niedriger als die TV-Gebühr

Ein Kavaliersdelikt kostet Millionen

Schwarzsehen *kommt teuer zu stehen* – warnt auch Englands öffentlich-rechtliche BBC. Mit Aufrufen zu größerer Gebührentreue. Mit Androhung strafrechtlicher Verfolgung. Mit der Aussicht aufs Zuschnappen der bei Dunkelheit auf Schwarzseher losgelassenen elektronischen Spürhunde der Post.

Aber die Ermahnungen stoßen auf taube Ohren. Englands Schwarzseher sind optimistische Leute. Für sie ist bloß ein Kavaliersdelikt, was die BBC Einkommensausfälle in Höhe von umgerechnet 65 Millionen Pfund kostet, umgerechnet rund 240 Millionen Mark, wie jetzt der nationale Rechnungshof in einem bemerkenswerten Report ermittelt hat.

Sir Gordon Downey, Chef des Rechnungshofes, durchleuchtete für das Berichtsjahr 1983 auch den Umgang der Magistratsgerichte mit den Tele-Drückebergern und wartete mit Beweisen für die These auf, daß Schwarzsehen nicht teuer genug zu stehen kommt. Denn ein Drittel der Erwischten wurde zu Bußgeldern verurteilt, die unter der Fernsehgebühr liegen, die in England 46 Pfund für den Farbfernseher beträgt, also rund 165 Mark jährlich. Eine Rundfunkgebühr wird nicht erhoben. Die BBC finanziert ihre Radioprogramme durch die Fernsehgebühr mit. Da *kann man* ruhigen Gewissens das Risiko eingehen, erwischt zu werden.

Die BBC darf satzungsgemäß keine Werbung betreiben, und deshalb ist die TV-Gebühr eine Frage des Überlebens. So wurden im Berichtsjahr 18,6 Millionen Zuschauerlizenzen verkauft. Vom Gesamteinkommen der 763 Millionen Pfund kassiert die Post 16 Millionen Pfund als einziehende Behörde und weitere 29 Millionen für die Einklagung von Gebühren.

Aus dem Report geht hervor, daß insbesondere schottische Gerichte die Schwarzseher offenbar mit Samthandschuhen anfassen. Eines sprach in 29 Fällen nur eine Verwarnung aus. Lediglich zwei Prozent der verhängten Bußgelder beliefen sich auf 360 Mark, ungeachtet der Höchststrafe von 720 Mark (die freilich inzwischen verdoppelt wurde). Auch die Gerichtskosten, die im Schnitt bei 18 Mark liegen, hatten keine echte abschreckende Wirkung.

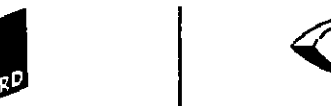
Vor drei Jahren hatte sich die Post dafür stark gemacht, angesichts der starken regionalen Schwankungen in der Rechtspraxis ein festes Bußgeld einzuführen. Doch das federführende Justizministerium wollte den Justizbehörden nicht ins Handwerk pfuschen.

Auch der Wert kostspieliger „Aufklärungskampagnen" nimmt sich inzwischen im Licht von Zahlen des Rechnungshofes sehr zweifelhaft aus. So wurde geschätzt, daß die Kampagne des Jahres 1983 zum Aufwand von 1,1 Millionen Pfund Mehreinnahmen von nur 1,8 Millionen Pfund erbrachte.

Da die BBC soeben eine kräftige Gebührenerhöhung von 46 auf 65 Pfund angemeldet hat (allerdings wirksam für drei Jahre), überrascht es nicht, wenn inzwischen auch Politiker immer massiver die Forderung nach einer Änderung der BBC-Charta erheben, um der Werbung die Tür zu öffnen. Auf dieses Ansinnen reagiert die BBC mit Entsetzen und der Befürchtung, Werbung wäre der Anfang vom Ende.

Der Druck auf die BBC, der Werbung wenigstens ein Hintertürchen zu öffnen, wird immer stärker. Um so mehr, als Sir Gordon Downey jetzt, amtlich, zu dem Schluß kam, daß Verbrechen sich lohnt: Wenn doch jeder zwölfte Fernsehteilnehmer sich die Gebühr schenkt, wenn von geschätzten 1,6 Millionen Drückebergern in den Jahren 1982/83 doch nur 82 500 erwischt wurden. Hinzu kommt, daß keine Regierungspartei ihre Wähler mit einer kräftigen Erhöhung der TV-Gebühr vor den Kopf stoßen möchte.

SIEGFRIED HELM





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Ob blond – ob braun
Amerikanischer Spielfilm (1962)
Mit Elvis Presley u. a.
11.50 Wahl-Nachlese Berlin
12.25 Wahl-Nachlese Saarland
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Unglaublich – aber wahr?
Ist es wahr, daß im Sommer 1980 ein Kölner Maler auf einem Flohmarkt für drei Mark eine Zeichnung von Picasso erwarb? Die Redaktion der Fernsehreihe „Unglaublich – aber wahr" ist dieser Angelegenheit nachgegangen und dabei auf bisher nicht bekannte, überraschende Sachverhalte gestoßen, die sie veranlaßt hat, die gesamte Sendung diesem Thema zu widmen.
17.20 Die kleine Hexe (2)
Trickfilm nach dem Kinderbuch von Otfried Preußler
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Blauen und die Grauen
3. Folge
Mit Stacy Keach, Gregory Peck u. a.
Anschl. Ein Platz an der Sonne
Bekanntgabe der Wochengewinner
21.15 Widerstand in Deutsch-Südwest
Witbooi – Maharero – Morenga
Film von Klaus Wigge
22.00 Gespenstergeschichten
Die Affenpfote
Von Rainer Erler
Nach langen abenteuerlichen Jahren in Indien schenkt Sergeant Morris der befreundeten Familie McDonald eine Affenpfote, welche ihrem Eigentümer angeblich drei Wünsche erfüllen kann. Daß ihrem Vorbesitzer dabei ein schreckliches Schicksal widerfuhr, läßt die McDonalds kalt. Sie wollen sich ihre Träume erfüllen ...
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Identifikation einer Frau
Italienisch-französischer Spielfilm (1982)
Mit Tomas Milian, Christine Boisson, Daniela Silverio u. a.
Regie: Michelangelo Antonioni
Der Filmregisseur Niccolo Farra, seit kurzem geschieden, arbeitet an einem Film, für den er keine weibliche Hauptfigur findet. Bei seiner Suche stößt er auf die zwanzig Jahre jüngere Mavi. Bald verbindet die beiden eine leidenschaftliche Affäre.
1.10 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Mietrecht
10. Folge ... und du mußt raus!
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Boomer, der Streuner
Frankensteins Spukhaus
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Pferdediebe
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Tagesbefehl Goldmedaille
Noch vor Jahren hielt die Bundesrepublik die Fahne des reinen Amateursports hoch, doch mittlerweile ist man auch hierzulande zu der Ansicht gelangt, daß tagsüber berufstätige Sportler keinen Blumentopf gewinnen können. Am Beispiel des Olympiasiegers Peter Angerer zeigen Manfred Teubner und Marcel Reif, wie der als Soldat verpflichtete Sportler gefördert und unterstützt wird.
20.15 Der Adler vom Velsatal
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Waltraut Haas, Claus Holm, *Sepp Rist u. a.*
Regie: Richard Häussler
Ein Heimatfilm der anspruchslosesten Sorte: Der Holzfäller Matteo hat den Förster feige ermordet und lenkt den Verdacht auf Toni, mit dem er seit jeher verfeindet ist. Dieser wird verhaftet, kann jedoch fliehen und will den Mörder selbst jagen. Die Kritik sprach bei der Uraufführung von „bescheidenen Darstellern" und einem „bescheidenen Drehbuch".
21.45 heute-journal
22.05 Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter ...
Bericht von Gustav Trampe
Morgen nehmen die beiden Supermächte USA und Sowjetunion ihre Abrüstungsverhandlungen in Genf wieder auf. Es soll dies der bisher umfassendste Rüstungskontrolldialog der beiden Weltmächte werden, in dem auch die Weltraumwaffen zur Sprache kommen sollen.
22.45 Das tausendunderste Jahr
Erster Teil der „Schwäbischen Trilogie" von Oliver Storz
Regie: Eberhard Itzenplitz
1.00 heute



Entspricht Ida (Christine Boisson) dem Idealbild, das sich Niccolo (Tomas Milian) von den Frauen macht? (Identifikation einer Frau – ARD, 23.00 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
11.00 Übertragung aus dem Landtag in Düsseldorf
Bericht des Präsidenten über die fünfjährige Arbeit des Landtages
Bericht des Petitionsausschusses
2. Lesung WDR-Gesetz
18.00 Telekolleg II
Deutsch (23)
Wie der Schnabel gewachsen ist
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – Gefunden
Die unterhaltsame „Sammlerbörse" mit Sonja Kurowsky und Reiner Nohn – live aus der Maximilian-Halle in Hamm
21.45 Paolo Bortoluzzi – Porträt eines Tänzers
Film von Heiner Hepper
22.15 Thema des Monats
Zwischen den Wahlen
Zur Situation der FDP und der Grünen
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Die Gesundheitsküche: Cholesterin
19.15 Revierparks
Neue Freizeitzentren an Rhein und Ruhr
20.00 Tagesschau
20.15 Die Alster
Porträt eines Flusses
21.00 Das Montagsthema
Nach der Wahl in Berlin
Mit Eberhard Kruppa und Richard Schneider
22.00 Das Gruselkabinett
Dementia 13
Amerikanischer Spielfilm (1962)
Regie: Francis F. Coppola
23.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Catweazle (9)
18.55 Wombles (9)
19.05 Drei – D Spezial
Orchesterprobe
20.00 Horizonte
20.45 Die Sprechstunde
Die Gesundheitsküche: Cholesterin
21.30 Drei aktuell
21.45 Direktion City
Anweisung per Telefon
22.30 Focus on Jazz
Chick Corea und McCoy Tyner

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Anschlag auf die Natur
Auf der Suche nach einem neuen Umweltstrafrecht
21.05 Klimbim
21.50 Privatleben in Uniform
Beobachtungen an einem Bundeswehrstandort
22.35 Rückblende
Vor 175 Jahren geboren: Frédéric Chopin
22.50 Hamiet Bluiett and the Clarinet Family
23.50 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Ägyptische Woche
Re im Osten, Osiris im Westen
Altägyptische Jenseitsvorstellungen und Totentexte
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Der Aufpasser
Wie die wilden Stiere
23.35 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade
14.00 Die Waltons
Das Motorradrennen
15.00 Indian River
Goldsucher
Als der ehemalige Goldsucher MacLeod im Laden nichts mehr auf Kredit erhält, deutet er etwas von einem Goldfund an. Wüßte er, daß die beiden Unbekannten, die da im Laden stehen, von der Polizei gesuchte Verbrecher sind, würde er seinen Mund gehalten haben.
15.30 Musicbox
Viedeoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Kum Kum
Auf Bärenjagd
17.00 Mondbasis ALPHA 1
Wer programmiert Kelly
Auf dem Bildschirm der Mondstadt erscheinen plötzlich Zeichen, die nicht identifizierbar sind. Sie sehen aus wie Keilzeichen und scheinen Symbole zu sein, die etwas Bestimmtes aussagen wollen.
18.00 Westlich von Santa Fé
Unter falschem Namen
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Virginia (5)
19.40 Hardcastle & McCormick
Der Ton macht die Musik
Nach einem Vierteljahrhundert wird Henry Willard aus dem Gefängnis entlassen. Sofort begibt er sich zu dem Platz, wo er seinerzeit die Beute versteckt hat. Aber er ist nicht der einzige, der Interesse dafür zeigt.
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Thema der Woche: Weg vom Öl – Anfang einer neuen Abhängigkeit? / Porträt: Beatrice Hympendahl – eine Modedesignerin auf dem Weg zum Erfolg / Börse international – Die wichtigsten Daten vom Tage
Moderation: Friedhelm Busch und Janette Enders
21.00 Galerie Buecher (4)
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Der scharlachrote Kapitän
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Mit Richard Greene, Leonora Amor, Nedrick Young u. a.
Regie: Thomas H. Carr
Käpt'n Scarlett, ein junger französischer Adliger, kämpft gegen die Willkür der Fürsten für die Rechte der Armen und um die Liebe einer schönen Frau.
23.30 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
12. Peter kriegt nasse Füße
Kompass
Schnell und langsam (4)
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
La Luna
Italienischer Spielfilm (1979)
Mit Jill Clayburgh, Matthew Barry, Fred Gwynne u. a.
Regie: Bernardo Bertolucci
Bertoluccis Melodram von den widersprüchlichen und heiklen Gefühlen einer Mutter und ihres pubertären Sohnes ist ganz nach psychoanalytischen Kriterien ausgerichtet. Der zwischen „Verdi und Freud" angesiedelte Film besticht in Inszenierung und Kameraführung.
0.05 3SAT-Nachrichten

Worms prangert verfehlte Wirtschaftspolitik an

Emnid-Umfrage ausgewertet / Manager beklagen Förderung

dpa, Gelsenkirchen

Industriemanager halten nach einer vom CDU-Wirtschaftsrat in Auftrag gegebenen Emnid-Umfrage die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in fünf CDU-geführten Bundesländern für günstiger als in Nordrhein-Westfalen. Nach der Erhebung, die an 300 Manager ging, von denen 180 antworteten, rangiert NRW hinter Baden-Württemberg, Bayern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Berlin. Am Ende dieser Skala stehen Hamburg, Bremen und Hessen nach Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Diese Ergebnisse wurden am Samstag auf einer Veranstaltung des westfälischen Wirtschaftsrates der CDU in Gelsenkirchen unter dem Titel „NRW – kraftvoll erneuern" mitgeteilt. Dabei wurde betont, daß die befragten Manager dem bevölkerungsreichsten Bundesland zwar gute Rahmenbedingungen zubilligen, jedoch eine „relativ schlechte Meinung" über die politische Wirtschaftsförderung hätten.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Rudolf Sprung (CDU), hält es in diesem Zusammenhang für „kein förderliches Signal für potentielle Firmengründer", wenn vor Einführung neuer Techniken zunächst deren „*Sozialverträglichkeit*" nachgewiesen werden müsse. Auch seien Kernenergie und Verkabelung „Optionen für die Zukunft", bei denen sich die Düsseldorfer Regierung schwertue. Der CDU-Landesvorsitzende und Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag, Bernhard Worms, warf der alleinregierenden SPD daraufhin vor, daß Nordrhein-Westfalen von 1970 bis 1983 wegen einer verfehlten Wirtschaftspolitik der Landesregierung Wachstumsverluste in Höhe von 150 Milliarden Mark habe hinnehmen müssen. So hätten große Energieunternehmen ihre Kernkraftwerke außerhalb der Landesgrenzen gebaut, obwohl alle drei Parteien 1970 dafür gemeinsam 13 Standorte ausgewiesen hätten. Diese Standorte seien nicht genutzt worden, weil die Landesregierung Kernenergiefragen „nur ideologisch" sehe.

Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth, warf allen sozialdemokratisch geführten Bundesländern vor, sie hätten eine falsche Bildungspolitik betrieben. Man habe die Wege zum Abitur immer bequemer gemacht, obwohl der Anschluß an die neueste technische Entwicklung eine wachsende Zahl hochqualifizierter Menschen erfordere. Späth meinte, wenn sich die Europäische Gemeinschaft noch lange vorrangig mit Olivenöl und Landwein beschäftige, dann dürfe sie sich nicht wundern, wenn der Zug in eine neue technische Zukunft ohne Europa abfahre.

Der Bundesvorsitzende des Wirtschaftsrates der CDU, Heinrich Weiss, forderte die Bundesregierung auf, *noch in der laufenden Legislaturperiode* ein deutliches Signal für den Subventionsabbau zu setzen. Wenn das nicht für die einzelnen Subventionen gehe, dann solle man den Schweizer Weg gehen, bei dem die Subventionen linear Schritt für Schritt um fünf bis zehn Prozent gekürzt worden seien.

„Mubaraks Friedensinitiative zielt nur auf die Einigung der Araber"

Knesset uneinig in der Bewertung der Vorschläge / Wörner begrüßt Ägyptens Plan

DW. Tel Aviv/Kairo

Die jüngste Friedensinitiative des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak zielt nach den Worten des israelischen Außenministers Jitzhak Schamir auf einen Konsens unter den Arabern und nicht auf einen Frieden mit Israel. Im staatlichen Rundfunk sagte der Führer des rechten Likud-Blocks, der Mubarak-Plan beinhalte keine Friedensverhandlungen mit Israel. Schamir bekräftigte im Rundfunk seinen Standpunkt, daß Israel in einem Friedensvertrag nicht die besetzten Gebiete Westjordanien und Gaza preisgeben dürfe. Mubarak hat zunächst Gespräche zwischen einer jordanisch-palästinensischen Delegation und den USA vorgeschlagen. Die Teilnahme der Palästinensischen Be*freiungsorganisation (PLO)* wird von Israel jedoch abgelehnt.

In der israelischen Koalitionsregierung gibt es unterschiedliche Bewertungen der Friedensinitiative. Im Gegensatz zu Schamir lobte Ministerpräsident Schimon Peres mehrfach den Plan Mubaraks. Am Freitag hatte er in einem Interview der Zeitung „Yedioth Ahronoth" erklärt, er glaube, daß durch gemeinsame Diskussionen alle Probleme überwunden werden könnten.

Unterdessen hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner die Friedensvorschläge des ägyptischen Präsidenten als „Schritt in die richtige Richtung" bezeichnet. Damit könne vielleicht der Stillstand im Nahost-Friedensprozeß überwunden werden, sagte Wörner gestern auf einer Pressekonferenz zum Abschluß seines fünftägigen Ägyptenbesuchs. Wörner hatte Mubarak vor dessen Abflug nach Washington getroffen.

Wörner sagte weiter ohne jedoch Einzelheiten zu erläutern, er habe dem ägyptischen Ministerpräsidenten Kamal Hassa Ali und Verteidigungsminister *Abdel-Halim* Abuy Ghasala die Waffenexport-Politik der Bundesregierung erklärt. Ägypten ist seit längerer Zeit daran interessiert, von der Bundesrepublik Deutschland den Kampfpanzer Leopard II zu kaufen.

Auf die kürzliche Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß angesprochen, derzufolge die Bundesrepublik Waffen in alle interessierten Länder verkaufen müßte, antwortete Wörner: „Jeder Fall muß einzeln untersucht werden". In den Unterredungen seien außerdem Fragen der internationalen Sicherheit sowie die bilateralen Beziehungen angesprochen worden.

Unterdessen meldete die israelische Zeitung „Yediot Ahronot", Unterhändler Jordaniens und Israels seien in Kairo zusammengekommen, um über die Teilnahme palästinensischer Delegierter an möglichen künftigen Friedensgesprächen zu verhandeln. Dabei soll es sich um den jordanischen Staatsminister am königlichen Hof, Adnan Abu Odeh, und den *Generaldirektor im Büro des israeli*schen Ministerpräsidenten, Avraham Tamir, gehandelt haben. Die beiden Unterhändler hätten über eine von Jordanien vorgelegte Liste möglicher palästinensischer Delegierter gesprochen. Der Bericht der „Yediot Ahronot" wurde von einem Pressesprecher Peres' scharf dementiert.

NRW-Grüne uneins über Bündnis-Bedingungen

Union: Brief an RAF-Häftlinge „unerträglich"

AP/dpa, Lüdenscheid/Bonn

Neun Wochen vor der Landtagswahl am 12. Mai sind bei den nordrhein-westfälischen Grünen erneut scharfe Gegensätze über die Bedingungen für ein Bündnis mit der SPD im *Düsseldorfer Landtag deutlich* geworden. Auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz am Wochenende in Lüdenscheid warf Landesvorstandssprecher Michael Happe dem fundamentalistischen Flügel seiner Partei vor, die Erklärung zu einem Bündnis „*unter der Hand in ein* Papier verwandelt" zu haben, daß die Ablehnung jeder Zusammenarbeit schon im vorhinein begründen könne.

Happe sieht die Gefahr, daß die Vielzahl der Forderungen für die Mitwahl eines sozialdemokratischen Mi*nisterpräsidenten* die Entscheidung über ein Bündnis letztlich der SPD überlasse. Bei einer Zustimmung der SPD nur zu Teilen der Bedingungen der Umweltpartei müßten am Ende die Grünen entscheiden, ob dies ausreiche oder nicht. „Und wer will unsere Ablehnung begründen, wenn wir die Zusage zur Abschaltung von Kalkar erhalten, aber keine Zusage für ein ausschließlich öffentlich-rechtliches Fernsehen?", fragte Happe in seinem persönlichen Rechenschaftsbericht. Das bedeute: „Nicht wir werden die Auswahl treffen, sondern die SPD".

Von früheren Landesdelegiertenkonferenzen der NRW-Grünen waren die Bedingungen für eine Zusammenarbeit mit der SPD vor allem auf Druck der Fundamendalisten von der Energie- und Umweltpolitik auch auf Medien- und Sozialpolitik erweitert worden. Happe machte dafür vor allem die Ökosozialisten um den Bochumer Bundestagsabgeordneten Eckhardt Stratmann verantwortlich. Es sei „nicht verwunderlich, daß die Medien davon ausgehen, die Grünen hätten sich selbst landespolitisch abgemeldet". Denn bis heute seien die Forderungen der Grünen an Rhein und Ruhr „nicht klar und nicht vermittelt", kritisierte Happe.

Zu Beginn der Konferenz hatte Vorstandsprecher Hartmut Regen*stein* eine Anzeige gegen den nordrhein-westfälischen CDU-Oppositionschef Bernhard Worms angekündigt, falls dieser nicht bis Montag um 8 Uhr den Vorwurf zurücknehme, daß den Grünen eine „geistige Mitverantwortung" für die Bombenanschläge der vergangenen Tage anzulasten sei. Dieses „Ultimatum" wie auch die schon am Freitag angedrohte Klage der Landespartei gegen Worms sind bei Vorstand und Delegierten der Grünen jedoch umstritten. Eine starke Gruppe verlangte in Lüdenscheid „die politische Auseinandersetzung" mit der CDU.

Die Kritik Otto Schilys an dem Gesprächsangebot seiner Fraktionskolleginnen Antje Vollmer und Christa Nickels an inhaftierte RAF-Mitglieder ist von der CDU/CSU-Fraktion als ungenügende, rein verbale Distanzierung gewertet worden. Der Parlamen*tarische Geschäftsführer* der Unions-Fraktion, Friedrich Bohl, betonte, solange Schily keine Konsequenzen aus seiner Kritik ziehe, bleibe der Eindruck, daß hier eine Doppelstrategie zur Täuschung der Wähler in Berlin und im Saarland angelegt sei.

Esser kritisiert Beschäftigungsgarantie

Wirtschaft in „Aufbruchstimmung" / Geißler-Plan haushaltspolitisch „grundfalsch"

DW. Hamburg

Mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um mehr als 100 000 Stellen gegenüber dem Vorjahr rechnet der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser. Allgemein befindet sich die Wirtschaft in einer „Aufbruchstimmung". Es gebe nicht nur sehr hohe Aufträge aus dem Ausland. Auch im Inland verzeichne die Industrie Investitionen auf weit überdurchschnittlichem Niveau, erklärte der Arbeitgeberpräsident.

Wichtig seien jetzt die weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, anhaltende Preisstabilität, stabile Zinsen sowie weitere Steuererleichterungen und der Abbau bürokratischer Hemnisse.

Massive Kritik übte *Esser an dem* Plan von Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) für ein Erziehungsgeld mit Beschäftigungsgarantie. Esser nannte die angestrebte Beschäftigungsgarantie „grundfalsch". Dieses Vorhaben sei ein Musterbeispiel dafür, „wie man schutzwürdige Interessen durch dirigistische Eingriffe schädigt", betonte der Verbandschef.

Die Einführung des Erziehungsgeldes *mit Arbeitsplatzgarantie hat* auch der Vorsitzende des Wirtschaftsrates der CDU, Heinrich Weiss, abgelehnt. In einem Gespräch mit den „Westfälischen Nachrichten" in Münster sagte er, diese Maßnahme passe weder ordnungs- noch haushaltspolitisch in das *Regierungsprogramm.*

In der von der Bundesregierung beabsichtigten Zulassung befristeter Arbeitsverträge sieht Esser eine Erleichterung möglicher Neueinstellungen. „Unternehmer tun nichts lieber, als zu investieren und Arbeitskräfte und Arbeitskräfte einzustellen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen", erläuterte er.

Esser erklärte außerdem, daß die Unternehmer gerne die Forderung des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ernst Breit, prüfen wollen, inwieweit Mehrarbeit zugunsten von Neueinstellungen erfolgen kann. Andererseits bekräftigte der Arbeitgeber-Präsident, daß Überstunden auch künftig zum betriebli*chen Alltag gehörten.*

Deng setzt dem Reformeifer wieder Schranken

AFP/DW. Peking

Der Vorsitzende des Ältestenrates der Kommunistischen Partei Chinas, Deng Xiaoping, hat davor gewarnt, die Öffnung Chinas als Rückkehr zum Kapitalismus verstehen zu wollen. „Bestimmt können wir nicht zulassen, daß unsere jungen Leute durch kapitalistisches Denken korrumpiert werden", erklärte Deng in einer Ansprache auf einer Wissenschaftskonferenz, die von den chinesischen Tageszeitungen veröffentlicht wurde. Besonderes Aufsehen erregte die Rede auch durch ein beigefügtes Foto, auf dem hinter dem Spitzenpolitiker der Propagandachef Deng Liqun wieder zu sehen war, der nach der eingestellten Kampagne von 1983 gegen die „geistige Verschmutzung" in Ungnade gefallen war.

Deng Xiaoping bekräftigte, daß die „sozialistischen Ideale" und die Parteidisziplin weiterhin als entscheidende Grundlage für die „Einheit der Nation" gelten. Die chinesischen Massenmedien und die Propaganda-Organisation forderte Deng auf „das nie aus dem Auge zu verlieren". Dengs Stellungnahme wird von diplomatischen Kreisen als Beschwichtigung der Gegner einer liberalisierten Wirtschaftpolitik gewertet, die aber auch gleichzeitig den Anhängern weitgreifender Reformen Schranken setzen soll.

Kardinal Höffner verneint eine Kollektivschuld

DW. Köln

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Kölner Erzbischof Joseph Kardinal Höffner, hat gestern eine „*Kollektivschuld*" der Deutschen an den Verbrechen des Nationalsozialismus zurückgewiesen. Eine „Mitverantwortung des ganzen Volkes" bleibe aber bestehen, meinte der Kölner Oberhirte in einer Predigt aus Anlaß der Kriegshandlungen in Köln vor *40 Jahren.*

„Wir bitten Gott in dieser Stunde um Verzeihung für alles Versagen und für alle Schuld, die wir in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft durch Mitlaufen oder Schweigen auf uns geladen haben", erklärte er.

Die bitteren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und des Jahres 1945 haben nach Ansicht des Kölner Erzbischofs offenbar „viele Menschen nicht eines Besseren belehrt". Unter Berufung auf Worte Papst Johannes Pauls II. sagte Höffner: „Die Stärkeren vergewaltigen kleinere Völker. Sie machen sie politisch, wirtschaftlich und finanziell abhängig. Eine bestimmte Klasse oder Partei reißt die Macht an sich und unterdrückt die anderen. Terroristen morden aus dem Hinterhalt und verbreiten Angst und Schrecken. Das alles erzeugt ein tiefes Mißtrauen zwischen den Völkern, die Angst voreinander."

Kritik Czajas an Genscher-Reise

AP, Bonn/Ahlen

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Czaja, hat den Verlauf des Arbeitsbesuches von Bundesaußenminister Genscher in Warschau massiv kritisiert. In Ahlen stellte er die offenkundig rhetorisch gemeinte Frage, ob Genscher in Polen Wirtschaftsreformen verlangt habe, „um den Verlust von weiteren sechs bis zehn Milliarden Mark deutscher Kredite zu verhindern". Die bisherigen Kredite an die Volksrepublik, die in den drei vergangenen Jahren zu Verlusten des Bundes von mehr als drei Milliarden Mark geführt hätten, hätten den Menschen in Polen nichts genutzt. Czaja wollte auch wissen, ob Genscher sichergestellt habe, daß die „verbalen und juristischen Aggressionen der Militärdiktatur aufhören", und ob er die Forderungen nach Anerkennung der Souveränität Polens in den Heimatgebieten der Vertriebenen zurückgewiesen habe.

Kontakt zu „DDR" über Flugverkehr

dpa, Bonn

Die Lufhansa und die „DDR"-Luftfahrtgesellschaft Interflug wollen nach dem Ende der Leipziger Frühjanrsmesse Gespräche über eine eventuelle Ausweitung des beiderseitigen Linienflugverkehrs führen. Lufthansa-Vorstandschef Heinz Ruhnau erklärte gestern im Deutschlandfunk, mit den Partnern in der „DDR" sei vereinbart worden, nach der Frühjahrsmesse die Zahlen im Flugverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" einer „kritischen Analyse" zu unterziehen.

Die Lufthansa hat in diesem Jahr die Zahl ihrer Flüge zur Leipziger Messe verdoppelt und mit einem Touristenprogramm ergänzt. Aus der Nachfrage nach den mit diesem Programm gekoppelten Flügen sei zu schließen, daß es in der Bundesrepublik einen großen Bedarf für Flugreisen auch aus touristischen Gründen in die „DDR" gebe. Man solle der Nachfrage entsprechen.

„Ungeplantes" Attentat?

rtr, Duisburg

Auf den nicht besonders gekennzeichneten Dienstwagen des Kommandeurs der britischen Luftwaffe in Deutschland, Luftmarschall Sir Patrick Hine, ist am Samstag auf der Autobahn A 57 bei Moers nach Angaben der Duisburger Polizei geschossen worden. Allerdings sei nicht von einem geplanten Attentat, sondern aufgrund der Anhörung der vier Fahrzeuginsassen wahrscheinlich von einem „zufälligen Anschlag" auszugehen, teilte ein Polizeisprecher mit.

Die Schüsse seien entweder aus einem Gewehr, einem langläufigen Revolver oder einer langläufigen Pistole abgefeuert worden. Der Kommandeur sagte später, es habe sich offensichtlich um „Amateure" gehandelt. Die Insassen des Dienstfahrzeuges haben das Mündungsfeuer wahrgenommen. Einschußspuren wurden jedoch im Umkreis des Tatorts nicht gefunden.

Schikanen gegen Walesa

Polnische Behörden verstärken Druck auf die Opposition

DW. Warschau

Die polnischen Behörden haben am Wochenende den Druck auf die Opposition verstärkt. Am Samstag abend wurde der Vorsitzende der nationalistischen „Konföderation für ein unabhängiges Polen" (KPN), Leszek Moczulski, zusammen mit mehreren seiner Mitarbeiter in Warschau festgenommen, als sie eine Versammlung abhielten. Wie aus KPN-Kreisen bekannt wurde, durchsuchte die Polizei auch die Wohnung Moczulskis. Die polnische Nachrichtenagentur PAP meldete die Festnahme im Zusammenhnag mit einer „illegalen" KPN-Versammlung, ohne Namen und Anzahl der betreffenden Personen anzugeben, und beschuldigte die KPN „staatsfeindlicher Aktivitäten". Die 1979 gegründete Konföderation, die sich als „einzige politische Oppositionspartei" im Lande bezeichnet, hatte kürzlich zu „freien Wahlen" in Polen aufgerufen. Der KPN gehören nach eigenen Angaben mehrere zehntausend Mitglieder an.

Der Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", Lech Walesa, darf bis auf weiteres seinen Wohnort Danzig nicht ohne polizeiliche Erlaubnis verlassen. Dies wurde Walesa während seines zweiten Verhörs innerhalb eines Monats von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt. Walesa war etwa eine Stunde lang zu Ermitllungen verhört worden, die gegen ihn wegen der „Organisation illegaler Aktionen" eingeleitet wurden. Das Verfahren steht im Zusammenhang mit Walesas Aufruf zu einem viertelstündigen Proteststreik gegen die ursprünglich für den 28. Februar geplanten Preiserhöhungen. Das gegen Walesa verhängte Verbot, Danzig ohne Einwilligung der Polizei zu verlassen, ist nach dem polnischen Strafrecht die erste vorbeugende Maßnahme, die gegen einen „Verdächtigen" verhängt werden kann. Walesa war bisher noch nicht von diesem Verbot betroffen. Am Freitag hatte die Staatsanwaltschaft in Danzig außerdem etwa ein Dutzend enge Mitarbeiter von Arbeiterführer Walesa geladen. Sie wurden dort als Zeugen über ihre Beziehungen dem Friedensnobelpreisträger verhört, haben aber nach eigenen Angaben jede Auskunft verweigert.

Die Leitung der Untergrund-„Solidarität" (TKK) hat am Samstag die polnische Bevölkerung zu einem „allgmeinen und koordinierten Protest" aufgerufen, um bis Ende April Lohnerhöhungen als Ausgleich für die Ende Februar von der Regierung angekündigten Preiserhöhungen zu erzwingen. In einem der westlichen Presse in Warschau übermittelten Kommuniqué kündigte die TKK im Falle einer Ablehnung an, sie werde, sobald der dritte und letzte Abschnitt der Preiserhöhungen im Juni in Kraft getreten sei, zu einem Streik auf nationaler Ebene aufrufen.

Sinnvolles Lehrgeld

hoe. – Die Irrlichter verlöschen. Das ist das Verdienst von fünf Dutzend Pilotanlagen in Schleswig-Holstein zur sinnvollen und sparsamen Energieverwendung in der Landwirtschaft. Sie wurden seit Ende der siebziger Jahre mit viel ideellem und materiellem Einsatz des Landes, der Landwirtschaftskammer und ihrer Bauern errichtet. Die Auswertung der Erfahrungen hat bestätigt: Energie gibt es nicht umsonst. Kaum eines der auf Praxisreife getesteten neuen Verfahren hat sich angesichts der Energiekosten von heute als schon wirtschaftlich vernünftige Alternative erwiesen.

Es ist Lehrgeld gezahlt worden, aber nicht umsonst. Man weiß nun was Spreu und was Weizen ist, der bei steigenden Energiekosten Frucht tragen wird. Man weiß, daß es die „nachwachsende Energie" schon gibt: Beispielsweise im Stroh, wenn man dessen Kraft nicht auf Stoppelfeldern abfackelt, sondern zur Heizung nutzt. Und das sogar ohne Feuer, Rauch und Asche, bei der Fermentation, die nicht einmal „Landluft" verbreitet und Humus hinterläßt. Er wird knapper als Öl werden wenn es keinen Torf mehr gibt.

Die Hoffnung auf Sonnenenergie ist untergegangen, manche Hoffnung auf den Wind vom Winde verweht, wenn man ihn ernten will, wo er nicht weht. Musterbeispiel: Die elegante „Mühle" auf dem Hof eines Uralt-Propheten des ökologischen Landbaus. Technisch ist sie prima, wirtschaftlich unter dem Strich. Die grünen Idealisten haben am falschen Platz gebaut – und zahlen nun monatlich fast einen Tausender drauf.

Düster

dos – Man kann es drehen und wenden wie man will: Das Bild, das die Norddeutsche Landesbank in ihrer Prognose zur wirtschaftlichen Entwicklung Niedersachsens zeichnet, ist ausgesprochen düster. Dies gilt nicht nur für den Arbeitsmarkt, der sich 1984 im Vergleich zum Bundesdurchschnitt verschlechterte und auf diesem katastrophalen Niveau auch 1985 verharren wird. Die landeseigene Nord/LB erkennt auch bei anderen globalen Wirtschaftsdaten ein deutliches Nachhinken des Landes. So dürfte die Aufwärtsbewegung der Konjunktur im vergangenen Jahr, an der Niedersachsen allerdings unterdurchschnittlich partizipierte, sich zwar dem Trend des Bundes nähern, aber nur dann, wenn dort der Zug an Fahrt verliert. Die Bank verweist auf die Strukturprobleme in der niedersächsischen Wirtschaft, will aber die These vom Süd-Nord-Gefälle trotzdem nicht gelten lassen. Eine Ausnahme bilde lediglich die Bauwirtschaft. Der hohe Anteil von Branchen, in denen ein weiterer Kapazitätsabbau droht, erhöhe in den Folgejahren noch den Bedarf an sektoralem Strukturwandel.

UNTERHALTUNGSELEKTRONIK / Ein neuer Anlauf zu Preiserhöhungen

Überkapazitäten und volle Läger sorgen für knallharten Wettbewerb

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Der knallharte Kampf um den deutschen Markt für Unterhaltungselektronik hat sich auch 1984 fortgesetzt. Weltweite Überkapazitäten in wichtigen Marktsegmenten wie Farbfernsehen und Video sorgten ebenso für massiven Druck auf die Preise wie die aus dem Vorjahr mitgebrachten vollen Läger einzelner Hersteller.

Obwohl der Markt insgesamt stabil war und in einzelnen Segmenten sogar *Mengensteigerungen* erreicht wurden, kam der Endverbraucherumsatz der Branche insgesamt nicht über die 14,5 Milliarden Mark des Vorjahres hinaus. Besonders enttäuschend für alle Anbieter: Nicht einmal die zahlreichen technischen Verbesserungen konnten gebührend „versilbert" werden.

Wenigstens im schon seit Jahren notleidenden Fernsehgeräte-Geschäft ist es im Februar – so die ZVEI-nahe Gesellschaft für Unterhaltungselektronik (GfU) – gelungen, eine generelle Preiserhöhung zwischen vier und fünf Prozent durchzusetzen. Ob sie von Dauer sein wird, bleibt freilich abzuwarten. Ein ähnlicher Versuch im Video-Bereich Anfang 1984 schlug nach kurzer Zeit wieder in einen neuen Preissturz um.

Die Wirkung: Obwohl die Absatzmenge laut GfU auf der Vorjahreshöhe von 1,4 Millionen Stück gehalten wurde, ging der Einzelhandelsumsatz von 3,4 auf 3,3 Milliarden Mark zurück. Dabei dürfte sich allerdings auch ausgewirkt haben, daß eine Reihe von Herstellern der Nachfrage nach preisgünstigeren Geräten mit leicht „abgestrippten" Versionen entgegengekommen sind. Inzwischen wird in der Branche auch darüber nachgedacht, reine *Abspielgeräte (ohne Aufnahmeteil)* für die Konsumenten von Filmkonserven auf den Markt zu bringen.

Der Preisverfall bei stagnierenden Mengen verhinderte auch, daß der Videorecorder dem Farbfernsehgerät seinen ersten Platz in der Rangliste der Braunen Ware streitig machen konnte. Im Geschäft mit den Fixpunkten deutscher Wohnstuben ging es wenigstens mengenmäßig noch bergauf: 2,54 (2,45) Millionen Geräte wurden verkauft.

Obwohl 60 Prozent davon bereits „stereotüchtig" waren, stieg der Umsatz nur von 3,8 auf 3,85 Milliarden Mark. Dazu mag allerdings auch beigetragen haben, daß Zuwachsraten vor allem bei den kleineren, tragbaren Geräten mit Bildschirmgrößen von 37 oder 42 Zentimetern erzielt wurden. Bei einer Marktsättigung, die inzwischen auf die 90-Prozent-Marke zugeht, lebt das Fernsehgeschäft schon überwiegend vom Ersatzbedarf.

Auch im Bereich des Hörens fehlte die rechte Musik. Zwar erzielte das neue Produkt Kompaktplatten-(compact-disc-)Spieler einen Absatzsprung auf 120 000 (40 000) Stück. Doch ansonsten blieb alles ruhig; der Verbraucher machte für die Innovation kein zusätzliches Geld locker. Im Gegenteil: Bei zumeist unveränderten Stückzahlen ging der Umsatz mit HiFi-Geräten insgesamt sogar auf drei (3,1) Milliarden Mark zurück.

Offenbar wurde ein Teil des Hörgenusses vom Wohnzimmer auf die Straße *verlegt. Immerhin nahm* der Verkauf von Autoradios um acht Prozent auf 4,1 (3,8) Millionen Stück zu. Mit den Preisen war es aber auch hier so eine Sache: Der Umsatz stieg unterproportional um sechs Prozent auf 1,8 (1,7) Milliarden Mark. Die Branche rechnet damit, daß heute bereits sieben von acht Autos mit einem Radio ausgerüstet sind.

Als zumindest stabil erwies sich das Geschäft mit der „Henkelware", also den zumeist tragbaren Geräten in den unteren Preissegmenten. Schon im dritten Jahr hintereinander erreichte es einen Umsatz von 1,8 Milliarden Mark. Dafür wurden 1,25 Millionen Kofferradios, 1,78 Millionen *Uhrenradios*, 2,4 Millionen Radiorecorder, 270 000 tragbare Kassettenrecorder und etwa 1,8 Millionen Stereo-Taschengeräte à la Walkman an den Mann gebracht.

Die Branche, inzwischen überwiegend in ausländischen Händen, gibt sich trotz aller Zurückhaltung ihrer Kunden optimistisch. Schließlich ist im September wieder die Internationale Funkausstellung in Berlin fällig, und die war schon immer für ein paar Impulse gut.

LEIPZIGER FRÜHJAHRSMESSE

Keine Illusionen über den innerdeutschen Handel

HANS J. MAHNKE, **Leipzig**

Der innerdeutsche Handel werde weiter zunehmen, niemand gebe sich jedoch den Illusionen hin, „daß hier die Bäume in den Himmel wachsen". So kommentierte Carsten Detlev Rohwedder, der Vorstandsvorsitzende der Hoesch AG, zu Beginn der Leipziger Frühjahrsmesse das Geschäft seines Hauses mit der „DDR". Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker hatte bei seinem traditionellen Messe-Rundgang zur Eröffnung gestern den Hoesch-Stand besucht. Die Ansicht Rohwedders wird auch von anderen Konzernen aus der Bundesrepublik geteilt, die auf der Messe vertreten sind.

Wenn zur Zeit auch keine spektakulären Projekte in Sicht seien, böten sich doch bei Modernisierungsmaßnahmen gute Aussichten für die Industrie aus der Bundesrepublik, betonte der Vorstandsvorsitzende der Friedr. Krupp GmbH, Wilhelm Scheider. Krupp setzte 1984 mit der „DDR" 175 Millionen DM um. Die Bezüge aus der „DDR" beliefen sich auf mehr als 100 Millionen.

Hoesch kommt mit der „DDR" auf einen Umsatz von 160 Millionen, wobei Bezüge und Lieferungen in etwa ausgeglichen sind. Nach Ansicht Rohwedders hat der im vergangenen Jahr abgeschlossene Lohnwalzvertrag für einen Ausbau der Vertrauensbasis *gesorgt*. Auch *die Stahlwerke* Peine-Salzgitter, walzen Vorbrammen aus Eisenhüttenstadt zu Warmbreitband aus. Bei Salzgitter ist auch die Zusammenarbeit mit der „DDR" in Drittländern in Schwung gekommen. So baut zum Beispiel Rüterbau in Hannover die Aluminiumverkleidung der Kuppel eines Raumflugplanetariums, das die „DDR" in Kuwait errichtet. Andererseits liefert die „DDR" Fertigdecken für Baustoffwerke, die von Salzgitter im Nahen Osten gebaut werden.

Zufrieden geben sich auch die Repräsentanten bei Arbed-Saarstahl zur Messe-Eröffnung. Allerdings dürften die Lieferungen von 150 000 Tonnen des vergangenen Jahres bei weitem nicht wieder erreicht werden. Gesprochen wird jetzt über die Lieferungen im dritten und vierten Quartal, heißt es.

Insgesamt nehmen 9000 Aussteller aus rund 100 Ländern an der Frühjahrsmesse teil, die bis zum 16. März dauert. Das Leitthema heißt „Rohstoffe, Brennstoffe, Energie – effektiv gewinnen, veredeln, anwenden". Dazu findet ein internationaler wissenschaftlicher Kongreß in Leipzig statt. In diesem Bereich hat die „DDR" wie auch die anderen Planwirtschaften einen erheblichen Nachholbedarf.

Unter den Ausstellern aus den westlichen Ländern dürften die 725 Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin wieder das größte Kontingent stellen. Darunter *sind rund 100 mittelständische Unternehmen*. Sechs Berliner Firmen des Maschinenbaus und der Elektrotechnik stellen erstmals gemeinsam aus.

Ende der Verschnaufpause

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Aussteller aus der Bundesrepublik sind mit verhältnismäßig großen Erwartungen zur diesjährigen Frühjahrsmesse nach Leipzig gefahren, die gestern eröffnet wurde. Und das, obwohl es im vergangenen Jahr im innerdeutschen Handel nicht gerade berauschend gelaufen ist.

Immerhin sanken die Lieferungen in die „DDR" um nominal sechs Prozent auf 7,251 Milliarden Mark, volumenmäßig dürfte der Rückgang damit rund zehn Prozent betragen haben. Dagegen kletterten die Bezüge um neun Prozent auf 8,241 Milliarden Mark, wodurch die „DDR" einen Überschuß von einer Milliarde Mark erzielen konnte. Sie reduzierte dadurch ihre Verschuldung in der Bundesrepublik auf drei Milliarden Mark.

An diesem Umstand knüpfen einige Erwartungen an. Die „DDR" sei, so heißt es, finanziell in der Lage, mehr aus der Bundesrepublik zu beziehen. Der Swing, der zinslose Überziehungskredit, der vereinbarungsgemäß in diesem Jahr ein Volumen von 600 Millionen Mark hat, wurde im Februar mit weniger als 100 Millionen Mark ausgenutzt. Es gab sogar einen Tag, an dem er von der Bundesrepublik in Anspruch genommen wurde, etwas, was es zuvor in 35 Jahren nur einmal gegeben hatte. Damit ist der Swing gegenwärtig zum technischen Instrument für den Zahlungsverkehr geworden.

Über die Gründe dafür, daß die „DDR" diese günstige Finanzierung kaum nutzt, kann nur spekuliert werden. Möglicherweise will sie ihre Ausgangsposition für die Verhandlungen über die Verlängerung des Swing und anderer Vereinbarungen wie die über die Lieferung und Bezüge von Mineralölprodukten und Kohle verbessern, die sich für den innerdeutschen Handel als recht tragfähige Korsettstange erwiesen haben.

Jedenfalls hat dieses wie auch die hohen Guthaben bei westlichen Banken dazu beigetragen, daß die „DDR" ihr Kreditstanding erheblich aufpolieren konnte. Die Konditionen, die ihr von Banken eingeräumt werden, sind sehr viel günstiger als noch vor zwölf Monaten. Einige Banken haben ihre internen „DDR"-Planfonds wieder aufgestockt.

Die an der Zahlungsbilanz orientierte Politik der letzten Jahre, wodurch Ost-Berlin die Verschuldung in den Griff bekommen hat, ist jedoch nicht ohne Folge für die interne Entwicklung geblieben. Zwar wurde die Versorgung der Bevölkerung im vergangenen Jahr leicht verbessert, aber die Investitionen sind in den achtziger Jahren gesunken.

Dieses hat die Wachstumsmöglichkeiten getroffen, was auch nicht dadurch verdeckt werden kann, daß 1984 das produzierte Nationaleinkommen mit 5,5 Prozent rascher gestiegen ist als die 4,4 Prozent, die im Plan vorgesehen waren. Das lag vor allem an der unerwartet guten Ernte. Als Zeichen dafür, daß die Wettbewerbsfähigkeit der „DDR" gelitten hat, führt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) den Umstand an, *daß der Anteil der Bezüge* der Bundesrepublik von Maschinenbauerzeugnissen am innerdeutschen Handel seit Anfang der siebziger Jahre von zehn auf 2,5 Prozent gesunken ist.

Wirtschaftspolitisch geht es der „DDR" jetzt vor allem darum, die Relation zwischen dem Aufwand an Energie, Rohstoffen, Kapital und Arbeit sowie dem Ertrag in Gestalt verwertbarer Produkte zu verbessern. Bisher waren sie auf diesem Wege nicht sehr erfolgreich.

Auch in diesem Jahr sollen die bestehenden Anlagen durch einen Austausch des Kernbereichs modernisiert werden. Rationalisierung wird groß geschrieben. Die Firmen aus der Bundesrepublik haben gerade in dieser Hinsicht einiges zu bieten. Und die „DDR" scheint auch wieder mehr zu ordern, wie die letzten Monate gezeigt haben. Komplette Anlagen wie das VW-Motorenwerk bleiben die Ausnahme. Trotzdem gehen die Experten davon aus, daß die Dynamik im innerdeutschen Handel in diesem Jahr von den Lieferungen aus der Bundesrepublik ausgehen wird.

Zwar dürften auch die Bezüge noch leicht steigen. Denn die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der „DDR" profitiert vom Kursanstieg des Dollar, wodurch das Angebot aus Fernost teurer geworden ist. Allerdings hat die „DDR" auch wegen unterbliebener Investitionen Kapazitätsprobleme und muß die Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion erfüllen. Trotzdem dürfte die Verschnaufpause im innerdeutschen Handel überwunden werden.

AUF EIN WORT

„Märkte ordnen – Einkommen sichern – ökonomische und ökologische Notwendigkeiten miteinander versöhnen: Das ist die in die Zukunft weisende Aufgabenstellung der deutschen Agrarpolitik. Mit Konsequenz werden wir entsprechend die Möglichkeiten der europäischen und *nationalen* Agrarpolitik nutzen."

Dr. Wolfgang von Geldern, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten FOTO: DIE WELT

DIW-STUDIE

Nur bescheidener Beitrag der erneuerbaren Energiequellen

HEINZ HECK, **Bonn**

Erneuerbare Energiequellen wie Windenergie und Wasserkraft werden bis zum Jahr 2000 nur einen bescheidenen Beitrag zur Energieversorgung der Bundesrepublik leisten können. Zu diesem Ergebnis kommt eine im Auftrag des Bonner Wirtschaftsministeriums vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) und vom Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung Karlsruhe (ISI) erstellte „Abschätzung des Potentials erneuerbarer *Energiequellen in* der Bundesrepublik Deutschland".

In einer günstigen Variante schätzen die Wissenschaftler das wirtschaftliche Potential auf 45 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE), von denen 24 Millionen Tonnen als „ausschöpfbar" bezeichnet werden. Bei der ungünstigen Variante sind es 34 (15) Millionen Tonnen SKE. Diese Ergebnisse schließen die bereits heute erbrachten Beiträge ein. Die Windenergie weist jeweils das größte Potential auf. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Sonnenenergie werden als begrenzt bezeichnet.

Nach der Jahrtausendwende allerdings dürfte sich das wirtschaftliche Potential unter anderem aus folgenden Gründen „stetig vergrößern": Die langfristige Tendenz zur Preissteigerung bei erschöpfbaren Primärenergieträgern und zur Erhöhung von Strom- und Wärmepreisen *(auch* durch verschärfte Umweltschutzauflagen) wird die Konkurrenzfähigkeit erneuerbarer Energiequellen weiter verbessern. Auch sind die Entwicklung und der Betrieb größerer Anlagen mit niedrigeren spezifischen Investitionskosten bis dahin weiter vorangeschritten.

RWE: Strom wird teurer

AP, **Essen**

Auf Millionen deutscher Haushalte kommen erhebliche Strompreiserhöhungen zu. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE), das *größte* deutsche Energieversorgungsunternehmen, kündigte zum 1. Juli dieses Jahres Preiserhöhungen von 7,3 Prozent an. Das Unternehmen begründete dies vor allem mit notwendigen Aufwendungen für den Umweltschutz. Die Preiserhöhung muß noch vom Düsseldorfer Wirtschaftsministerium genehmigt werden. Nach RWE-Berechnungen verteuern sich für einen durchschnittlichen Haushalt die Stromkosten dadurch um sechs Mark im Monat.

US-AKTIENMÄRKTE

Volcker entnervte Anleger, aber Hausse ist nicht tot

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Wall Street ist froh, daß Paul Volckers halbjährliche Hearingsrunde im Kongreß abgehakt werden kann. Auch nach der Rede des Vorsitzenden des Federal Reserve Board weiß in Washington niemand, welchen Geldkurs die US-Notenbank wirklich steuert. Die Anleger *jedenfalls nahmen Volckers Aussage, ein* plötzliches Umkippen des Dollars sei durchaus möglich, für bare Münze. Der Fed-Vorsitzende will den Kongreß jedoch nur davon überzeugen, daß die riesigen Haushaltsdefizite zurückgeschnitten werden müssen. Wie es aussieht, wird aber auch der Senat Präsident Reagans Sparvorschlägen nicht folgen. Immer wahrscheinlicher wird ein Einfrieren der Ausgaben auf dem Vorjahrsniveau.

Daraus zieht die Börse den Schluß, daß die US-Zinsen auch ohne schwächeren Dollar steigen müssen. Am Freitag erholten sich zwar die Rentenmärkte; dies dürfte aber nur von kurzer Dauer sein. Gegenüber Donnerstag sanken die Renditen für 30jährige Treasury Bonds von 11,90 auf 11,68, verglichen mit 11,47 und 11,45 Prozent im Februar und Januar (Mittel). Bisher hat der „Fed" die Geldmenge nicht verknappt; alle Aggregate liegen weit über den oberen Zielmarken.

Vor diesem Hintergrund mußten alle Aktienbarometer Rückschläge hinnehmen. Im Wochenverlauf fiel der Dow-Jones-Industrie-Index um 29,70 (Freitag: minus 1,87) auf 1269,66, der umfassende Nyse-Index um 2,22 (0,25) auf 103,82 Punkte. Dennoch ist die Hausse-Stimmung nicht tot. Broker setzen auf die geringe Teuerung, die schrumpfenden Energiepreise, die höhere Produktivität und die sich verbessernden Unternehmensgewinne.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Gewerkschaft gegen Fusion von NUR und ITS

Düsseldorf (dpa/VWD) – Gegen die *geplante Fusion der zum* Karstadt-Konzern gehörenden NUR-Touristic und der Kaufhof-Tochter International Tourist Services (ITS) hat sich die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) ausgesprochen. Nach einer Tagung von Betriebsräten und Aufsichtsratsmitgliedern der betroffenen Unternehmen erklärte HBV-Vorstandsmitglied Christian Götz in Düsseldorf, die Sicherung aller 1 380 Arbeitsplätze bei NUR und ITS sei mit einer Fusion nicht zu erreichen. Vielmehr sei nach einem Zusammenschluß beider Unternehmen mit einem Arbeitsplatzabbau zu rechnen.

Abkommen mit Brasilien

Brüssel (AP) – Brasilien hat sich in einem Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft verpflichtet, seine Stahlexporte in die EG-Länder 1985 auf 150 000 Tonnen zu begrenzen. Das teilte die EG-Kommission mit. Im Zeitraum Januar–Oktober 1984 hatten die brasilianischen Stahlexporte in die EG-Länder dem Vernehmen nach rund 210 000 Tonnen betragen. Im Rahmen des Abkommens mit Brasilien wird die EG auf die Erhebung von Sonderzöllen für brasilianischen Stahl verzichten, die auf Grund von Beschwerden über Dumpingmethoden eingeführt worden waren.

Dollar-Interventionen

Washington (sbt.) – Nur mit halbem Herzen und bescheidenen Mitteln haben die USA in den letzten Monaten am Devisenmarkt interveniert, um den Höhenflug des Dollar zu stoppen. Wie die Federal Reserve Bank in New York mitteilte, griff sie von August bis Januar siebenmal ein, indem sie für 373 Mill. Dollar Mark erwarb. Durchschnittlich wendete die für Devisenoperationen zuständige regionale Notenbank damit 53,3 Mill. Dollar auf. Zum Vergleich: In der vorletzten Woche sollen die europäischen Zentralbanken etwa zwei Mrd. Dollar auf den Markt geworfen haben. Auch an dieser konzertierten Aktion haben sich die New Yorker beteiligt, offen ist jedoch, mit wieviel. Anfang September intervenierten die USA mit 50, vom 24. September bis 17. Oktober an vier Tagen mit insgesamt 229 und Ende Januar an zwei Tagen mit 94 Mill. Dollar.

Preisstopp in Schweden

Stockholm (AP) – Die sozialdemokratische schwedische Regierung hat im Bemühen, die für 1985 ins Auge gefaßte Teuerungszuwachsrate bei drei Prozent zu halten, einen allgemeinen Preisstopp verfügt. Die Maßnahme soll am 13. März in Kraft treten. Der Preisstopp ist der zweite, der im Zeitraum eines Jahres in Schweden verhängt wird.

Etat gebilligt

Tokio (VWD) – Das japanische Abgeordnetenhaus hat die Haushaltsvorlage der Regierung für das am 1. April beginnende Fiskaljahr ohne Veränderung gebilligt. Die Vorlage geht nun an das Oberhaus, tritt aber auch ohne dessen Zustimmung automatisch im April in Kraft.

„Keine Katastrophe"

Nürnberg (VWD) – Für eine Katastrophenstimmung am Bau besteht nach Ansicht von Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) kein Anlaß. Niemand bezweifle, daß die Bauwirtschaft in einer schwierigen Anpassungssituation stehe. Er halte es jedoch nicht für verantwortbar, von einer Katastrophe zu sprechen und so Resignation zu verbreiten. Schneider kündigte an, daß die Bonner Regierung ihre Investitionsan*strengungen, insbesondere im* Verkehrsbereich und im Umweltschutz, noch erhöhen werde.

Weg der Kurse

	8.3.	1.3.
Boeing	63,875	66,625
Chrysler	33	33,625
Citicorp	41,375	42,75
Coca-Cola	66,125	65,125
Exxon	48,25	48,25
Ford Motors	44,25	43,375
IBM	129,75	135,875
PanAm	4,375	4,25
US Steel	26,75	28,25
Woolworth	39,875	40,25

LUFTHANSA

Über 15 Millionen Passagiere

VWD, Köln

Für die Deutsche Lufthansa war 1984 ein „sehr gutes Jahr", sagte ihr Vorstandsvorsitzender Heinz Ruhnau im Deutschlandfunk. Die Zahl der Passagiere habe erstmals die Marke von 15 Mill. überschritten, die Frachtleistung sei auf über 500 000 Tonnen gesteigert worden und die Kapazität habe sich um vier bis fünf Prozent erhöht. Die Gründe seien vor allem im schnellen Wachstum der Weltwirtschaft und im starken Dollar zu sehen. Aufgrund der guten Geschäftsentwicklung habe die Lufthansa 1984 ihren Personalbestand um rund 1000 Mitarbeiter aufgestockt und 1,2 Mrd. DM investiert.

Mit der „DDR"-Luftfahrtgesellschaft Interflug will die Lufthansa nach dem Ende der Leipziger Frühjahrsmesse Gespräche über eine Ausweitung des Linienflugverkehrs zwischen beiden Staaten führen.

GROSSBRITANNIEN / National Westminster hat den Branchenersten Barclays bei den Erträgen überrundet

Drei der vier Großbanken verbuchten Rekordgewinne

WILHELM FURLER, London

Bei der Vorlage der Geschäftsergebnisse der vier großen britischen Clearingbanken gab es eigentlich nur zwei wirkliche Überraschungen: der Aufruf der Barclays Bank an ihre Aktionäre, eine Bezugsrechtsemission im Verhältnis 1:1 zu zeichnen und damit das Kapital um immerhin 507 Mill. Pfund (1,84 Mrd. DM) aufzustocken, sowie die Tatsache, daß die zweitgrößte britische Geschäftsbank, National Westminster, einen höheren Gewinn vor Steuern ausweisen konnte als die führende Bank, Barclays.

Die Bezugsrechtsemission von Barclays ist die bisher größte in Großbritannien, wenn man die von BP im Jahre 1981 in Höhe von 623 Mill. Pfund vernachlässigt, da BP zu jener Zeit noch zur Hälfte in Staatsbesitz war. Barclays' Chairman Sir Timothy Bevan begründete die Kapitalerhöhung mit der Notwendigkeit, die sich weltweit durch „Deregulierungs-Prozesse" öffnenden Chancen an den Finanzmärkten besser nutzen und darüber hinaus die Entwicklung neuer Dienstleistungen und Geschäfte stärker vorantreiben zu können.

Im Gefolge der Barclays Bank hat die viertgrößte unter den britischen „top four", die Lloyds Bank, bei der Vorlage ihres Ergebnisses die Ausgabe von Zusatzaktien im Verhältnis 1:1 vorgeschlagen.

Insgesamt haben die vier großen Geschäftsbanken Barclays, National Westminster, Midland und Lloyds 1984 Rekordgewinne von 1,929 Mrd. Pfund (sieben Mrd. DM) vorgelegt gegenüber 1,719 Mrd. Pfund im Jahr zuvor. Dies, obwohl die Midland Bank wohl das traumatischste Jahr hinter sich hat, das eine britische Clearingbank je durchstehen mußte. Die kalifornische Midland-Tochter Crocker National, die in massiven Schwierigkeiten aufgrund fauler Kredite im Agrar- und Immobilienbereich steckt, belastete das Vorsteuerergebnis der Midland Bank mit nicht weniger als 222 Mill. Pfund (knapp 804 Mill. DM).

Entsprechend verringerte sich der Gewinn vor Steuern bei der Midland Bank von 225 auf 135 Mill. Pfund (minus 40 Prozent). Dagegen kletterte er bei den drei anderen Großbanken auf neue Rekordhöhen: Barclays von 557 auf 655 Mill. Pfund (plus 18 Prozent), National Westminster von 518 auf 671 Mill. Pfund (plus 30 Prozent) und Lloyds von 419 auf 468 Mill. Pfund (plus zwölf Prozent).

Auf neue Rekordhöhen stiegen allerdings auch bei allen vier Instituten die Wertberichtigungen auf uneinbringliche und zweifelhafte Forderungen. Barclays mußte ihren Wertberichtigungsbedarf von 475 auf 525 Mill. Pfund anheben, National Westminster von 264 auf 351 Mill. Pfund und Lloyds von 219 auf 269 Mill. Pfund. Bei Midland kam es zu einem Sprung von 318 auf 616 Mill. Pfund, weil sich die Forderungsausfälle und zweifelhaften Forderungen allein bei Crocker von 120 auf 456 Mill. Pfund fast vervierfachten.

Lord Boardman, der Chairman der National Westminster Bank, umriß die allgemeine Situation sicherlich ganz im Sinne seiner Kollegen an der Spitze der anderen Clearingbanken: Trotz der sich entschärfenden internationalen Verschuldungskrise sei weiterhin große Vorsicht angebracht; dabei habe sich die Lage im Inland aber deutlich verbessert.

Das Vertrauen darauf, daß in der Crocker-Affäre das Schlimmste überstanden ist, hat die Midland-Geschäftsleitung bewogen, die Jahresdividende von 25,5 Pence je Aktie von nominal einem Pfund beizubehalten. Bei Barclays wird sie von 24 auf 26 Pence, bei National Westminster von 24,1 auf 25,6 Pence und bei Lloyds von 23,7 auf 26,5 Pence angehoben.

US-ARBEITSMARKT / Pause in der Industrieproduktion

Stagnation hält weiter an

H.-A. SIEBERT, Washington

Der US-Arbeitsmarkt bietet ein ähnlich zwiespältiges Bild wie der in der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem stetigen Rückgang 1983 und im ersten Halbjahr des letzten Jahres hat sich seit dem Sommer weder die Arbeitslosenrate noch die Zahl der Amerikaner ohne Beschäftigung wesentlich verändert. Arbeitsplätze werden praktisch nur noch im Dienstleistungsgewerbe für Frauen und Teenager geschaffen. In der Weiterverarbeitung zeigt die Kurve dagegen wieder nach unten, und zwar bevor das Niveau vor der letzten Rezession erreicht worden ist.

Die Stagnation hielt auch im Monat Februar an, obwohl das US-Arbeitsministerium in Washington eine von 7,4 auf 7,3 Prozent gesunkene Arbeitslosenquote registrierte. Die geringe Differenz ist noch weniger aussagekräftig, wenn man die vage Erfassungsmethode berücksichtigt. Durch sie werden jeden Monat nur rund 60 000 Haushalte in den USA erfaßt.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Heinrich Franke, meinte kürzlich gegenüber der WELT, daß auf die Rate in den Vereinigten Staaten etwa fünf Prozent aufgeschlagen werden müßten, um sie dem deutschen Verfahren anzupassen. Die Deutsch-Amerikanische Handelskammer in New York hält dagegen einen Satz von 1,5 Prozent für ausreichend.

Nach Angaben der Behörde in Washington erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten im Februar um 294 000 auf 106,7 Millionen Menschen. Ohne Arbeit waren 8,4 Millionen Amerikaner. In der Verarbeitung gingen andererseits 82 000 Arbeitsplätze, davon 25 000 in der Autoindustrie und immerhin 50 000 in der Bauindustrie, verloren. Daraus ist zu schließen, daß auch Amerikas Industrieproduktion eine Pause einlegte. Verantwortlich dafür sind aber nicht Konjunktur-, sondern Kälteeinbrüche.

Verkürzt hat sich auch die Arbeitswoche. Arbeitslos waren 6,3 Prozent der Männer und 6,7 Prozent der Frauen. In der schwarzen Bevölkerung machte die Quote 16,3 Prozent, in der hispanischen 9,7 Prozent und in der weißen 6,2 Prozent aus.

ENERGIE / Aus neuen Raffinerien in Nahost und Nordafrika drängt zusätzliches Mineralöl auf den Weltmarkt

Brüssel plädiert für eine liberale Einfuhrpolitik

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft sollte trotz der im Nahen Osten und in Nordafrika entstandenen neuen Raffineriekapazitäten an ihrer bisherigen liberalen Einfuhrpolitik für Mineralölerzeugnisse festhalten. Dies ist der Tenor eines periodischen Berichts der EG-Kommission der den am 15. März in Brüssel zusammenkommenden Energieministern der Gemeinschaft als Diskussionsgrundlage dienen soll.

Für den Ausstoß der neuen Export-Raffinerien in Saudi-Arabien, Kuwait und Libyen, die bis 1990 ihre Produktion aufnehmen werden, ist danach damit zu rechnen, daß sich der Absatz auf dem Weltmarkt „in geordneten Bahnen" vollziehen wird. Dies werde jedoch nur dann zu erreichen sein, wenn die betreffenden Länder beim Absatz ihrer Raffinerieerzeugnisse „weiterhin Verantwortungsgefühl" bewiesen. Darüber hinaus komme es aber auch sehr darauf an, wie die großen Absatzmärkte (EWG, USA und Japan) auf die neue Entwicklung reagierten.

Nach den Berechnungen der Brüsseler Experten kann davon ausgegangen werden, daß aus den neuen Raffinerien in Nahost und Nordafrika zwischen 1984 und 1990 rund eine Million Barrel pro Tag oder 50 Millionen Tonnen im Jahr auf den Weltmarkt gelangen werden. Mengenmäßige Importbeschränkungen gibt es derzeit in der Gemeinschaft nicht. Die Einfuhr von Mineralölerzeugnissen ist zollfrei, sofern das Produkt in einer Raffinerie weiterverarbeitet werden soll oder als Feedstock für die chemische Industrie bestimmt ist. Doch wird in der Praxis der Import nur aus einigen wenigen Industrieländern (Sowjetunion und USA) noch belegt.

Wieviel von den 50 Millionen Tonnen in die Gemeinschaft fließen werden ist nach dem Bericht schwer vorauszusagen. Wenn sie mit zusätzlichen Exportmengen freien Zugang zu den wichtigsten Absatzmärkten behielten, könnten es nach einer Hypothese bis 1990 jedoch rund 20 Millionen Tonnen im Jahr (40 Prozent) werden. 1990 gäbe es dann einen Einfuhrüberschuß Europas von 30 Mill. Tonnen, was etwa sieben Prozent des Jahresverbrauchs entsprechen würde. Dieser Anteil würde nach Ansicht der Kommission für die Gemeinschaft einen Beitrag zur Diversifizierung und Flexibilisierung ihrer Versorgung darstellen.

Die Strukturbereinigung innerhalb der Gemeinschaft macht nach dem EG-Bericht gute Fortschritte. Die bereits 1978 von der Kommission vorgeschlagene Politik, eine Zielvorgabe für die gesamte Gemeinschaft zu geben und die individuellen Anpassungen jeweils den Unternehmen zu überlassen, habe sich bewährt.

Die primäre Destillationskapazität ist in der EG inzwischen um 33 Prozent gegenüber dem Höchststand von 1977 abgebaut worden. Sie liegt heute nur noch um rund zehn Prozent über den Bedarf.

China meldet hohes Wachstum

dpa/VWD, Peking

Chinas Bruttosozialprodukt ist im vergangenen Jahr im Vergleich zu 1983 um 13 Prozent auf 1 284 Milliarden Renminbi (Eine Mark gleich 0,84 Renminbi/Yuan) gestiegen. Bei einer insgesamt positiven Wachstumsentwicklung in Landwirtschaft und Industrie hebt der Bericht des Statistischen Amts bei der Zentralregierung in Peking jedoch auch einige größere Hindernisse für noch raschere wirtschaftliche Fortschritte hervor.

Dazu gehörten dazu vor allem Engpässe in der Elektrizitätsversorgung und beim Transport sowie zu rasch wachsende Konsumausgaben bei einer inflationären Preisentwicklung in einigen Konsumgüterbereichen.

Nach der offiziellen Statistik fallen die 1984 erzielten Ergebnisse besonders günstig in der Landwirtschaft aus, wo ein sehr gutes Erntejahr die Getreideproduktion um rund fünf Prozent auf insgesamt 407,1 Millionen Tonnen gesteigert habe. Die Baumwollproduktion habe sich um 31 Prozent auf 6,1 Millionen Tonnen erhöht. Für die Leichtindustrie meldet das Statistische Amt im Vergleich zu 1983 einen Wertzuwachs von knapp 14 Prozent auf 337 Milliarden Renminbi. Die Schwerindustrie erzielte einen Zuwachs um 14,2 Prozent auf insgesamt 364 Milliarden Renminbi. Dabei stieg die Stahlproduktion um 8,4 Prozent auf 43,4 Millionen Tonnen.

Der Bevölkerungsstand erreichte Ende vergangenen Jahres 1,04 Milliarden Menschen. Das sind elf Millionen mehr als 1983.

NIEDERSACHSEN / Prognose zur Wirtschaftsentwicklung

Anschluß an Bundestrend

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Vor dem Hintergrund abgeschwächter Zuwachsraten in der Bundesrepublik insgesamt dürfte die Wirtschaft Niedersachsens 1985 wieder „Anschluß an den Bundestrend finden". Zu diesem Ergebnis kommt die Norddeutsche Landesbank in einer Prognose zur wirtschaftlichen Entwicklung.

Dabei unterstellt das Institut ein preisbereinigtes Wachstum des Bruttosozialprodukts gegenüber 1984 von zwei bis 2,5 Prozent. Ohnehin, so heißt es, resultiere das Plus überwiegend aus dem hohen Produktionsniveau von Ende 1984, das zu einem Überhang von etwa zwei Prozent geführt habe.

Wachstumsfördernd dürfte wie bereits 1985 das Exportgeschäft sein, wenngleich mit einer etwas geringeren Dynamik zu rechnen sei. Negativ für Niedersachsen allerdings sei, daß in dem Bereich der im Ausland besonders gefragten Investitionsgüter hiesige Unternehmen eher unterrepräsentiert sind.

Wenig Hoffnungen bietet der Arbeitsmarkt. Bereits 1984 sei die Arbeitslosenquote, die im Bundesgebiet insgesamt bei 9,1 Prozent stagnierte, in Niedersachsen auf 11,9 (1983: 11,3) Prozent geklettert. Für 1985 rechnet die NordLB mit einer Arbeitslosigkeit, die auf dem hohen Niveau des Vorjahres zumindest verharrt. Dies gelte allerdings auch bundesweit. Einer leichten Zunahme neuer Arbeitskräfte im Dienstleistungsbereich stehe eine erneute Verringerung im Baugewerbe gegenüber, meint die Bank.

Mit einer freundlicheren Stimmung rechnet die NordLB im weiteren Jahresverlauf an den inländischen Finanzmärkten. Die bereits 1984 überdurchschnittliche Kreditaufnahme der Unternehmen werde sich, wenn auch in abgeschwächter Form, im Jahre 1985 fortsetzen. Die etwas stärkere reale Konsumausweitung könnte zu einer leichten Beschleunigung der privaten Kreditaufnahme führen.

Wegen der weiteren Verringerung der öffentlichen Verschuldung dürfte aber die Kreditaufnahme bei den niedersächsischen Banken 1985 allenfalls die Zuwachsrate des Vorjahres erreichen. Auf der Einlagenseite rechnet die NordLB mit einer leichten Verringerung des Zuwachses gegenüber dem Vorjahr.

RENTENMARKT / Leitzinsanhebung befürchtet

Dollar verunsichert Anleger

Der wieder steigende Dollar erwies sich für die deutschen Rentenmärkte in der vergangenen Woche als große Belastung. Spekulationen über eine bevorstehende Leitzinserhöhung nährten die Unsicherheit über die weitere Zinsentwicklung. Die Abgabeneigung – auch von seiten ausländischer Anleger – verstärkte sich, so daß die Kurse deutlich nachgaben. Davon blieb auch die neue Bundesanleihe nicht verschont. Die Durchschnittsrendite der Anleihen von Bund, Bahn und Post kletterte im Wochenverlauf von 7,32 auf 7,5 Prozent. (DW.)

Emissionen	8.3. 85	1.3. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,50	7,32	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,47	7,43	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,36	7,35	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	7,35	7,31	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,56	7,47	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,31	7,23	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,89	7,83	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	7,53	7,45	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,76	7,67	7,20	8,08	8,45

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffler (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 08, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

ALTERNATIVE ENERGIEQUELLEN / Erfahrungen

„Pilotanlagen sind nützlich"

GERHARD HOEPFNER, Lübeck

Gegenüber einem neuen Energiepreisschub wären Landwirtschaft und Gartenbau heute wesentlich besser gewappnet als bei der letzten Energiekrise. Das sei der entscheidende Gewinn, der seit 1978 in Schleswig-Holstein errichteten 60 Pilot- und Demonstrationsvorhaben auf Bauernhöfen und in Gärtnereien.

Diese vom Land mit insgesamt 3,64 Mill. DM geförderten und von der Landwirtschaftskammer betreuten Versuchsanlagen zur sinnvollen und sparsamen Energieverwendung hätten der Beratung gesicherte Daten vermittelt. Damit sei sie in die Lage versetzt worden, verläßliche Empfehlung zu geben und die Landwirte vor Fehlinvestitionen zu warnen. Das machten der Präsident der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Johann Graf zu Rantzau, und Agrar-Staatssekretär Sönke-Traulsen, Kiel, bei der Vorlage des Erfahrungsberichts „Energie in Landwirtschaft und Gartenbau" im Kreis Segeberg deutlich.

Der in Schleswig-Holstein vielfach früher als in anderen Bundesländern auch mit Hilfe der Landtechniker der Universität Kiel erreichte Erkenntnisstand wird vor allem auch dem Einsatz der Pionierbetriebe gedankt, die in der Regel 70, und bei besonderem Risiko 50 Prozent der Investitionen selbst trugen. Es hat sich gezeigt, daß es Energie nicht umsonst gibt und daß unter den heutigen Bedingungen Energiesparen, vor allem mit Regeltechnik und Wärmedämmung, sehr viel wichtiger und effektiver ist als das Nutzen alternativer Energiequellen. Das gilt besonders für den Gewächshausgartenbau, dessen Verbrauch von Energie gegenüber 1979 in Schleswig-Holstein um über 35 Prozent und von leichtem Heizöl um mehr als 50 Prozent verringert worden ist.

Daß Getreideanbaubetriebe heute schon über „nachwachsende Energie" verfügen, macht der Erfahrungsbericht an Beispielen von Strohheizungen deutlich. Ein Betrieb, der jetzt zwölf Nachbarhäuser mit Stroh-Fernwärme beliefert, berechnet nach einer „Grundgebühr" von 10 000 DM für Anschlußleitungen, Wärmetauscher und Meßgerät einen Wärmepreis, der 50 Prozent unter den Heizölkosten liegt. Bei denen gelten Solaranlagen nur in Sonderfällen als empfehlenswert und auch Windkraftanlagen haben sich nur in Küstennähe wirtschaftliche bewährt.

HANDWERKSMESSE / Bangemann lobt die enormen Ausbildungsanstrengungen

Investitionsgüter-Nachfrage belebt

LEO FISCHER, München

Eine optimistischere Beurteilung der konjunkturellen Situation in der Bundesrepublik gaben Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann und der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, am Samstag bei der Eröffnung der 37. Internationalen Handwerksmesse in München. Der Handwerkspräsident wies aber auch auf eine Reihe von größeren Risiken für seine eigene Branche hin.

Die marktwirtschaftliche Neuorientierung der Wirtschaftspolitik hat nach Ansicht von Bangemann Früchte getragen. In seiner Bilanz über die Erfolge wies der Wirtschaftsminister unter anderem auf das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts im Jahresdurchschnitt 1984 von gut 2,5 Prozent hin so wie auf die niedrigste Preissteigerungsrate seit 15 Jahren. Die außenwirtschaftliche Position der deutschen Wirtschaft sei „exzeptionell gut", die Rentabilität von Investitionen in Sachkapital sei im Vergleich zu Geldanlagen gestiegen, und durch die Rückführung der Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte sei der Kapitalmarkt fühlbar entlastet worden.

Bangemann gestand allerdings ein, daß die Regierung das Problem der Arbeitslosigkeit nicht gelöst habe. Der Wirtschaftsminister bekannte sich zum dualen Ausbildungssystem, dessen Vorteile gerade bei einem Vergleich mit Großbritannien oder Frankreich klar zu Tage träten, die eine hohe Jugendarbeitslosigkeit hätten. Gleichzeitig lobte Bangemann die enormen Ausbildungsanstrengungen des Handwerks.

Eine klare Absage erteilte der neue FDP-Vorsitzende an die Pläne Heiner Geißlers, den Erziehungsurlaub für junge Eltern mit einer Arbeitsplatzgarantie zu verbinden. Bangemann mahnte die Gemeinden, jetzt zu investieren. Die verbesserte Finanzsituation der Gemeinden lasse zusätzliche Auftragsvergaben zu. Die vom Handwerk geforderte steuerstundende Investitionsrücklage lehnt der Wirtschaftsminister ab. Er plädiert für steuerliche Entlastung mit allgemeiner Wirkung wie durch die Steuerreform 1986. In diesem Zusammenhang sprach sich Bangemann dafür aus, den höchsten Progressionssatz erheblich unter 50 Prozent zu senken.

Handwerkspräsident Schnitker beurteilt das wirtschaftliche Klima im laufenden Jahr zwar günstig, wies aber darauf hin, daß das Handwerk etwas im Konjunkturschatten stehe. Wie schon 1984 wird das Handwerk nach Ansicht von Schnitker – dies wird auch im wesentlichen von Bangemann geteilt – nur unterdurchschnittliche Wachstumsraten erreichen. „Ein wesentlicher Grund für diese konjunkturelle Sondersituation des Handwerks liegt in seinem geringen Exportanteil", erklärte Schnitker. Das Handwerk sei zu 98 Prozent binnenmarktorientiert. Und die Hälfte des gesamten Handwerksumsatzes entfällt auf die private Nachfrage, etwa 40 Prozent des handwerklichen Umsatzes kommen aus Bau- und Ausbauleistungen. „Beide Absatzbereiche", erklärte Schnitker, „gehören gegenwärtig aber zu den Schwachstellen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung."

Die auf das Handwerk fallenden Schatten werden allerdings nach Schnitker dadurch aufgehellt, daß sich neben dem Export gegenwärtig auch die Nachfrage nach Investitionsgütern günstiger entwickelt. Davon würde auch eine Anzahl von Handwerkszweigen profitieren. Schon heute seien die Zulieferbetriebe für die verarbeitende Industrie deutlich besser ausgelastet als das Konsumgütergewerbe.

KFZ-GEWERBE / 1985 Verkaufsrückgang erwartet

Trend zu luxuriöseren Pkw

dpa/VWD, München

Nach einem insgesamt noch erfolgreichen Auto-Jahr 1984 erwartet das Kfz-Gewerbe in der Bundesrepublik im 1. Halbjahr 1985 einen Rückgang der Pkw-Neuzulassungen um etwa 300 000 Einheiten. „Insgesamt rechnen wir in diesem Jahr mit etwa 2,2 Millionen Pkw-Neuzulassungen, was gegenüber 1984 ein Minus von sechs bis acht Prozent bedeuten würde", sagte der Präsident des Zentralverbandes des Kfz-Gewerbes, Fritz Haberl, anläßlich der Internationalen Handwerksmesse in München.

Das vergangene Jahr war für das Gewerbe durchaus erfolgreich. Vom Gesamtumsatz von 99,2 Mrd. DM entfiel knapp die Hälfte (48 Prozent) auf das Neuwagengeschäft. Der Neuwagen-Umsatz konnte um zwölf Prozent auf 47,7 Mrd. DM gesteigert werden. Dieser Zuwachs ergab sich aus dem Trend der Autokäufer zu größeren und besser ausgestatteten Fahrzeugen. Im Durchschnitt erhöhte sich der Preis für jeden der insgesamt 2,3 Millionen über Vertragshändler verkauften Pkw von 18 500 DM auf 21 000 DM.

„Angesichts immer noch herrschender Unklarheiten über das schadstoffarme Auto überlegt sich der potentielle Kunde einen Neuwagenkauf zweimal. Doch wenn er sich entscheidet, greift er gern in die Vollen." Bei den Sonderausstattungen erweisen sich als besonders begehrt: Schiebedach, Servolenkung, Metalliclackierung, Fünfganggetriebe und sportliches Zubehör wie Breitreifen. Auf dem Gebrauchtwagenmarkt wirkt sich nach Angaben Haberls die Umweltdiskussion noch nicht aus. In diesem Bereich erwirtschafteten die Vertragshändler insgesam 21,5 Mrd. DM.

Der Handel mit farbikneuen Lkw erlebte dagegen im vergangenen Jahr einen deutlichen Einbruch. Die Neuzulassungen seien um acht Prozent auf insgesamt 106 419 Einheiten abgesunken – nach einem Vorjahres-Plus von 19,4 Prozent.

DAF TRUCKS / Höherer Marktanteil in Europa

Ertragslage stark verbessert

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Ertragslage des niederländischen Nutzfahrzeugherstellers Van Doorne's Bedrijfswagenfabriek DAF BV, Eindhoven, hat sich 1984 kräftig erholt. Nach einem Bericht des Vorstands zeigt das Konzernergebnis einen Gewinn von 8 Mill. hfl. gegenüber einem Verlust von 27 Mill. hfl im Jahr zuvor. Der Konzern-Umsatz war letztes Jahr von 1,65 auf reichlich 1,8 Mrd. hfl gestiegen. Die Hälfte des Umsatzes entfiel dabei auf Nutzfahrzeuge.

Zu dieser positiven Entwicklung haben nach dem Vorstandsbericht die verbesserte Auslastung der Fertigungsanlagen, die weitere Senkung des Kostenniveaus sowie die erneut gute Ertragslage der DAF-Unternehmensbereiche Sondererzeugnisse für militärische und zivile Produkte sowie die DAF-Finanzierungsgesellschaft beigetragen.

Als besonders zukunftsträchtig wird die Kooperation von DAF mit dem spanischen Fahrzeughersteller Enasa im Entwicklungssektor sowie mit Hoogovens im Bereich der Automation betrachtet. Dazu kamen die Eröffnung einiger Teilwerke als sichtbares Zeichen des 600 Mill.-hfl.-Investitionsprogramms. Die Zahl der Mitarbeiter blieb mit 8761 gegenüber Ende 1983 konstant.

Der auf die Klasse ab 16 Tonnen (98 Prozent) spezialisierte Hersteller fertigte 13 645 (11 685) Lkw, ausgeliefert wurden 14 238 (12 509) Einheiten. Trotz eines nur um 1,7 Prozent gestiegenen Marktvolumens für Nutzfahrzeuge ab 9 t erhöhte sich der DAF-Marktanteil in Europa von 6,3 auf 6,8 Prozent.

In der Bundesrepublik wurden 1984 insgesamt rund 106 000 Lkw zugelassen (minus 8 Prozent), davon lagen 5978 (minus 10.3 Prozent) über 16 t. DAF steigerte dagegen seinen Absatz um 30 Prozent auf 348 Stück, das sind knapp 6 Prozent der Klasse über 16 t.

LBS HANNOVER / Mehr als eine Million Verträge

Das Neugeschäft ging zurück

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Trotz der allgemeinen Zurückhaltung der Bau- und Kaufinteressenten zeigt sich die Landes-Bausparkasse Hannover/Braunschweig (LBS) mit den Ergebnissen 1984 zufrieden. Nach Angaben der Geschäftsführung wurde das „exzellente" Vorjahresergebnis mit gut 100 000 neuen Verträgen nur knapp um ein Prozent verfehlt. Allerdings blieb die Bausparsumme aller eingelösten Neuabschlüsse mit 2,56 Mrd. DM doch deutlich, nämlich um 8,1 Prozent, unter dem Niveau von 1983.

Erstmals überschritt im Berichtsjahr der Vertragsbestand die Millionen-Grenze. Ende 1984 wurden 1,01 Millionen Bausparverträge mit einer Summe von 26,44 Mrd. DM geführt; das entspricht einem Plus von 1,4 Prozent bei der Stückzahl und 2 Prozent bei der Bausparsumme.

Abstriche mußte auch die LBS bei der Zuteilung machen. Immerhin erhöhte sich die für die Vertragszuteilung wichtige Bewertungszahl im Laufe des Jahres auf 214 (205) Punkte. Davon betroffen waren vor allem die sogenannten Schnellsparer, deren Wartezeit sich um bis zu zwölf Monate verlängerte. Insgesamt verringerte sich das Zuteilungsvolumen der LBS um rund 2 Prozent auf 1,71 Mrd. DM.

Die schwache Baukonjunktur ließ die Zahl der Darlehensbewilligungen um 12,8 Prozent auf gut 46 000 Darlehen mit einem um 19,1 Prozent auf 1,38 Mrd. DM verringerten Volumen zurückgehen. Parallel dazu nahmen die Baudarlehensauszahlungen um 13,5 Prozent auf 1,36 Mrd. DM ab.

Die Beeinträchtigung der Bausparneigung wirkte sich deutlich beim Geldeingang aus. Mit 1,66 (1,72) Mrd. DM ergab sich ein Minus von 5,1 Prozent, wobei höhere Zins- und Tilgungsleistungen den kräftigeren Rückgang bei den Bausparbeiträgen noch kompensierten.

NAMEN

Dr. Gerhard Beuck, Vorstandsvorsitzender der Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg, feiert heute den 60. Geburtstag.

Henning Meier, Vorstandsmitglied der öffentlich-rechtlichen Bayern-Versicherung, München, wird am 12. März 60 Jahre.

Peter W. Gommel, bisher Personalleiter der Ferrero oHG mbH, Frankfurt, ist zum 1. März 1985 als Geschäftsführer in die Wolff Managementberatung GmbH, Frankfurt, eingetreten.

Dr. **Frank Hildebrandt** (42), zuletzt in leitenden Verkaufs- und Marketingpositionen internationaler Unternehmen tätig, ist Marketingchef der Adam Opel AG geworden.

Wolfgang Blumberg (37) wurde als Nachfolger von **Robert M. Walker** (40) zum Vice President der Pepsi-Cola GmbH bestellt und ist zugleich Vorsitzender der Geschäftsleitung im Stammhaus Offenbach. Sein Nachfolger als Geschäftsführer Vertrieb wird **Dr. Bernhard M. Huber** (39).

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bamberg: Nachl. d. Albert Raiser; **Berlin-Charlottenburg:** Nachl. d. Else Ahrens; Nachl. d. Ilse Eberhagen; **Bocholt:** Betonstein- u. Terrazzohersteller Erich Keukeler; Terrazzo-Betonstein-Herstellermeister Peter Dusin; **Duisburg:** Jakob Jost Nachf. GmbH; Heinr. Volkenborn, Baubetriebe GmbH, Mülheim/Ruhr; Nachl. d. Margund Hoffmann geb. Sieben, Fußpflegerin; **Düren:** Wilhelm Schnabel, Aldenhoven; **Essen:** Treuag. Treuhand-AG; **Fürth (Bay.):** Josef Mönius, Adelsdorf; Carrera Spielwaren Neuhierl GmbH u. Co. KG; Carrera Produktions GmbH Neuhierl; **Gelsenkirchen:** Müller-Marl GmbH & Co. KG, Marl; **Gütersloh:** Möbel Bücker GmbH, Rheda-Wiedenbrück; **Hannover:** Sonnenborn-Teppich-Galerie GmbH; KG i. Rosener & Riewe GmbH & Co.; **Holzminden:** GrB - Ges. f. rationelles Bauen mbH, Stadtoldendorf; **Königstein 1:** Ingrid Voigt, Roh- u. Fertigbau GmbH, Bad Soden/Ts.; **Lampertheim:** Nachl. d. Georg Laußat, Bürstadt; Nachl. d. Ludwig Hermann Kollmar; **Lüdinghausen:** Sanitär- u. Heizungstechnik Horst Hämmerling, Nordkirchen-Capelle; **Moers:** Stahlbeton-Fertigbau GmbH, Xanten; **Neustadt a. Rbge.:** Klaus Kleffmann; **Nidda:** Auto-Beutel GmbH, Ranstadt; **Oldenburg:** Rolf Burmeister-Bauges. mbH; **Regensburg:** Carl Pirzer GmbH & Co. Industrie-Anlagen-Bau, Neustraubling; **Wiesbaden:** Fritz Mutz Büro- u. Raumpflege GmbH i.L.; **Winsen/Luhe:** Grundbau Paproth & Co. KG, Spezialtiefbau.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Balingen: Carlo Auer, Stahlbauunternehmer; **Bergheim:** Steffens & Wolter GmbH, Kerpen-Türnich; **Einbeck:** Helmut Körber Hosenspezialfabrik GmbH & Co. KG; Körber-Beteiligungs GmbH, Dassel OT Markoldendorf.

Vergleich eröffnet: Warburg: Ing. grad. Erwin Stelzer.

Vergleich beantragt: Hof: ebe Gardinen E. Badmüller K.G.; **Singen/Htwl.:** Friedrich Georg Müller, Radolfzell; Yvonne Müller geb. Zimmermann, Radolfzell.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Staatsanwalt ermittelt

Lübeck (dpa/VWD) – Gegen die in Schwierigkeiten geratene Bauträgergesellschaft Treuwo AG, Lübeck, die am 5. Februar beim Amtsgericht Lübeck Vergleichsantrag gestellt hatte, ermittelt jetzt die Staatsanwaltschaft. Wie der Lübecker Oberstaatsanwalt Joachim Böttcher mitteilte, seien mehrere Strafanzeigen wegen Betrugsverdachts und eine Anzeige wegen verspäteter Stellung eines Vergleichsantrages eingegangen.

Kooperation mit Litton

Chicago (VWD) – Die Litton Industries Inc. hat eigenen Angaben zufolge ein Vertriebsabkommen mit der Werner + Kolb Werkzeugmaschinen GmbH, Berlin, geschlossen. Das Abkommen gilt für den Vertrieb der Maschinenzentren und flexiblen Produktionszellen von Werner + Kolb in Nordamerika. Die Maschinen werden von der in Cleveland ansässigen Lucas Machine Division von Litton Industries vertrieben und gewartet.

BTR kauft Dunlop

London (dpa/VWD) – Der in finanzielle Schwierigkeiten geratene britische Gummi- und Reifenkonzern Dunlop soll für 101 Mill. Pfund (366 Mill. DM) von dem britischen Mischkonzern BTR übernommen werden. Dies teilte die BTR-Gruppe in London mit. Sie wollte ursprünglich nur 33 Mill. Pfund zahlen, doch hat sie nach heftiger Opposition der Dunlop-Geschäftsführung ihr Angebot verdreifacht. Durch die geplante Übernahme würde ein Konzern mit einem Gesamtumsatz von knapp 5 Mrd. Pfund (18 Mrd. DM) entstehen.

Rhône-Poulenc mit Gewinn

Paris (dpa/VWD) – Der staatliche französische Chemiekonzern Rhône-Poulenc hat 1984 einen Reingewinn von rund 1,9 Mrd. Franc (633 Mill. DM) erzielt nach 98 Mill. Franc im Vorjahr und Verlusten von 787 Mill. Franc 1982. Der Umsatz sei um 18 Prozent auf 51,25 Mrd. Franc (17,1 Mrd. DM) gestiegen, teilte der Aufsichtsratsvorsitzende mit.

Pirelli zufrieden

Mailand (VWD) – Mit einem Anstieg auf rund 70 (34,8) Mill. Dollar hat sich der aggregierte Reingewinn der Pirelli-Gruppe 1984 nahezu verdoppelt, teilte die italienische Muttergesellschaft, Pirelli Spa, mit. Wie der geschäftsführende Direktor Jacopo Vittorelli berichtete, sei das Geschäftsjahr zufriedenstellend verlaufen und die Aussichten für 1985 günstig. Der Umsatz habe sich weltweit um 14 Prozent auf 6,8 Billionen Lire erhöht.

Dem Mittelstand fehlt Eigenkapital

dpa/VWD, Frankfurt

Die mittelständischen Unternehmen in der Bundesrepublik haben in den vergangenen wachstums- und beschäftigungsschwachen Jahren eine stabilisierende Funktion ausgeübt. In einer Analyse der Commerzbank AG, Frankfurt, heißt es, daß gerade kleine und mittlere Unternehmen besonders innovationsfreudig und flexibel in der Ausnutzung von Marktchancen seien.

Das Institut schätzt, daß sich die Zahl der mittelständischen Betriebe in den letzten 15 Jahren um rund 100 000 erhöht hat. Allein 1984 seien 36 202 Unternehmen neu im Handelsregister eingetragen worden. Die Schwerpunkte lägen im Dienstleistungs- und im Baugewerbe.

Die Bank zählt bei rund 3600 Großbetrieben rund 1,9 Millionen oder 99,8 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen zum Mittelstand. Sie stellen gut die Hälfte aller Umsätze der Wirtschaft, zwei Fünftel aller gewerblichen Investitionen und zwei Drittel aller Erwerbstätigen (ohne Landwirtschaft und Staat).

Die Eigenkapitalausstattung dieser Unternehmen sei jedoch nach wie vor alarmierend. Beim Eigenkapital-Defizit kleinerer Unternehmen spiele oft auch der Mangel an Sicherheiten und die Scheu gegenüber Beteiligungsfinanzierungen eine Rolle.

EQUITANA / Der Markt rund ums Pferd wächst nicht mehr – Messe in Essen

Reiten bleibt ein teures Hobby

HARALD POSNY, Essen

„Die Branche lebt vom Schnickschnack", strahlte der Conférencier bei der Pressevorstellung der „8. Equitana" (6. bis 12. März) in Essen und warf Stutenmilch-Seife in die Menge. Der weltweit einmalige Pferdesportmarkt in der Ruhrmetropole, der Show mit industriellen Angeboten nicht ohne Raffinesse zu einem Markt- und Handelsplatz werden läßt, bietet aber mehr als Kniedruck-Trainer, Energiegewinnung aus Pferdemist, Magnetfeld-Therapie, Intimspray und Bio-Fressen (für die Pferde).

Die bunte Branche, die 1985 Schwierigkeiten hat, den Reitsport und das Hobbyreiten als preiswerte Freizeitbeschäftigung herauszustellen, leidet auch unter dem Rückgang an Investitionen für Stallungen, Zurückhaltung beim Kauf von Pferden und Ausrüstungen rund ums Pferd. Dagegen steigen die Preise für Dienstleistungen vom Tierarzt und Schmied bis zu den Futtermitteln.

So sehr sich die „grüne Welle" neue Wege in Richtung Wanderreiten bahnt und immer mehr Jugendliche vor allem Mädchen, sich auf den Rücken der Pferde schwingen, der „Markt rund ums Pferd" wie auch schon vor Jahren auf 4 bis 4,6 Mrd. DM geschätzt, wächst derzeit nicht. Dieter Graf Landsberg-Velen, Präsident der Deutschen Reiterlichen Vereinigung, sieht denn auch als vordringliche Aufgabe, „im gesamten Umfeld von Zucht und Wirtschaft das Erreichte zu konsolidieren".

Ermutigend für die Branche ist jedoch nach wie vor, daß von den zwei Millionen Pferden in Europa 400 000 auf die Bundesrepublik entfallen, geritten von 520 000 Reitern (davon 50 Prozent Jugendliche) in rund 4000 Reitervereinen. Und das Industrieland Nordrhein-Westfalen liegt sogar mit 143 000 Pferden vorn, gefolgt vom eher landwirtschaftlich strukturierten Niedersachsen mit 97 000 Pferden. Die Pferdesport-Branche beschäftigt (ohne Landwirte) 60 000 Menschen.

Rund 1,5 Mrd. DM werden von den Reitersleuten jährlich für Dienstleistungen ausgegeben. In dieser Summe sind aber auch Beteiligungen an Messen, Reiterprämien und Beteiligung an sportlichen Veranstaltungen mitenhalten. Die Zucht und der Verkauf von Pferden, der Import und Export, machen 835 Mill. DM aus, wobei Mehrfachverkäufe (bis zu viermal in einem Pferdleben bis zum Schlachtpreis von 1500 DM) auch in dieser Summe stecken.

Der Futtermarkt wird auf 640 Mill. DM beziffert, die 1200 Ausrüster (von der Kleidung bis zum Sattel) setzen etwa 385 Mill. DM um. Bauliche Investitionen, Maschinen und Gerät machen etwa 570 Mill. DM aus.

Auf den einzelnen Reiter, den Anfänger, kommen, wenn er nicht als Mitglied einer Reitergemeinschaft billiger wegkommt, an Anschaffungskosten für ein Durchschnittspferd 5000 bis 10 000 DM (Preis nach oben offen) zu, wenn es nicht zu Turnierehren kommen soll. Ponys sind natürlich preiswerter. Für Haltung und Unterkunft müßten für einen drei- oder vierjährigen Warmblüter in Großstädten bis zu 1000 DM, in ländlicheren Bereichen 300 bis 400 DM aufgewendet werden. Tierarzt und Schmied usw. kosten noch einmal 200 DM.

NEUE TARIFE

Vermischungsschäden

Düsseldorf (Py.) – Die Kravag Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VVaG, Hamburg, versichert jetzt auch Vermischungsschäden im Rahmen der Betriebshaftpflichtversicherung mit. Dabei handelt es sich um Schäden, die nach nicht beseitigten Ladungsrückständen eines Vortransports an der neuen Ladung in einem Tanklastzug entstanden waren.

Berufsunfähigkeit

Düsseldorf (WR.) – Die öffentlich-rechtliche Bayern-Versicherung, München, bietet jetzt auch die selbständige Berufsunfähigkeits-Versicherung an. Sie ist vor allem für Per*sonen gedacht, die das Risiko* der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht mehr absichern können oder möchten.

URTEILE

Mehrwertsteuer-Anspruch

München (dpa) - Die Kraftfahrzeug-Versicherungen müssen bei Kaskoschäden die Mehrwertsteuer grundsätzlich den Geschädigten auszahlen. Dabei ist es gleichgültig, ob der Autofahrer seinen Wagen hat reparieren lassen oder nicht. Maßgeblich für den Erstattungsbetrag ist die tatsächliche Reparaturrechnung oder die Kostenschätzung eines Sachverständigen oder – bei kleineren Schäden – der Kostenvoranschlag einer Autoreparatur-Werkstatt. Die Mehrwertsteuer kann für alle ab 1. Januar 1983 eingetretenen Schadenfälle nachgefordert werden, teilt der Allgemeine Deutsche Automobilclub ADAC mit (Aktenzeichen: BGH IV A ZR 109 / 83 vom 30. Januar 1985).

BÜCHER

Gereimtes für den Tag

„Das Autofahren wäre herrlich, und obendrein schier ungefährlich – wir hätten nur verhindern sollen, daß andre auch mal fahren wollen." Dies ist die einzige der gereimten Alltagsweisheiten, die *auf den Beruf* des Verfassers eines (weiteren) sehr amüsanten Büchleins schließen lassen, auf den Hamburger Versicherungsmakler Karl-Heinz Söhler. Der Titel „Wir sind doch ganz erträglich ..." (Rohwohlt-Taschenbuch 5477, 126 Seiten, 5,80 Mark) ist „Programm".

Menschenfreund Söhler geht sacht und freundlich, augenzwinkernd und verständnisvoll, vor allem ohne moralisierenden Zeigefinger, mit den Mitmenschen um. Daß dabei auch viel Hintergründiges, Nachdenkens- und Nachahmenswertes entstand, ist kein Widerspruch. Söhler steht in der würdigen Gefolgschaft von Lichtenberg und Eugen Roth. Mehr davon, bitte.

(Py.)

PRIVAT-HAFTPFLICHT / *Die Schadenersatzansprüche gegen Dritte*

Geringere Prämie deckt Risiko

Der *Begriff „Haftpflicht" ist für* viele Bundesbürger noch immer ein Buch mit sieben Siegeln. Dabei „haftet" nach dem BGB jeder für Schäden, die er anderen schuldhaft – etwa durch Unvorsichtigkeit, Leichtsinn oder Vergeßlichkeit – zufügt, unbegrenzt.

Er muß beispielsweise zahlen, wenn er als Fußgänger oder Radfahrer einen Verkehrsunfall verursacht, wenn ein Besucher in seinem Haus auf dem zu glatt gebohnerten Fußboden ausrutscht und sich verletzt, wenn Öl aus seinem Tank ins Grundwasser sickert, wenn er als Besucher mit der Glut seiner Zigarette den Teppich des Gastgebers ansengt oder wenn der Briefzusteller von seinem Hund gebissen wird.

Wer als Schadenverursacher im privaten Bereich zur Kasse gebeten wird, büßt unter Umständen ein Vermögen ein. Hiergegen schützt die Privat-Haftpflichtversicherung. Die Normaldeckung liegt bei einer Million Mark für Personen- und 300 000 Mark für Sachschäden. Sie kostet zwischen 80 und 120 Mark jährlich.

Darüber hinaus wird von zahlreichen Gesellschaften gegen Aufschlag auch eine Million Mark Pauschaldekkung (für Personen- und Sachschäden) angeboten. Der Abschluß ist – anders als bei einer Reihe gesetzlich vorgeschriebener berufsorientierter Haftpflichtversicherungen – stets freiwillig.

Werden Schadenersatzansprüche gegenüber dem Versicherten erhoben, so *prüft der Versicherer zu*nächst, ob und in welcher Höhe eine Verpflichtung zum Schadenersatz besteht. Er wehrt unberechtigte Ersatzansprüche ab und zahlt, wenn der Geschädigte einen berechtigten Anspruch geltend macht. Und wenn es zum Rechtsstreit mit dem Geschädigten kommen sollte, so führt der Versicherer natürlich auf seine Kosten den Prozeß.

Steht die Verpflichtung zum Schadenersatz fest, so zahlt der Versicherer an den Geschädigten einen Betrag in Höhe des nachgewiesenen Schadens, höchstens bis zu den im Versicherungsschein genannten Dekkungssummen für Personen- und Sachschäden. Hat der Geschädigte den Schaden mitverschuldet, so muß er einen Teil des Schadens selbst tragen.

In der Privat-Haftpflichtversicherung ist die ganze Familie mitversichert, also Ehegatte, minderjährige Kinder beziehungsweise Kinder in der Ausbildung. Außerdem fällt die Tätigkeit der hilfsbereiten Nachbarn, die während der Abwesenheit des Hausherrn und seiner Familie das Haus hüten, unter den regulären Versicherungsschutz.

Auch Schäden, die von der Hauskatze anderen zugefügt werden, sind mitversichert. Wer aber Hunde oder Reitpferde hat, muß hierfür eine entsprechende Tierhalter-Haftpflichtver*sicherung abschließen.*

Versichert sind somit berechtigte *gesetzliche Haftpflichtansprüche* gegen den Versicherten als

- Familien- und Haushaltsvorstand beispielsweise im Rahmen der Aufsichtspflicht über seine minderjährigen Kinder,
- *Dienstherr von Personen, die in* seinem Haushalt beispielsweise als Personal tätig sind,
- Inhaber einer oder mehrerer Wohnungen, eines Einfamilienhauses oder eines Wochenendhauses,
- Radfahrer,
- Sportler (Ausnahme: Jagdsport, für den eine besondere Jagdhaftpflichtversicherung abgeschlossen werden muß),
- Reiter bei der Benutzung fremder Pferde zu privaten Zwecken,
- Besitzer oder Fahrer von eigenen privatgenutzten Wassersportfahrzeugen mit Ausnahme von Segelbooten, Booten mit Hilfsmotor und anderen Booten mit Motorantrieb.

Ausgeschlossen vom Versicherungsschutz sind Schäden, die man selbst erleidet oder anderen vorsätzlich zufügt. Ebenso ausgeschlossen sind mögliche Ansprüche von nahen Verwandten, ferner Strafen und Bußgelder sowie Schäden durch den Ge*brauch von Kraftfahrzeugen;* hierfür ist eine eigene Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung abzuschließen.

Nicht versichert sind ferner Schäden aus Beruf, Amt oder Ehrenamt, aus verantwortlicher Tätigkeit in Vereinen oder ungewöhnlichen beziehungsweise gefährlichen Beschäftigungen. KARL-HEINZ STEFAN

AUTO-HAFTPFLICHT / Große Prämienunterschiede

Direktvertreter vorn

HARALD POSNY, Düsseldorf

*In der Auto-Haftpflichtversiche*rung können die Versicherten bis zu 14 Prozent sparen, wenn sie das prämiengünstigste Angebot unter den etwa 100 Versicherungsgesellschaften in Anspruch nehmen. Das haben unabhängig sowohl der ADAC als auch die Stiftung Warentest festgestellt.

Diese 14 Prozent sind die Differenz zwischen dem preisgünstigsten und dem teuersten Anbieter. Nach Darstellung des ADAC hat sich an den Preisunterschieden gegenüber der Zeit vor der jüngsten Prämienerhöhung zum 1. Januar 1985 nichts geändert, jedoch liege das Prämienniveau um zehn bis zwölf Prozent höher.

Die Stiftung Warentest legte bei ihren Beispielrechnungen einen Wagen in der stark besetzten Pkw-Klasse bis 55 kW (75 PS) in der Region RL III bei der Basisprämie 100 Prozent (SF 1) zugrunde.

Dabei wurden 900 Mark von der preisgünstigsten bundesweit anbietenden Gesellschaft (Vereinigte Haftpflichtversicherung) verlangt. Die teuerste Gesellschaft, die Skandia, nimmt 1021 Mark Jahresprämie. Prämienunterschied: 13,4 Prozent.

„test"-Heft 3 der Stiftung Warentest zufolge haben in der Kfz-Haftpflicht und in der Kombination mit dem Teilkaskotarif N die Vereinigte Haftpflicht und die nur regional anbietende WGV Schwäbische Allgemeine Versicherung die günstigsten Angebote.

Bei Haftpflicht in Verbindung mit der Vollkaskoversicherung bieten die Europa und die WGV die geringsten Abweichungen vom rechnerischen Mittelwert. *Die besten, allen Bevölke*rungskreisen offenen und bundesweit anbietenden Versicherer sind die Vereinigte Haftpflicht, die Deutsche Allgemeine, HUK Coburg Allgemeine, Auto Direkt, Dialog, Garanta und Europa, telcon, DEVK Allgemeine und die Versicherungsgruppe Hannover. Unter diesen sind fünf Gesellschaften ohne Vertreterservice.

Kündigungsmöglichkeiten gibt es außerdem im Schadenfall oder wenn die Haftpflicht- oder Teilkaskoprämie um mehr als 20 Prozent erhöht wurde. Zu beachten ist die Höhe der Beitragsrückvergütung, die man nicht ohne weiteres durch einen Wechsel aufs Spiel setzen sollte.

Die Tarife in der Teilkaskoversicherung werden durch eine Verordnung des Bundeswirtschaftsministeriums am 1. April freigegeben, das heißt sie bedürfen – wie bereits Vollkaskotarife seit 1982 – nicht mehr der Genehmigung durch das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV). Jedes Unternehmen kann dann seinen Tarif frei kalkulieren.

Es ist, so der Vorsitzende des Verbandes der Auto-Versicherer, Heinz Sievers, die Absicht, den bewährten Typklassen-Tarif beizubehalten. Die Versicherer haben daher die Genehmigung entsprechender allgemeiner Geschäftsbedingungen beantragt. Das BAV hat sie auch genehmigt.

Die Anfang April eintretenden Bedingungsänderungen enthalten für die Teilkaskoversicherung auch eine Beitragsanpassungsklausel.

NACHRICHTEN

Concordia zahlt zurück

Düsseldorf (Py.) – Die Concordia-Versicherungen, Hannover, zahlen allen Mitgliedern, unabhängig vom Schadenverlauf satzungsgemäß zwölf Prozent des Beitrags für die Haftpflichtversicherung landwirtschaftlicher Zugmaschinen zurück. Der zweitgrößte landwirtschaftliche Feuerversicherer zahlt bereits seit drei Jahrzehnten ununterbrochen Beitragsrückvergütungen.

D. A. S. und Toro

Düsseldorf (Py.) – *Die* D. A. S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz Versicherungs-AG, München, hat mit Italiens fünftgrößter Versicherungsgruppe, der Turiner Toro Assicurazioni S. p. A., eine Beteiligung an der seit 1960 arbeitenden D. A. S.-Rechtsschutztochter in Verona vereinbart. Mit dem Außendienst der Toro soll das D. A. S.-Geschäft gefördert werden.

Moped-Versicherung

Düsseldorf (WR.) – Beiträge zur Haftpflichtversicherung haben sich für Mopeds, Mofas und Mokicks nur geringfügig erhöht. Sie kosten im neuen Versicherungsjahr (ab 1. März) rund 105 Mark. Dagegen sind die Teilkaskoprämien gesunken; bei 300 Mark Selbstbeteiligung jetzt weniger als 100 (110) Mark, ohne Selbstbeteiligung rund 150 (160) Mark. Wichtig: Fahren ohne die neuen blauen (1984: schwarzen) Versicherungsschilder ist strafbar, ein Versicherungsschutz besteht nicht.

VORRUHESTAND / Alters- und Hinterbliebenenversorgung ist gefährdet

Policendarlehen löst Beitragsprobleme

Seit Anfang Mai 1984 ist in der Bundesrepublik Deutschland das Vorruhestandsgesetz (VRG) in Kraft. Hiernach können Arbeitgeber und Arbeitnehmer – bei vorzeitigem Ausscheiden des Arbeitnehmers – ein sogenanntes Vorruhestandsgeld vereinbaren, das vom Arbeitgeber gezahlt wird.

Bereits Ende 1984 waren 200 Tarifverträge zum Vorruhestand in Kraft. Sie gelten für rund sechs Millionen Arbeitnehmer; davon sind 250 000 bis 300 000 Beschäftigte 58 Jahre und älter. Dennoch ist der neu geregelte Vorruhestand ein noch „unbekanntes Wesen".

Daß man beispielsweise im Vorruhestand keine zusätzlichen Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung erhalten kann, ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Tatsächlich *ergibt sich aus dem Übergang in* den Vorruhestand noch kein Versorgungsfall. Er hat vielmehr die gleiche Wirkung wie ein Ausscheiden aus sonstigen Gründen.

Besteht eine Direktversicherung, *so kann man als Vorruheständler die*se mit eigenen Beiträgen oder beitragsfrei weiterführen. Der unverfallbare Anspruch auf die Versicherungsleistung kann dann zum vereinbarten Pensionsalter oder im Rahmen der flexiblen Altersgrenze beansprucht werden. Wer nun eine private Lebensversicherung abgeschlossen hatte und nunmehr in den Vorruhestand gelangt, sollte – wenn er seine Alters- und Hinterbliebenenversorgung nicht gefährden will – seine Beiträge zur Versicherung unverändert weiterzahlen.

Gerät der Versicherungsnehmer nun in finanzielle Schwierigkeiten, so sollte er sich mit seinem Versicherer um eine einvernehmliche Lösung seines Problems bemühen. So könnte beispielsweise über das Überschußguthaben verfügt oder sogar ein Policendarlehen aufgenommen werden.

Ein Beispiel dafür: Ein 58jähriger Arbeitnehmer hatte im Alter von 30 Jahren eine Lebensversicherung über 100 000 Mark zum Endalter von 65 Jahren abgeschlossen. Zahlt er den Beitrag in den folgenden sieben Jahren weiter, *so kann er mit einer* Ablaufleistung von 287 000 Mark rechnen.

Finanziert er diese Beiträge über ein Policendarlehen, so erhält er unter Berücksichtigung der hierfür zu *zahlenden Zinsen mit 65 Jahren noch* etwa 264 000 Mark von seinem Versicherer. Dies wäre erheblich vorteilhafter als eine etwaige Beitragsfreistellung, bei der er nur 251 000 Mark erhalten würde. Außerdem ist im Falle seines Todes der Versicherungsscgutz um etwa 20 000 Mark höher. Bei der befreienden Lebensversicherung würde sich der Arbeitgeber entsprechend der früheren Regelung auch weiterhin an der Beitragszahlung zur Befreiungsversicherung beteiligen, und zwar anteilig aus dem Vorruhestandsgeld, zumal er hierfür einen Zuschuß der Arbeitslosenversicherung erhält.

Im übrigen kann auch eine Lebensversicherung – nach Vollendung des 60. Lebensjahres, also praktisch bis auf fünf Jahre vor dem Vertragsablauf – in Anlehnung an die flexible Altersgrenze in der Gesetzlichen Rentenversicherung flexibel aufgelöst werden.

Ungeklärt blieb bisher die Frage, ob dem Vorruheständler im Blick auf diese Auflösungsmöglichkeit Vorruhestandsgeld und Beitragszuschuß *nur bis zum Alter von 60 Jahren* gezahlt wird, was ihn gegenüber dem Pflichtversicherten erheblich benachteiligen würde.

Vor diesem Hintergrund will das Bundesarbeitsministerum eine Bil*ligkeitslösung erreichen, durch die* diese Nachteile vermieden werden. Und die Lebensversicherer streben an, daß bei Befreiungsversicherungen die Zahlungen grundsätzlich auf das vereinbarte Endalter abgestellt werden. KHS.

FUSSBALL / Der Hamburger SV blamierte sich beim 0:0 gegen Karlsruhe kräftig – die meisten Spieler sind total verunsichert

Vom Platz gestellter Jacobs fordert Aussprache

BERND WEBER, Hamburg

Wolfgang Klein, Präsident des Hamburger SV, tummelte sich auf den Skipisten von St. Moritz und hatte sich damit ganz eindeutig einen vergnüglicheren Samstagnachmittag bereitet als jene 10 000 Zuschauer (neuer Saison-Minusrekord!), die ins Volksparkstadion gekommen waren, um das Spiel der Hamburger gegen den Karlsruher SC zu sehen. Es endete 0:0, und das Ergebnis hatte durchaus Symbolgehalt. Auf dem Rasen stümperten lauter Nullen und boten solche erschreckenden Leistungen, daß die Besucher schon nach einer halben Stunde wütende „Aufhören, Aufhören"-Chöre anstimmten. „Bild am Sonntag" schrieb: „Schlimmer kann man nicht spielen". Und „Welt am Sonntag" konstatierte „Gelächter und Entsetzen über einen völlig hilflosen HSV."

Keine Frage, es herrscht Götterdämmerung bei einer Mannschaft, *die vor zwei Jahren noch auf dem* europäischen Fußball-Gipfel stand und der nach einem strahlenden Europapokal-Sieg über Juventus Turin bescheinigt worden war, sie spiele den Fußball des nächsten Jahrtausends. Davon ist nichts, aber auch rein gar nichts mehr übriggeblieben. Das einzige, was man den Hamburgern nach dem Horror-Gekicke gegen Karlsruhe noch positiv zugestehen kann, ist die Bereitschaft, nichts zu beschönigen. Mannschaftskapitän Ditmar Jakobs, über dessen Platzverweis in der 71. Minute noch zu reden sein wird, sagte zur WELT: „Ich bin jetzt seit sechs Jahren beim HSV, und seitdem haben wir uns vor eigenem Publikum wohl noch nie so blamiert." Und Stürmer Wolfgang Wuttke ergänzte: „Wenn wir so weitermachen, verjagen wir auch noch die letzten Zuschauer aus dem Stadion." Es paßte ins trübe Gesamtbild, daß der HSV nicht einmal das Elfmetergeschenk (der Karlsruher Hans-Jürgen Boysen hatte den Schotten Mark McGhee harmlos gerempelt) des schwachen Dortmunder Schiedsrichters Wolfgang Uhlig zu nutzen wußte. Ex-Nationalspieler Manfred Kaltz scheiterte mit dem Strafstoß an seinem früheren Mannschaftskollegen Rudi Kargus, der seinen Ruf als Elfmetertöter rechtfertigte. Es war dies nämlich der 17. Strafstoß, den er abgewehrt und damit zu den bisher allein an erster Stelle liegenden Ex-Schalker Norbert Nigbur aufgeschlossen hatte.

In der Hamburger Vorstandsetage müssen jetzt sämtliche Alarmglocken schrillen, denn parallel zum sportlichen Abstieg – das angepeilte Ziel, wieder deutscher Meister zu werden, kann längst abgehakt werden, und inzwischen erscheint es sogar höchst zweifelhaft, ob ein UEFA-Cup-Platz drin ist –, parallel zu diesem Abstieg hält der Marsch in die roten Zahlen unverändert an. Zwar wissen Klein und Manager Günter Netzer die Höhe der derzeitigen Verbindlichkeiten immer wieder geschickt zu vernebeln, in dem sie entsprechende Fragen mit der Floskel beantworten „unser Verein ist gesund", aber Tatsache ist, daß zu Saisonbeginn mit einem Zuschauerschnitt von 28 000 kalkuliert wurde. Der konnte, um kostendeckend über die Runden zu kommen, nach der Millioneneinnahme aus dem UEFA-Cup-Spiel gegen Inter Mailand auf 26 000 gesenkt werden, viel hilft das allerdings auch nicht weiter, denn nach dem neuen Besucherfiasko gegen Karlsruhe hatte der HSV bisher lediglich einen Schnitt von knapp über 19 000 erzielt. Da klafft also ein gewaltiges Loch, und daß Sponsor BP, der jedes Jahr rund eine Million Mark in die HSV-Kassen pumpt, bereit ist, dieses Loch zu stopfen, gilt als unwahrscheinlich.



Zum ersten Mal vom Platz gestellt: Ditmar Jacobs FOTO: BONGARTS

Und noch ausgeschlossener erscheint, daß sich die Hamburger über kurzfristig ansteigende Zuschauerzahlen sanieren können. Dem steht allein schon entgegen, daß der HSV schon seit langem keine gute Presse mehr und somit einen wichtigen Partner zur Fan-Mobilisierung verloren hat. Der sensible Netzer pflegt mit seinen Kritikern nur den allernötigsten Kontakt. Der bärbeißige Trainer Ernst Happel ging noch einen gewaltigen Schritt weiter und untersagte mißliebigen Journalisten rigoros, das Training auf dem vereinseigenen Gelände zu beobachten. Die beiden Freunde sind sich einig in der Meinung, daß ein Großteil der Presse sie „nur noch fertigmachen will" (wobei man zu ihrer Entschuldigung fairerweise anfügen muß, daß sie im Laufe der Jahre tatsächlich einiges an un*sachlicher Kritik schlucken mußten).*

Um auf Ditmar Jakobs zurückzukommen: Der macht sich ernsthaft Sorgen um die Zukunft der Mannschaft, „weil viele unserer Spieler total verunsichert sind". Der Mannschaftskapitän hat eine interne Aussprache ins Auge gefaßt, um dort in offenen Gesprächen zu sondieren, wie man aus dem Schlamassel wieder herauskommen könne. Allerdings: „Wenn überhaupt, werden das sehr interne Gespräche sein, denn wir können uns nicht die geringste Unruhe von draußen erlauben." Was Jakobs natürlich bitter schmerzt, ist der erste Platzverweis in seiner nunmehr 14jährigen Laufbahn. Den empfand er als „lächerlich, weil der Schiedsrichter wieder einmal völlig instinktlos gepfiffen hat". Damit liegt der eisenharte Abwehrspieler durchaus auf der Linie neutraler Beobachter, die dem Dortmunder Uhlig zwar bescheinigten, daß er keine andere Wahl mehr hatte, als die rote Karte zu zükken, nachdem Jakobs seinen Gegenspieler Uwe Bühler mit den Händen umgerissen hatte. Nur, so fragten sich alle im Stadion: Warum hat sich der Unparteiische dermaßen in Zugzwang gebracht durch eine gelbe Karte gegen den HSV-Nationalspieler, nach einem recht harmlosen Foul gegenüber KSC-Libero Klaus Theis?

ZDF-Redakteur Michael Palme, der sich so gerne als moralischer Leuchtturm im Fußballgewerbe darstellt, meinte am Samstagabend im *ZDF-Sportstudio mit quasi symbo*lisch erhobenem Zeigefinger, es sei gewiß gut für die Nationalmannschaft, wenn Jakobs trotz seines Platzverweises im nächsten WM-Qualifikationsspiel (am 27. März in Saarbrücken gegen Malta) eingesetzt werde. Aber es sei schlecht für den Fußball. Denn: „Nationalspieler müssen Vorbild sein." Wenn Teamchef Franz Beckenbauer seine Nominierungs-Entscheidung davon abhängig machen sollte, kann er auf Jakobs trotz der roten Karte ohne Gewissensbisse zurückgreifen.

Rudi Völler baute seinen Vorsprung in der Torschützenliste aus

						Heim		**Auswärts**	
1. München	22	13	5	4	49:30	31:13	29:15	17:5	20:15	14:8
2. Bremen	21	10	8	3	60:35	28:14	42:15	19:3	18:20	9:11
3. Uerdingen	21	11	3	7	42:30	25:17	26:14	19:3	16:16	6:14
4. M'gladbach	20	9	6	5	50:35	24:16	27:14	13:5	23:21	11:11
5. Köln	20	11	2	7	44:37	24:16	24:19	14:8	20:18	10:8
6. Stuttgart	22	10	3	9	57:36	23:21	36:14	17:7	21;22	6:14
7. Hamburg	20	7	8	5	34:31	22:18	24:10	16:4	10:21	6:14
8. Mannheim	20	9	4	7	31:34	22:18	19:14	13:9	12:20	9:9
9. Bochum	21	7	8	6	32:29	22:20	13:12	10:12	19:17	12:8
10. Frankfurt	22	8	6	8	45:46	22;22	27:14	17:5	18:32	5:17
11. Schalke	20	7	6	7	37:40	20:20	25:17	15:7	12:23	5:13
12. K'lautern	20	6	8	6	26:31	20:20	17:11	13:5	9:20	7:15
13. Leverkusen	21	6	7	8	33:34	19:23	21:14	14:6	12:20	5:17
14. Düsseldorf	21	6	6	9	36:40	18:24	22:17	14:8	14:23	4:16
15. Bielefeld	21	2	10	9	23:42	14:28	17:22	8:12	6:20	6:16
16. Braunschweig	21	6	2	13	26:47	14:28	17:10	12:8	9:37	2:20
17. Karlsruhe	21	3	8	10	29:56	14:28	14:16	9:9	15:40	5:19
18. Dortmund	20	5	2	13	24:45	12:28	16:14	9:9	8:31	3:19

●Nur eine Kulisse war an diesem 22. Spieltag bundesligareif: 45 000 Zuschauer sahen das Spitzenspiel in Köln, das in den letzten Jahren mit 60 000 Besuchern jedoch stets ausverkauft war. Nur 7000 Besucher wollten die Partie Düsseldorf gegen Bielefeld sehen – Minus-Rekord für diesen Spieltag. Nur 169 000 Besucher kamen zu den neun Begegnungen. Mit 117 000 Zuschauern in elf Heimspielen bilden die Düsseldorfer das Schlußlicht in der Zuschauer-Tabelle. Mit 340 000 Kunden liegt dagegen der Spitzenreiter Bayern München auch in der Zuschauergunst an erster Stelle.

●Der Hamburger Ditmar Jakobs sah als zehnter Spieler in dieser Saison die rote Karte. Der Nationalspieler war vor dem Platzverweis gegen Karlsruhe bereits verwarnt worden. Die Gesamtzahl der Platzverweise stieg auf 227. In der letzten Spielzeit gab es mit 21 roten Karten einen Rekord. – Der Uerdinger Norbert Brinkmann ist als dritter Spieler nach sieben gelben Karten zum zweiten Mal für ein Spiel gesperrt. Nach vier Verwarnungen müssen Mill (Gladbach) und Winkelhofer (Leverkusen) einmal pausieren. Die fairsten Vereine sind derzeit Bochum und Frankfurt (je 18 gelbe Karten).

●Der Bremer Rudi Völler hat mit seinem 17. Saisontreffer beim 1:1 in Mannheim seine Führung in der Torschützenliste ausgebaut. Der Nationalspieler liegt nun zwei Tore vor dem Kölner Klaus Allofs, der gegen München erfolglos blieb. Der Stuttgarter Karl Allgöwer schob sich mit seinen 13 Treffern auf Rang drei vor. Dahinter folgen fünf Spieler mit je zwölf Erfolgen: Thiele (Düsseldorf), Thomas Allofs (Kaiserslautern), Littbarski (Köln), von Heesen (Hamburg) und Täuber (Schalke). – Ansonsten geizt die Liga mit Toren: Nur 24 Treffer (davon sechs in der ersten Halbzeit) fielen am 22. Spieltag.

Statistik des 22. Spieltages

ERGEBNISSE

Schalke – K'lautern	1:1	(1:1)
Stuttgart – Uerdingen	5:2	(0:1)
Mannheim – Bremen	1:1	(0:0)
Düsseldorf – Bielefeld	1:1	(0:1)
Frankfurt – Braunschweig	2:0	(1:0)
Hamburg – Karlsruhe	0:0	
M'gladbach – Leverkusen	1:1	(0:0)
Köln – München	0:2	(0:1)
Bochum – Dortmund	4:1	(0:0)

DIE SPIELE

Schalke – K'lautern 1:1 (1:1)

Schalke: Junghans – Dietz – Kleppinger, Jakobs – Dierßen, Opitz, Hartmann, Eilenfeldt (27. Kruse), Thon – Schatzschneider, Täuber. – **K'lautern:** Ehrmann – Bold – Lang (78. Trunk), Majewski – Geye, Moser, Melzer, Kitzmann (87. Hoos), Brehme – Allofs, Hübner. – **Schiedsrichter:** Correll (Happenbach). – **Tore:** 0:1 Allofs (24.), 1:1 Täuber (34., Foulelfmeter).

Stuttgart – Uerdingen 5:2 (0:1)

Stuttgart: Roleder – Niedermayer – Schäfer, K.-H. Förster, B. Förster – Kempe, Ohlicher (71. Maurer), Allgöwer (82. Wolf), Müller – Reichert, Klinsmann. – **Uerdingen:** Vollack – Herget – Brinkmann, van de Loo – Klinger, Wöhrlin, F. Funkel, Raschid, W. Funkel (54. Thomas) – Schäfer, Gudmondsson (78. Loontiens). – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 0:1 van de Loo (27.), 1:1 Klinsmann (46.), 2:1 Reichert (48.), 3:1 van de Loo (62., Eigentor), 4:1 Allgöwer (76.), 5:1 K.-H. Förster (79.), 5:2 F. Funkel (90., Foulelfmeter).

Bochum – Dortmund 4:1 (0:0)

Bochum: Zumdick – Knüwe – Saborowski (61. Zugcic), Kree – Lameck, Knüwe, Woelk, Schulz, Kuntz, Bönighausen – Benatelli, Fischer. – **Dortmund:** Immel – Loose – Rüßmann, Kutowski – Storck, Zorc, Bittcher, Raducanu, Egli (64. Schüler) – Wegmann, Anderbrügge. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Fischer (63.), 2:0 Kuntz (77.), 3:0 Schulz (82.), 3:1 Zorc (85., Foulelfmeter), 4:1 Kuntz (90.). – **Zuschauer:** 20 000.

Köln – München 0:2 (0:1)

Köln: Schumacher – Steiner – Prestin, Hönerbach, Geils (81. Dickel) – Lehnhoff, Hartwig, Gielchen (60. Strack), Engels – Bein, Allofs. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Eder, Pflügler – Nachtweih, Matthäus, Lerby, Willmer – Mathy (78. Beierlorzer), Hoeneß (48. Kögl), Wohlfarth. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 0:1 Hoeneß (28.), 0:2 Matthäus (89.). – **Zuschauer:** 45 000.

M'gladbach – Leverkusen 1:1 (0:0)

M'gladbach: Sude – Bruns – Borowka, Ringels – Krauss (84. Hannes), Herlovsen, Hochstätter (75. Hecking), Rahn, Frontzeck – Mill, Lienen. – **Leverkusen:** Vollborn – Bast – Wojtowicz, Giske – Winklhofer, Röber, Gelsdorf, Schlegel (86. Hörster), Götz – Schreier (46. Waas), Tscha. – **Schiedsrichter:** Brückner (Dortmund). – **Tore:** 1:0 Herlovsen (63.), 1:1 Götz (88.).

Mannheim – Bremen 1:1 (0:0)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Schlindwein, Tsionanis – Kohler, Klotz, Heck, Scholz, Schön – Bührer (73. Gaudino), Walter. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Otten, Kutzop, Okudera – Schaaf, Möhlmann, Sidka, Hermann – Reinders, Völler. – **Schiedsrichter:** Wuttke (Oberhausen). – **Tore:** 0:1 Völler (70.), 1:1 Schön (71.).

Düsseldorf – Bielefeld 1:1 (0:1)

Düsseldorf: Greiner – Zewe – Grabotin, Löhr – Bockenfeld, Dusend, Fach, Edvaldsson, Weikl – Thiele, Holmquist. – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Schnier, Hupe – Büscher, Dronia, Foda, Borchers, Ellguth (78. Pohl) – Reich (54. Ozaki), Pater. – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Tore:** 0:1 Borchers (24., Foulelfmeter), 1:1 Fach (68.).

Frankfurt – Braunschweig 2:0 (1:0)

Frankfurt: Gundelach – Fruck – Kraaz, Körbel – Sievers, Berthold, Falkenmayer, Svensson – Müller (68. Mohr), Krämer, Tobollik. – **Braunschweig:** Franke – Pahl – Scheike, Bruns, Geiger (10. Ellmerich) – Tripbacher, Gorski, Hintermaier, Lux – Sackewitz, Worm. – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tore:** 1:0 Berthold (44.), 2:0 Krämer (59.).

Hamburg – Karlsruhe 0:0

Hamburg: Stein – Plessers – Kaltz, Jakobs, Wehmeyer – Rolff, Schröder (46. Milewski), von Heesen, Magath – Wuttke, McGhee. – **Karlsruhe:** Kargus – Theiss – Zahn, Boysen, Becker – Keim, Groß, Harforth, Künast – Bühler, Günther. – **Schiedsrichter:** Uhlig (*Dortmund*). – ***Zuschauer:*** 12 200. – **Rote Karte: Jakobs.**

VORSCHAU

DFB-Pokal, Viertelfinale:
Dienstag, 12. 3.

Uerdingen – Bremen

Bundesliga, Nachholspiele:
Dienstag, 12. 3. (Nachholspiele):

K'lautern – Mannheim	(1:1)
Schalke – Leverkusen	(2:2)
Mittwoch, 13. 3.	
Bielefeld – Köln	(1:1)
Samstag, 16. 3.	
K'lautern – Hamburg	(2:4)
Bielefeld – Frankfurt	(1:3)
Bremen – Düsseldorf	(1:1)
Uerdingen – Mannheim	(1:2)
München – Stuttgart	(3:1)
Dortmund – Köln	(0:3)
Leverkusen – Bochum	(1:1)
Karlsruhe – M'gladbach	(0:4)
Braunschweig – Schalke	(0:2)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

Schumacher forderte Mitspieler auf, Matthäus absichtlich zu verletzen

Von HEINZ STUMM

Mehr noch als die Niederlage gegen den FC Bayern – frei von Überschätzung der eigenen Möglichkeiten hatte er sie einkalkuliert – ärgerte Kölns Torhüter **Harald Schumacher** (31) ein Spieler, den er vor einem Jahr noch am liebsten im Trikot mit dem springenden Ziegenbock gesehen hätte: **Lothar Matthäus** (24), seit Saisonbeginn in München tätig.

Lothar Matthäus fügte dem Nationaltorwart, wenn man so will, doppelte Schmerzen zu, seelische und körperliche. Doch während Schumacher die Verletzung seines Selbstbewußtseins verdrängte, hervorgerufen durch ein Tor, bei dem Matthäus den Kölner, der viel zu weit vor seinem Tor stand, mit einem Heber düpierte, konnte er sich über ein vermeintliches Foul des Neu-Münchners nicht beruhigen. „Der Lothar", so polterte er abends im Geißbock-Heim, „hat Glück gehabt, daß er nicht in der Stadt geblieben ist." Verklausuliert hieß das wohl, daß Matthäus dann mit einer Tracht Prügel hätte rechnen müssen. Als Beweis für eine schlimme Attacke zeigte Schumacher seinen Arm vor, gegen den Matthäus *getreten haben soll, als er mit seinem* Geißbock-Kollegen **Andreas Gielchen** (20) im Torraum zusammengerasselt sei.

Was Schumacher verschwieg, berichtete mit hochrotem Kopf der frühere Schumacher-Freund, umringt von einem Dutzend Reporter hinter den Stadion-Toren in Köln. „Da hat mir der Toni ganz schlimme Worte an den Kopf geworfen." Zu diesem Zeitpunkt war Matthäus noch bereit, die verbalen Angriffe zu tolerieren. „Wir kennen doch das Temperament *vom Toni*, deshalb *möchte ich nicht* wiederholen, was er gesagt hat, sondern den Fall vergessen."

*

Im kleinen Kreise ließ der dynamische Dauerläufer am Abend in Köln dann durchsickern, was bei dem Zwischenfall im Kölner Strafraum in *der Anfangsphase des Spiels an sein* Ohr gedrungen sei. Der Münchner will gehört haben, wie Schumacher *einem Mitspieler zurief: „Mach* ihn fertig, tritt ihn kaputt." Im Restaurant „Maxwell" in der Pfeilstraße, wo sich die befreundeten Lothar Matthäus und **Gerd Strack** (29) mit ihren Ehefrauen nach dem Spiel zum Abendessen trafen, brachte Matthäus ein vermeintlich zweiter Ausspruch des Kölner Torhüters auf die Palme. „Wenn sich der Lothar in der Diskothek Déjà-vue blicken läßt, schicke ich ihm ein paar Leute auf den Hals", soll der Toni im erregten Zustand gesagt haben. Für Matthäus eine Aufforderung, nun erst recht die Kölner Prominenten-Disko aufzusuchen. Dort blieb es dann allerdings recht ruhig. Zwischen Abendessen und Disko-Besuch wurde der derzeit führerscheinlose Lothar Matthäus von seiner Frau einmal schnell ins „Aktuelle Sport-Studio" des ZDF nach Mainz kutschiert. Vor Millionen Zuschauern spielte er die hochbrisanten Reibereien mit dem Nationalmannschafts-Kollegen im Dialog mit **Dieter Kürten** (51) herunter. Präzise wurde er nur, als er den Vorgang im Kölner Strafraum rekapitulierte. „Ich habe den Toni überhaupt nicht berührt. *Andernfalls* wäre ich *gewiß nicht* ungeschoren davongekommen", spielte er auf die athletischen Vorzüge des *im Spiel gern aggressiven Kölner* Torhüters an.

Seinen Treffer, der den Schlußpunkt unter eine meisterliche Leistung des Bundesliga-Tabellenführers setzte, schilderte Matthäus genüßlich: „Eigentlich wollte ich draufknallen, doch dann dachte ich: Versuch es mal mit einem Heber. Und zu meinem großen Erstaunen landete der Ball über Toni hinweg im Netz."

*

Von der Meisterschaft für Bayern *möchte er indes, wie andere* Klubkollegen auch, noch nicht sprechen. Die Münchner trauen Mönchengladbach und vor *allem* Werder Bremen viel Stehvermögen zu. Der 1. FC Köln allerdings hat seit Samstag bei Matthäus an Wertschätzung eingebüßt. „Was meinen Sie, was in München das Publikum anstellt, wenn wir uns zu Hause so verstecken wie die Kölner, also mit einer *Sturmspitze spielen", nörgelte er* indirekt an der Vorsichtstaktik von Kölns Trainer **Hannes Löhr** (42) herum, der ohne den gesperrten **Pierre Littbarski** (24) in Stürmernot war.

Mit dem Hinweis, daß **Klaus Allofs** (28) allein verloren und Littbarski eben unersetzlich sei, machte DFB-Teamchef **Franz Beckenbauer** (39) als Besucher des Schlagerspiels ungewollt klar, daß der Dribbelkünstler mit seinem Foulspiel in Uerdingen, das zum Platzverweis führte, letztlich dem Verein geschadet habe.

Es wäre allerdings vermessen, Littbarski, der heute beim DFB-Sportgericht auf milde Richter hofft, für den Verlust der Titelchancen verantwortlich zu machen. Meisterkonturen hat Köln in diesem Jahr nicht.

*Selbst **Uli Hoeneß** (33) mußte seine* gute Meinung über den Gegner nach dem 2:0, das auch ein 4:1 oder 5:1 hätte werden können, korrigieren. Er hatte in einem Interview mit einer Kölner Zeitung den FC als Meister getippt, falls Bayern das Ziel verfehlt. *Seine Begründung:* „Immerhin sind die Kölner gut durch den Karneval gekommen."

Die Zeitungen machte Uli Hoeneß mitverantwortlich für die negative Zuschauerentwicklung. Sein Motto: An Italiens Wesen könne der deutsche Fußball genesen. Der Weltmeister von 1974 hätte gern, daß die deutsche Presse den Profi-Fußball ähnlich enthusiastisch und positiv *und genauso* spektakulär und großflächig verkauft, wie es die italienischen Sportgazetten tun. Außer acht *läßt er dabei, daß Zeitungen* keine PR-Organe und die deutschen Fußballfans keine Schwärmer wie die *Südländer sind.*

*

Bruder **Dieter** (32), in Köln Kopfballschütze des wichtigen 1:0-Tores und seit seinem spektakulären Treffer im Europapokalspiel gegen AS Rom wieder Schlagzeilenkönig, fiel es schwer, Freude über sein Tor und den Sieg seiner Mannschaft zu zeigen. Am Donnerstag wurde ihm der Weisheitszahn gezogen, und im Spiel zwang ihn eine Oberschenkelzerrung nach der Pause, das Spielfeld in Müngersdorf zu verlassen.

Als Mann *mit* gutem Gedächtnis hält er das 2:0 in Köln für ein gutes Omen im Hinblick auf den Titelgewinn. *„Zweimal haben wir in Köln* gewonnen, und zweimal habe ich ein Tor erzielt. Anschließend wurden wir *Meister*", erinnert er an die *Spielzeiten* 1979/80 und 1980/81.

Die kläglichen Vorstellungen der Münchner zu Hause gegen Bielefeld und eine Woche vor dem Kölner Galaauftritt in Dortmund erklärt er so: „Spiele gegen Rom und Köln motivieren einen eben ganz anders als Dortmund oder Bielefeld."

*

Ein bißchen schadenfroh ist **Dieter Schatzschneider** (26) über den Absturz des Hamburger SV, bei dem er seine bittersten Profi-Erfahrungen machen mußte. „Die spielen immer noch so wie zu Zeiten von **Horst Hrubesch**: Flanke hoch in den Strafraum und Kopfball. Dabei weiß Manager **Günter Netzer** doch, daß **Mark McGhee** ebensowenig ein guter Kopfballspieler ist, wie ich es bin."

Trainer **Ernst Happel** (59) empfiehlt Schatzschneider, *endlich einen* radikalen Schnitt zu machen. „Warum läßt er **Wolfram Wuttke** und McGhee nicht ständig vorn spielen und zieht **Jürgen Milewski** zurück?" fragt er. Den Unterschied zwischen einem Nobel-Klub und einem Kumpel-Verein wie Schalke sieht Schatzschneider recht bildhaft: „In Hamburg muß sich der Trainer nach den Stars richten. In Schalke richten sich die Spieler nach dem Trainer."

Obwohl er mit **Felix Magath** (31) menschlich kein gutes Verhältnis *hatte und das frostige Klima in der* Mannschaft auch von ihm, dem Mannschaftsführer, ausgegangen sei, plädiert Schatzschneider dafür, daß Teamchef Franz Beckenbauer an Magath festhält. „Mit unserem kleinen **Olaf Thon** zusammen kann das noch etwas werden." Vom Vorschlag von Schalke-Manager **Rudi Assauer** (45), Thon die alleinige Verantwortung zu übertragen, hält Schatzschneider wenig.




Jubel um das 2:0 für den FC Bayern München, Jubel um den Torschützen Lothar Matthäus (Mitte). FOTO: PFEIL

WERDER BREMEN / 1:1 in Mannheim war eher schon ein Punktverlust

Sie denken nicht an die Entscheidung

MARTIN HÄGELE, **Mannheim**

Alle versuchten ihren Ärger zu schlucken. „Selbstverständlich war dies ein verlorener Punkt", so Nationalspieler Rudi Völler vom SV Werder Bremen nach dem 1:1 bei Waldhof Mannheim. Otto Rehhagel, Trainer von Werder Bremen, mokierte sich über den Blackout seiner Mannschaft, „so dumm den Ausgleich zu kassieren". Torwart Dieter Burdenski wollte es absolut nicht in den Kopf, „daß man die Mannheimer im Griff hat, und dann gelingt denen aus eineinhalb Chancen ein Treffer".

Alle Bremer Spieler schienen mit einem komischen Gefühl in den Bus zu klettern. Daß dieser Samstag und dieses Spiel bei Waldhof in ihrer Erinnerung und in ihren Rechnungen eine verflixte Rolle spielen könnte. Wenn im Sommer wieder mal zusammengerechnet wird und es für Werder nicht zur Deutschen Meisterschaft gereicht haben sollte. Wieder einmal *nicht*.

„Noch sind es 13 Runden", sagt Völler wie zum Trost. Und er habe sich auch noch keinen Punkteplan für den Zweikampf mit Bayern München aufgestellt. „Die Bayern haben jetzt auch in Köln gewonnen", sinniert Burdenski vor sich hin. Und weiter: „Aber wer Deutscher Meister werden will, der darf sich nicht einfach auf andere verlassen. Der muß selbst gewinnen."

Burdenskis Meinung trifft den Punkt, an dem Werder immer wieder krankt. Rehhagels Truppe spielt den schönsten und gepflegtesten Fußball hierzulande, feiert im Weser-Stadion ein Fest nach dem andern, aber von fremden Plätzen bringen die Bremer den verdienten Lohn nicht heim.

Mit zwei, drei Toren Vorsprung hätte Werder in Ludwigshafen schon in die Pause gehen müssen. Pezzey hatte den Pfosten getroffen, Sidka die Latte und Benno Möhlmann haarscharf über den Kasten geköpft. Doch am Ende einer Saison addieren sich jene Millimeter und Zentimeter, jene Quentchen Glück zum Punkt, der zum Titel fehlt.

„Werder könnte mehr erreichen", glaubt Waldhofs Trainer Klaus Schlappner. „Vielleicht sind die mit einer gewissen Vorgabe schon selbst zufrieden. Vielleicht vergessen sie in ihrer Berechenbeit, ja den Gegner zu beherrschen, die Entscheidung."

Vielleicht reden die Bremer aber auch zu viel von ihrer Zukunft. In Bremen sei das mit dem Meister werden müssen nicht so schlimm wie anderswo, erklärte Wolfgang Sidka vor dem Fernsehkameras im „Aktuellen Sportstudio" des ZDF, die Mannschaft tauge auch im nächsten Jahr noch zum Titel, sie besitze die dafür nötige Substanz. Sidka: „Unser wichtigstes Ziel ist es, den Zuschauern in Bremen offensiven Fußball zu bieten, damit sie zufrieden nach Hause gehen können."

Ehrenwerte Gedanken eines vorbildlichen Profis. Aber gefährliche. Denn bis aufs I-Tüpfelchen und ein oder gar eineinhalb Jahre voraus kann man in der schnellebigen Fußball-Branche, in der die Verletzung eines Torjägers oder Spielmachers von heute auf morgen jedes Konzept über den Haufen werfen kann, nicht planen. Und irgendwann ebbt auch einmal an der Weser der Zuschauer-Boom ab, falls zu den Toren nicht auch Trophäen kommen.

Gegen Waldhof Mannheim war die ganze Bremer Fußball-Herrlichkeit innerhalb von 40 Sekunden den Bach hinunter. Ein haarsträubender Fehlpaß von Mannheims Werner Heck, den der schlitzohrige Völler mit seinem Saisontreffer Nummer 17 bestraft hatte. Aber während die Grün-Weißen in ihren Köpfen schon die Führung und den dritten Auswärtssieg der Runde begossen, holte Alfred Schöns Ausgleichstor die Bremer aus ihren Träumen zurück. Dabei sah besonders Werders international erfahrenster Spieler, Libero Bruno Pezzey, schlecht aus.

Werder mit dem gefährlichsten Angriff, Bayern mit der eindeutig besseren Abwehr, die Bremer lassen sich von ihren Gefühlen tragen, aber auch verleiten, Latteks Truppe vertraut eher dem nüchternen Kalkül. So sind die Karten gemischt vor dem letzten Drittel des Duells. Einen Trumpf hätten die Norddeutschen noch im Ärmel, meint Schlappner, „die Bayern müssen wegen dem Europapokal auf einer Hochzeit mehr tanzen".

SPORT-NACHRICHTEN

Radschinsky verhaftet

Nürnberg (sid) – Karl-Heinz Radschinsky, Olympiasieger im Gewichtheben, ist von der Nürnberger Polizei wegen Verdunklungsgefahr verhaftet worden. Dem 31jährigen werden Verstöße gegen das Arzneimittel- und Betäubungsmittelgesetz vorgeworfen.

Ruhr-Olympia später

Leverkusen (dpa) – Olympische Spiele an Rhein und Ruhr werden in diesem Jahrtausend kaum noch zu verwirklichen sein. Dies erklärte Willi Weyer, Präsident des Deutschen Sport-Bundes, auf dem zweiten Liberalen Sportkongreß der nordrhein-westfälischen FDP in Leverkusen.

Derwalls Klub verlor

Istanbul (dpa) – Galatasaray Istanbul, der Klub des früheren Bundestrainers Jupp Derwal, verlor am 24. Spieltag der türkischen Fußball-Meisterschaft mit 1:2 gegen den Tabellen-Zwölften Bursaspor. Das Derwall-Team belegt Rang sieben.

Bestzeit für Piquet

Rio de Janeiro (sid) – Vier Wochen vor dem Start zur Formel-1-Weltmeisterschaft 1985 fuhr der Brasilianer Nelson Piquet (Brabham-BMW) die schnellste Zeit bei Testfahrten in Rio de Janeiro.

Sieg für Mandlikova

Princeton (dpa) – Die Weltranglisten-Dritte Hana Mandlikova (CSSR) gewann die amerikanischen Hallentennis-Meisterschaften in Princeton durch ein 6:3, 7:5 im Endspiel gegen die Schwedin Caterina Lindquist. Die Pragerin hatte im Halbfinale die Weltranglisten-Erste Martina Navratilova (USA) besiegt.

Langer auf Rang 17

Orlando (sid) – Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) verbesserte sich mit 69 Schlägen in der dritten Runde des mit 500 000 Dollar dotierten Turniers von Orlando (US-Bundesstaat Florida) auf den 17. Rang (213 Schläge). An der Spitze stehen mit je 208 Schlägen die Amerikaner Zoellner und Strange.

Sieg und Niederlage

Hagen (dpa) – Einen Tag nach ihrem 77:62-Erfolg gegen Holland in Hagen unterlag die deutsche Basketball-Jugend-Auswahl in Breckerfeld gegen denselben Gegner mit 64:71.

Tödlicher Unfall

Brüssel (dpa) – Der frühere belgische Rallye-Meister Jean-Louis Dumont ist während der fünften Etappe der Ardennen-Rallye mit seinem Porsche tödlich verunglückt.

Essen verliert Punkte

Düsseldorf (sid) – Das Spielgericht des Deutschen Eishockey-Bundes hat das Urteil des Liga-Leiters Sepp Pflügel bestätigt, wonach die im Februar in der 54. Minute abgebrochene Begegnung der Aufstiegsrunde zur Eishockey-Bundesliga Krefelder EV – EHC Essen-West mit 5:0 Toren und 2:0 Punkten für Krefeld gewertet wird. Bei Abbruch hatte Krefeld mit 6:3 geführt.

Fignon gab auf

Greoux-les-Bains (sid) – Der Franzose Laurent Fignon, zweimaliger Sieger der Tour de France, gab bei der Radfernfahrt Paris–Nizza verletzt auf. Es führt sein Landsmann Vichot.

Catterick verstorben

London (sid) – Harry Catterick, ehemaliger Manager des englischen Erstliga-Klubs FC Everton, ist unmittelbar nach dem Pokalspiel gegen Ipswich Town in der Stadion-Loge an einem Herzinfarkt gestorben.

Eklund Europameister

Kopenhagen (sid) – Boxprofi Anders Eklund aus Schweden ist neuer Europameister im Schwergewicht. Der Herausforderer gewann den Titelkampf gegen den Norweger Steffen Tangstad in Kopenhagen durch K.o. in der vierten Runde.

Konkurrenz für Deutsche

Daytona Beach (sid) – Zum Auftakt der internationalen Rennsaison gewann der amerikanische Ex-Weltmeister Freddie Spencer (Honda) in Daytona Beach die Generalprobe in der 250er-Klasse. Spencer wird in der WM-Saison erstmals auch in der Viertelliter-Klasse antreten, in der sich Mang, Wimmer und Herweh Titelchancen ausrechnen.

2. Liga

Hessen Kassel wurde nach 1:4 ausgepfiffen

sid/dpa, Kassel

Die Sensation am 24. Spieltag der zweiten Fußball-Bundesliga fand am Samstag im Aue-Stadion von Kassel statt. Seit dem 10. Oktober 1983 hatte Hessen Kassel hier 46:2 Punkte sammeln können. Ausgerechnet Neuling Blau-Weiß 90 Berlin brachte dem Tabellenführer die erste Heimniederlage bei. Mit 4:1 feierten die Berliner ihren ersten Auswärtssieg – seit zehn Spielen sind sie ungeschlagen.

10 000 Zuschauer in Kassel trauten ihren Augen nicht, aber an dem verdienten Sieg der Gäste gab es nichts zu deuteln. Bereits nach fünf Minuten waren die Berliner in Führung gegangen. Für die klare Entscheidung nach dem Seitenwechsel sorgten Bebensee (60. Minute), Mattern (75.) und Gaedke (88.). Den vorübergehenden Ausgleich für die Gastgeber erzielte Deuerling in der 17. Minute.

Der Aufsteiger war während der gesamten Begegnung die spieltechnisch überlegene Mannschaft. In der Schlußphase lief das Kasseler Publikum sogar in das Lager der Berliner über und pfiff das eigene, maßlos enttäuschende Team aus.

Der Spitzenreiter war zwar in Bestbesetzung angetreten, doch lediglich Torschütze Deuerling erreichte Normalform. Die Berliner waren zweikampfstärker und nutzten entschlossen ihre Chancen. Vor allem Bebensee als Regisseur und Mattern machten den Hessen zu schaffen.

Pech hatte der Kasseler Außenverteidiger Schreml, der einen Schienbeinbruch erlitt.

DIE ERGEBNISSE

Hertha BSC – Offenbach	0:1	(0:1)
Darmstadt – St. Pauli	3:1	(2:0)
Nürnberg – Stuttgart	3:0	(3:0)
Duisburg – Köln	5:0	(4:0)
Ulm – Wattenscheid	3:3	(3:1)
Kassel – BW Berlin	1:4	(1:1)
Hannover – Saarbrücken	3:1	(1:1)
Solingen – Aachen	3:1	(0:0)
Homburg – Oberhausen	1:3	(0:0)
Freiburg – Bürstadt	2:1	(2:1)

DIE TABELLE

1. Kassel	23	13	5	5	47:33	31:15
2. Hannover	24	11	8	5	44:36	30:18
3. Aachen	23	11	7	5	39:28	29:17
4. Nürnberg	24	13	3	8	41:33	29:19
5. Saarbrücken	22	12	4	6	48:28	28:16
6. Wattenscheid	22	11	4	7	39:36	26:18
7. Solingen	23	11	3	9	42:42	25:21
8. Hertha BSC	20	8	7	5	32:28	23:17
9. Oberhausen	24	8	7	9	41:42	23:25
10. Offenbach	24	9	5	10	[illegible]	23:25
11. Duisburg	23	8	6	9	40:40	22:24
12. BW Berlin	22	7	7	8	40:38	21:23
13. Freiburg	23	7	7	9	27:29	21:25
14. Darmstadt	23	7	6	10	29:37	20:26
15. Homburg	22	8	3	11	33:34	19:25
16. Bürstadt	23	8	2	13	35:39	18:28
17. Köln	23	7	4	12	32:47	18:28
18. Ulm	24	5	8	11	36:49	18:30
19. Stuttgart	23	6	5	12	27:35	17:29
20. St. Pauli	23	6	5	12	33:45	17:29

DIE VORSCHAU

Dienstag, 12. März, 20.00 Uhr, Nachholspiele: Köln – Hertha BSC, BW Berlin – Darmstadt. – **Freitag, 15. März, 20.00 Uhr:** Offenbach – Hannover, Aachen – Homburg, Wattenscheid – Solingen. – **Samstag, 16. März, 15.30 Uhr:** Stuttgart – Duisburg, Oberhausen – Darmstadt, Bürstadt – Ulm, Köln – Freiburg. – **Sonntag, 17. März, 15.00 Uhr:** Saarbrücken – Nürnberg, St. Pauli – Kassel, BW Berlin – Hertha BSC.

IM BLICKPUNKT / Tennis: Sieg im Daviscup über Spanien – Boxen: Charly Graf wurde Meister – Eiskunstlauf: Fazit der Weltmeisterschaft von Tokio

Boris Becker – ein neuer Star wurde gekürt

H.-J. POHMANN, **Sindelfingen**

Vielleicht wird der vergangene Freitag abend einmal in die deutsche Tennisgeschichte eingehen. Denn Ungewöhnliches lief da auf dem Teppichboden im Sindelfinger Glaspalast ab. Als um 19.42 Uhr der schlaksig wirkende, 1,87 m große und 83 kg schwere rotblonde Boris Bekker den Platz betrat, mußte sich der Beobachter verwundert die Augen reiben. Ein Ruck ging durch die gesamte Szene. 65 tenniserfahrene Journalisten, dazu 30 Fotografen (wann hatte es das jemals gegeben?), blickten ebenso gebannt wie die 4380 Besucher in der für Tennis absolut ungeeigneten Halle auf den mit Beifall begrüßten 17jährigen Neu-Berliner Burschen. Wie hat er diesen Rummel um sein Daviscup-Debüt überstanden? Wie kann er den Erwartungsdruck der Öffentlichkeit abstreifen?

Die Antwort wurde schnell geliefert. Nach den ersten geglückten Aufschlagassen und harten Passierbällen von Becker bildeten die Besucher in der Halle eine verschworene Gemeinschaft mit dem Willen, hier einen neuen Star zu küren.

Erbarmungslos demontierte Bekker mit Juan Aguilera den 22. der Computer-Weltrangliste, der in drei Sätzen lediglich sieben Punkte beim Aufschlag des Deutschen gewann. Becker lieferte ein Spiel, das als das beste Match eines Deutschen im letzten Jahrzehnt gelten muß. Ohne technische Schwächen und dabei für sein Gewicht mit einer enormen Schnelligkeit und Schnellkraft versehen, scheint hier in der Tat ein Spieler heranzuwachsen, dem in allernächster Zeit der Sprung in die absolute Weltklasse zugetraut wird. Jetzt gilt es nur noch, die Zeit der Schulterklopfer und Einschleicher zu überstehen und weiter den harten Weg mit seinem Betreuergespann Tiriac/Bosch zu verfolgen.

Unglaublich sein verbissener Ehrgeiz und Wille, ganz nach vorne zu kommen, der seine Einstellung hin und wieder mit kernigen Sprüchen untermauert. „Wenn es sein muß, esse ich auch Ratten, um zu gewinnen", oder, was nicht minder amüsant erscheint, „Nur wenn ich nach einem Match blute, habe ich mich richtig eingesetzt."

Am Ende des sensationellen 6:3-, 6:4-, 6:4-Erfolgs, bei dem man in keiner Phase das Gefühl hatte, daß Bekker zwischendurch einmal in eine nervliche Krise geraten könnte, war der Jubel groß. Autogrammjäger in Fülle, selbst der Vater mußte seinen Namenszug niederschreiben. Strahlende Funktionäre und ein Coach Günter Bosch, der bewiesen hat, wie ein junger Spieler zu führen ist. Über allen aber schwebte, und das nicht nur wegen seiner Körpergröße, Bekkers Manager Ion Tiriac. Fortan gilt der Rumäne als der große Guru. Und selbst als Tiriac trocken dahinsagte, „Boris hat heute nur normal gespielt", hockten die Funktionäre andächtig darnieder und lauschten den Ausführungen des ehemaligen Weltklassespielers.

Dennoch darf bei aller Begeisterung die Leistung des Hamburgers Michael Westphal nicht übersehen werden. Urplötzlich hinter Becker ins zweite Glied gerückt, lastete auf ihm der Druck, unbedingt das Eröffnungseinzel gegen Emilio Casal zu gewinnen. Sichtlich nervös, gewann Westphal zwar die ersten beiden Sätze, hatte aber dabei angesichts seiner unsicheren Rückhand nicht eben wenig Glück. Kopfschmerzen und verhärtete Muskeln behinderten den Ranglistensechsten des DTB in den Sätzen drei und vier derart, daß Mannschaftsarzt Professor Keul jeweils zwei Kopfschmerz- und Salztabletten verordnete. Fast zu spät begannen die Pillen zu wirken, denn bei einem 2:4-Rückstand im fünften Satz sah es bitter aus für Westphal. Doch erneut bewies der Topspin-Spezialist in dieser Situation seine nervlichen Qualitäten und unterstrich mit herrlichen Passierbällen zum richtigen Zeitpunkt, daß er in Cup-Wettbewerben ein Siegertyp ist.

Und da nur der Sieg zählt, erübrigt sich auch für das Doppel die Kritik. Obwohl ursprünglich Maurer/Popp nominiert waren, setzte Coach Niki Pilic auf Becker/Maurer. Mit einem Zittersieg, bei dem Maurer mit solidem Spiel zeitweise den Youngster Becker führte, wurde die uneinholbare 3:0-Führung für das Team schon nach dem zweiten Tag erzielt.

Die Perspektiven sind nach diesem denkwürdigen Wochenende glänzend. Zum erstenmal seit der Einführung der sogenannten Superliga 1981 der 16 weltbesten Nationen hat die deutsche Daviscup-Mannschaft das Viertelfinale erreicht. Jetzt lockt der nächste Gegner mit den USA und McEnroe vom 2. bis 4. August am Hamburger Rothenbaum.



Lob von Teamchef Bungert: Boris Becker. FOTO: WEREK

„Mit einem Bein steckt er wieder im Sumpf"

ULLA HOLTHOFF, **Düsseldorf**

In die Freude des Charly Graf fiel nur ein einziger Wermutstropfen: „Ich war heute in der Lage, Hartmann k. o. zu schlagen, und ich hätte das auch gerne ausgeführt. So war das Ende für den Reiner unglücklich und für mich unbefriedigend." In der siebten von zehn angesetzten Runden hatte Ringrichter Kurt Halbach den Kampf um die Deutsche Schwergewichts-Meisterschaft der Berufsboxer wegen einer Augenverletzung Hartmanns abgebrochen. Genau zu jenem Zeitpunkt, als Herausforderer Charly Graf (33 Jahre, 109 kg) gegen den Titelverteidiger Reiner Hartmann (27 Jahre, 94,6 kg) aktiv wurde. Die 3 000 Zuschauer in der Düsseldorfer Philipps-Halle glaubten an Betrug. Pfiffe, wütende Proteste, Vater Lothar Hartmann schleuderte gar einen Stuhl in den Ring, und auch Reiner Hartmann wollte den Kampf unbedingt fortsetzen, obwohl die Wunde nach Angaben des Veranstalters anschließend im Krankenhaus mit sechs Stichen genäht werden mußte.

Doch der neue Meister reagierte gelassen: „Meine Taktik ist aufgegangen. Er hat sich an meiner Doppeldeckung müde geboxt." Reiner Hartmann aber, der aus Frankfurt stammende Titelverteidiger, der in Florida lebt und von dem ehemaligen Muhammad-Ali-Trainer Angelo Dundee betreut wird, tappte in die Falle, die Grafs Trainer Eugen Gruber gestellt hatte: „Das mit der Doppeldeckung war Trick 18. Ich hatte im Sparring gemerkt, daß Charly überhaupt keine Nehmerqualitäten hat. Es ist voll aufgegangenen. Charly hat gar nichts abgekriegt. Mich wundert nur, daß ein Mann wie Angelo Dundee sich für solch einen Wischiwaschi hergibt und seinen Schützling nicht auf einen solchen Kampf einstellen kann. Ich glaube nicht, daß das Dundee war. Das war ein Double."

Eugen Gruber war „stolz, glücklich, zufrieden. Ich empfinde alles gleichzeitig. Immerhin habe ich in zehn Monaten einen deutschen Meister gemacht aus einem alternden Boxer, dem schon keiner mehr eine Chance gegeben hatte. Und das, obwohl ich doch quasi ein Greenhorn in diesem Profi-Zirkus bin." Eugen Gruber, 37jähriger Kfz-Mechaniker aus Stuttgart, war 20 Jahre lang ein durchschnittlicher Amateurboxer, bestritt 148 Kämpfe im Schwergewicht und beendete seine Laufbahn im vergangenen Jahr, „weil diese Aufgabe eine Herausforderung für mich war." Zehn Monate lang war er die wichtigste Bezugsperson für den farbigen Häftling Charly Graf, der bereits zum wiederholten Mal hinter Gittern saß und außer Boxen nichts gelernt hatte. Um sich aus Box-Gagen eine neue Existenz aufbauen zu können, bereitete er in der Justizvollzugsanstalt Ludwigsburg sein Comeback vor. Eugen Gruber war Sparringspartner, Trainer und psychische Stütze.

Ein ungleiches Paar: Auf der einen Seite der labile Boxer, verträumtnaiv, lebenslustig, aber unselbstständig. Ein großes Kind, das von der Hand in den Mund lebte und mit Gewalt reagierte, wenn es sich in der Realität nicht zurechtfand. Daneben Eugen Gruber, der biedere, herzliche Schwabe, bodenständig, realistisch, konsequent und diszipliniert: „Ich bin nie ausgezählt worden. Wenn es brenzlig wurde, bin ich selbst ausgestiegen."

Doch es ist fraglich, ob das Duo zusammenbleibt: „Im Moment habe ich die Nase voll. Ich bin das Affentheater leid. Ich weiß nicht einmal, ob Charly mich morgen überhaupt noch kennt. Er ist überzeugt, er sei jetzt aus *dem Sumpf raus, aber mit einem Bein* steckt er schon wieder drin." Gruber bemängelt Disziplinlosigkeit: „Wenn ich Charly sage, morgen früh um neun ist Training, dann bettelt er: Können wir nicht lieber um elf? Oder wenn ich sage: zwei Weizenbier reichen, dann werden es trotzdem regelmäßig drei oder vier. Und jetzt steht er wieder wie eine aufgequollene Dampfnudel im Ring." Doch der neue Meister interpretiert sein Übergewicht anders: „Ich hatte zwar acht Kilogramm mehr als bei meinem Kampf gegen Claaßen. Aber für mich ist nicht das absolute Gewicht wichtig, sondern ich lege Wert darauf, wie ich mich fühle. Ich habe es einmal im Training versucht mit 98 kg und war total schlapp. So gesehen war ich heute nicht 8 kg schwerer, sondern 8 kg stärker." Eugen Gruber mißtraut den Worten. Sie klingen nach Ausreden. Die erste Stufe des neuerlichen Abstiegs. „Charly ist noch längst nicht gefestigt. Und jetzt setzen sie ihm schon den Floh ins Ohr von einem neuen Kampf in Frankfurt und der Europameisterschaft im September. Doch eine Chance hat Charly nur, wenn er tut, was ich will."



Endlich wieder in Siegerpose: Charly Graf. FOTO: RZEPKA

„Uns hat hier der Wind ins Gesicht geweht"

UWE PRIESER, **Tokio**

Was erwartet werden mußte, ist eingetroffen, was gehofft werden konnte, hat sich nicht erfüllt. Bei der Eiskunstlauf-Weltmeisterschaft in Japan ist der Deutschen Eislauf-Union (DEU) keine Sonne aufgegangen. „Uns hat hier der Wind ins Gesicht geweht", erklärte DEU-Vorstandsmitglied Romminger. Die Deutschen aus dem Westen haben zur Zeit wenig Freunde und schwindenden Einfluß in der internationalen Eislauffamilie. Ein fünfter Platz für die Eistänzer Born/Schönborn, dazu sechste Ränge für die abtretende Claudia Leistner und für Heiko Fischer leiten möglicherweise eine neue Eiszeit für die erfolgsverwöhnte DEU ein.

Zwei Gold-, elf Silber- und sieben Bronzemedaillen hat es für die DEU in den vergangenen neun Wintern bei Welt- und Europameisterschaften gegeben. Die Serie droht abzureißen, trotz eines stark verbesserten Heiko Fischer und zweier erfreulicher WM-Debüts von Patricia Neske (12.) und Richard Zander (11.). Die Technische Kommission für den Eistanz schrieb Trainern und Tänzern eine strikte Abkehr von allen akrobatischen Einlagen vor, eine Umkehr zur klassischen Linie. Das ist *nicht unbedingt* die Linie, mit der Born/Schönborn groß geworden sind. In den nächsten Wochen wollen die EM-Dritten über die Fortsetzung ihrer Eistanzkarriere entscheiden. Tokio brachte zwei triumphale Weltmeister: Katarina Witt aus Karl-Marx-Stadt bei den Damen, die – Grazie und Athletik zusammengenommen – die beste Damen-Kür seit dem Abtritt von Dorothy Hamill (1976) zeigte, und Alexander Fadejew aus Moskau, der mit wahnwitzigem Tempo und Sprungkombinationen, die der Eislauf noch nie gesehen hatte, den Wettbewerb der Herren athletisch in eine neue Dimension führte und ein sowjetisches Team anführte, das drei von vier Titeln und die Hälfte aller Medaillen gewann. Tokio brachte auch eine Weltmeisterschaft der Mängel und des Mißvergnügens mit einer unzureichenden Organisation.

Noch ehe die Titelkämpfe überhaupt begonnen hatten, reichten 18 von 24 Mannschaftsführern schriftlich Protest bei der Internationalen Eislauf-Union (ISU) gegen eine Reihe von Mißständen ein. Bei der Pflicht mußten die Läufer stundenlang in eiskalter Halle zubringen, endloses Warten auf Busse, deren Fahrpläne ohne Rücksicht auf die katastrophalen Verkehrsverhältnisse aufgestellt waren, oft genug kaltes Essen im Hotel. Für eine Stunde Kür- und eine Stunde Pflichttraining am Tag waren die Läufer oft insgesamt sechs Stunden unterwegs. Der offizielle Bahnarzt des internationalen Verbandes hatte für seine Aufgaben keine Zeit, weil er gleichzeitig bei den Herren als Preisrichter eingesetzt war und hier bis zwei Tage vor dem Ende der Wettkämpfe einen Fulltime-Job zu erfüllen hatte. Der technische Delegierte der ISU, Jozef Dedic (CSSR), reiste erst an, als an der Organisation nichts mehr zu retten war. Seine Erklärung: „Ich konnte nicht früher, ich bin Amateur."

Und einmal mehr waren Vertreter der DEU die Wortführer des Protestes. Der internationale Einfluß der DEU hatte im vergangenen Jahr auf dem ISU-Kongreß zu sinken begonnen. Als der zu Ende war, hatte sie bis auf Wolfgang Kunz keine Ämter mehr in den ISU-Gremien, und Kunz war in der Eistanz-Kommission die Treppe um einen Platz heruntergefallen. Die Deutschen, die alles besser können und das auch nachdrücklich der Eislaufwelt bewiesen hatten, waren nicht mehr beliebt. Doch wer in dieser von Sympathien, Antipathien und Zweckbündnissen bestimmten Welt ohne Lobby ist, hat es schwer, seine Läufer auf die Medaillenränge zu lancieren.

Claudia Leistner hatte ihre Medaille bereits im Kurzprogramm verloren. Ihre gute Kür kam zu spät, obwohl die Damen im Kürfinale nicht hielten, was sie in der Kurzkür versprochen hatten. So fiel es Katarina Witt nicht schwer, das erwartete Ende ihrer Laufbahn um zumindest ein weiteres Jahr hinauszuschieben, obwohl ihre Sprungkraft stagniert. Die Olympiasiegerin war die erste Läuferin seit der Österreicherin Trixi Schuba vor 13 Jahren, die ihren Welttitel erfolgreich verteidigte. Die Amerikanerin Tiffany Chin und Anna Kondraschowa aus der UdSSR, die den in Tokio laut gewordenen Wunschvorstellungen von der Grazie des Damen-Kunstlaufs am nächsten kamen, verloren durch Fehler in den Sprüngen gegen eine Technikerin mit „angelernter Grazie", Kira Iwanowa. Tiffany Chin, der US-Star von morgen, zog nicht nur ein persönliches Fazit: „Ich bin ein bißchen enttäuscht."



Zum zweiten Mal Weltmeisterin: Katarina Witt. FOTO: WEREK



Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

FUSSBALL

Erste englische Division, 29. Spieltag: Chelsea – Southampton 0:2, Coventry – Queens Park 3:0, Leicester – Sheffield 3:1, Norwich – Aston 2:2, Nottingham – Newcastle 0:0, Sunderland – Arsenal 0:0. – Tabellenspitze: 1. Everton 60:31 Tore/56 Punkte, 2. Tottenham 53:27/53, 3. Manchester United 51:32/49, 4. Southampton 40:33/49. – **„DDR"-Oberliga,** 17. Spieltag: Dresden – Magdeburg 1:0, Lok Leipzig – Brandenburg 2:0, Jena – Rostock 2:1, Karl-Marx-Stadt – Erfurt 0:1, Suhl – Aue 3:1, Dynamo Berlin – Riesa 9:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 29:5, 2. Dresden 26:8, 3. Lok Leipzig 25:9, 4. Magdeburg 19:15.

BASKETBALL

Bundesliga-Qualifikation, Herren, 6. Spieltag, Gruppe Nord: Wolfenbüttel – Düsseldorf 86:72, Bremerhaven – Hagen 73:64.

BOXEN

Bundesliga, 7. Wettkampftag: Mülheim – Württemberg 14:11. – **Profikampftag** in Düsseldorf: Mittel: Prox (Hamburg) Abbruchs. vierte Rd. – Heytens (Belgien), Theodoss (Stuttgart) Unentschieden nach sechs Rd. – Cellinger (Frnakfurt), Schwer: Claßen (Düsseldorf) PS nach sechs Runden – Garside (England), Deutsche Meisterschaft: Graf (Mannheim) Abbruchs. siebte Rd. – Hartmann (Frankfurt).

EISHOCKEY

Bundesliga-Qualifikation, 10. Spieltag: Füssen – Bayreuth 6:8, Rießersee – Frankfurt 8:3, Essen-West – Berlin 4:4, Duisburg – Augsburg 4:2, Krefeld – Bad Tölz 9:1.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 17. Spieltag: Dankersen – Wallau-Massenheim 19:10, Reinickendorf – Gummersbach 22:26, Lemgo – Essen 16:16, Hofweier – Kiel 22:19, Weiche-Handewitt – Großwallstadt 25:17. – **DHB-Pokal,** Frauen, 1. Hauptrunde, Gruppe Nord: Eilbeck – Oldenburg 16:26, Jarplund-Weding – Herzhorn 15:6, Düsseldorf – Leverkusen 11:25, Engelskirchen – Minden 19:12. – Gruppe Süd: Ludwigsfeld – Nürnberg 9:16, Lützellinden – Berlin 31:19, Oberursel – Berlin 14:17, Rot – Malsch 7:11.

VOLLEYBALL

Endrunde, Herren: Berlin – Leverkusen 3:2, Berlin – Leverkusen 3:2. – **Bundesliga,** Damen: Oythe – Münster 3:2, Lohhof – Stuttgart 3:0, Langenhorn – Vilsbiburg 2:3, Augsburg – Feuerbach 3:0, Schwerte – Rüsselsheim 0:3.

WASSERBALL

Bundesliga, 1. Spieltag: Hamm – ASC Duisburg 13:6, Spandau – Würzburg 17:6, Hamburg – Offenbach 7:6, Hohenlimburg – Düsseldorf 7:10, Esslingen – Hannover-Linden 11:8, Cannstatt – Duisburg 98 9:12.

RALLYE

18. Rallye Portugal, dritter Lauf zur Fahrer- und Marken-WM, Start und Ziel in Estoril, 2455 km, 47 Sonderprüfungen: 1. Salonen/Harjanne (Finnland) Peugeot 205 Turbo 8:07:25 Std., 2. Biasion/Siviero (Italien) Peugeot 205 Turbo 4:47 Min. zur., 3. Röhrl/Geistdörfer (Deutschland) Audi Sport Quattro 5:58 zur., 4. Blomqvist/Cederberg (Schweden) Audi Sport Quattro 23:46 zur. – Stand der Fahrer-WM nach dem dritten von zwölf Läufen: 1. Salonen 44 Punkte, 2. Vatanen (Finnland) Peugeot 205 Turbo 40, 3. Blomqvist 35, 4. Röhrl 27. – Stand der Marken-WM: 1. Peugeot 54, 2. Audi 46, 3. Lancia 24, 4. Ford 8, 5. Renault 6, 6. Nissan, Citroën 4.

REITEN

CHI Dortmund, Weltcupspringen: 1. Schewe (Euskirchen) Wilster 0 Fehlerpunkte/40,13 Sek., 2. Luther (Wedel) Lucky 0/41,51, 3. Simon (Österreich) Gladstone 4/38,75, 4. Schockemöhle (Mühlen) Deister 4/39,09. – Stand im Weltcup: 1. Schockemöhle 89, 2. Skelton 82, 3. Simon 69, 4. Whitacker 65. – **Dressurprüfung Grand Prix:** 1. Jensen (Dänemark) mit Marzog 1467 Punkte, 2. Klimke (Münster) mit Pascal 1388, 3. Bemelmans (Krefeld) mit Angelino 1374.

RINGEN

73. Deutsche Meisterschaften im griechisch-römischen Stil in Freiburg: 48 kg: 1. B. Scherer (Wiesental); 52 kg: 1. M. Scherer (Schifferstadt); 57 kg: 1. Behl (Mömbris); 62 kg: 1. Gabriel (Schwarzenholz); 68 kg: 1. C. Passarelli (Ludwigshafen); 74 kg: 1. Hellbing (Witten); 82 kg: 1. Dolgowicz (Aalen); 90 kg: 1. Sachs (Freiburg/Haslach); 100 kg: 1. Gerdsmeier (Aschaffenburg); + 100 kg: 1. Bayer (Reilingen).

EISKUNSTLAUF

WM in Tokio, Damen, Endstand: 1. Witt („DDR") 3,7 Punkte, 2. Iwanowa (UdSSR) 3,8, 3. Chin (USA) 5,0, 4. Kondraschowa (UdSSR) 9,0, 5. Thomas (USA) 10, 6. Leistner 13,4, ... 12. Neske (beide Deutschland) 24,4.

SKI NORDISCH

Skispiele in Falun/Schweden, Kombinations-Weltcup, Mannschaftsspringen: 1. „DDR" 561,3 Punkte, 2. Norwegen 550, 3. Deutschland (Pohl/Wucher/Müller) 547,6. – **30-km,** Herren: 1. Swan (Schweden) 1:23,41,3, 2. Gaidon (Schweiz) 1:24,49,2, 3. Wassberg 1:25,11,9, 4. Mogren (beide Schweden) 1:25,21,1, ... 24. Dotzler (Deutschland) 1:28,08,1. – Stand im Weltcup: 1. Swan 149, 2. T. Holte 117, 3. Aunli (Norwegen) 98, 4. Wassberg 97, 5. Mikkelsplas (Schweden) 83. – **Springen,** 90-m-Schanze: 1. Felder (Österreich) 227,4, 2. Ploc (CSSR) 226,7, 3. Vettori (Österreich) 221,2, 4. Akimoto (Japan) 215,1, 5. Holland (USA) 209,5, 6. Nykänen (Finnland) 206,8, ... 10. Klauser 201,3, ... 12. Steinert 196,6, ... 27. Bauer (alle Deutschland) 178,2. – Gesamtstand: 1. Nykänen 189, 2. Felder 188, 3. Vettori 152, 4. Weissflog 131, 5. Parma 128, 6. Puikkonen 125. – **10-km-Langlauf,** Frauen: 1. Böe (Norwegen) 30:30,8, 2. Nykkelmo (Norwegen) 30:55,7, 3. Fritzon 31:20,1, 4. Risby (beide Schweden) 31:22,1, 5. Noack („DDR") 31:28,9. – Stand: 1. Böe 137, 2. Nykkelmo 123, 3. Pettersen 102, 4. Aunli 97, 5. Kratzer (Schweiz) 93.

BIATHLON

Weltcup-Finale, in Oslo, Einzelrennen über 10 km: 1. Rötsch („DDR") 29:51,4 Min./1 Fehlschuß, 2. Antonow (UdSSR) 30:08,0/0, 3. Eder (Österreich) 30:21,3/0, 4. Felitschov (Bulgarien) 30:59,4/0, 5. Kvalfoss (Norwegen) 31:16,8/2, ... 11. Angerer 31:38,6/2, ... 14. Fritzenwenger 31:46,0/1, ... 21. Pichler (alle Deutschland) 32:36,0/3.

SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt, Herren in Aspen/Colorado: 1. Müller 1:45,74, 2. Alpiger (beide Schweiz) 1:45,91, 3. Wildgruber (Deutschland) 1:46,58, 4. Höflehner (Österreich) 1:46,62, 5. Kernen, Heinz (beide Schweiz) je 1:46,63. – Weltcup-Gesamtstand: 1. Girardelli 247, 2. Zurbriggen 207, 3. Wenzel 172, 4. Müller 142, 5. Heinzer 136. – Abfahrts-Weltcup: 1. Höflehner 107, 2. Müller 91, 3. Wirnsberger und Alpiger je 80, 5. Heinzer 72. – **Abfahrt,** Damen in Sunshine Valley/Kanada: 1. Walliser 1:21,05 Min., 2. Figini (beide Schweiz) 1:21,36, 3. Graham 1:21,65, 4. Savijarvi (beide Kanada) 1:22,01, 5. Gutensohn 1:22,22, 6. Kirchler (beide Österreich) 1:22,77, ... 14. Kiehl 1:23,02, ... 22. Dedler 1:23,78, ... 24. Hächer 1:24,00, 25. Mösenlechner 1:24,03, ... 29. Gerg (alle Deutschland) 1:24,22. – Abfahrts-Weltcup: 1. Figini 107, 2. Walliser 77, 3. *Kirchler 71, 4. Ötli 67, 5. Gutensohn* 63, ... 8. Kiehl 41. – Gesamt-Weltcup: 1. Figini 254, 2. Örtli 194, 3. Walliser 193, 4. Kirchler 156, ... 6. Kiehl 153, ... 11. Epple-Beck 90, ... 15. Gerg 70.

TURNEN

Erste EM-Qualifikation der Damen in Kahl, olympischer Achtkampf: 1. Wetzel (Hittfeld) 73,30 Punkte, 2. Wilhelm (Wolfsburg) 72,90, 3. Lehmann (Berlin) 71,00, 4. Heine (Hannover) 70,65, 5. Hozmann (Nellingen) 69,85.

TISCHTENNIS

Deutsche Meisterschaft in Saarbrücken, Herren-Einzel, Finale: Böhm (Saarbrücken) – Stellwag (Reutlingen) 21:19, 21:11, 21:19. – Damen-Doppel, Finale: Olschewski/Wenzel (Frankfurt/Saarbrücken) – Freiberg/Nolten (Kaiserberg) 21:16, 21:9.

TENNIS

US-Hallenmeisterschaft, Damen in Princeton/USA, Finale: Mandlikova (CSSR) – Lindqvist (Schweden) 6:3, 7:5. – Doppel: Navratilova/Shriver (USA) – Mesker/Sayers-Smylie (Holland/Australien) 7:5, 6:2. – **Daviscup,** 1. Runde: Paraguay – Frankreich 2:1, Japan – USA 0:5, Indien – Italien 3:2.

GALOPP

Rennen in Krefeld: 1. R.: 1. Melissos (P. Sigismondi), 2. Tokata, 3. Marimba, Toto: 148/22, 15, 30, ZW: 764,m DW: 2580, 2. R.: 1. Sarazene (G. Bocskai), 2. Little Lady, 3. Donbonito, Toto: 16/11, 10, 12, ZW: 32, DW: 72, 3. R.: 1. Falarich (D. Ehlen), 2. Antrag, 3. Schwarze Lady, Toto: 104/26, 54, 30, ZW: 3256, DW: 22 936, 4. R.: 1. Santa Benedicta (V. Furler), 2. Video, 3. Victor, Toto: 28/11, 13, 21, ZW: 96, DW: 588, 5. R.: 1. Marioprince (H. Horwart), 2. Gipsy Boy, 3. Wetterhexe, Toto: 92/22, 15, 16, ZW: 356, DW: 2424, 6. R.: 1. Ralf (L. Gonzales), 2. Turbo, 3. Sumeru, Toto: 492/98, 22, 17, ZW: 5444, DW: 41 192, 7. R.: 1. Calimero (R. Ording), 2. Pedant, 3. Welsh Starlet, Toto: 68/26, 14, 22, ZW: 248, DW: 3156.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 5, 13, 30, 41, 46, Zusatzzahl: 49. – **Spiel 77:** 4 9 6 4 1 3 9. – **Toto, Elferwette:** 0, 0, 1, 0, 0, 2, 1, 2, 1, 0, 1. (Ohne Gewähr).

SKI-ZUSAMMENFASSUNG / Sepp Wildgruber fuhr bei Weltcup-Abfahrt in Aspen auf Rang drei

Hinter Angerer klafft noch eine große Lücke

sid, Aspen

„Das war meine Revanche für Bormio und die Bestätigung, daß die Österreicher derzeit besser sind als ihr Ruf." Helmut Höflehner, der durch den vierten Rang in Aspen (US-Bundesstaat Colorado) erstmals den Abfahrts-Weltcup gewann, verpaßte sich in der vorletzten Abfahrt der Saison – Sieger wurde der Schweizer Peter Müller – ein Trostpflaster für entgangenen Weltmeisterschafts-Lorbeer. Fast zur gleichen Zeit gewann in Sunshine Valley (Kanada) Laurie Graham die letzte Abfahrt der Damen. Die 24jährige Kanadierin lag vor Weltmeisterin Michela Figini, die sich am Vortag mit Platz zwei hinter ihrer Schweizer Teamkameradin Maria Waliser ebenfalls die Abfahrts-Trophäe gesichert hatte.

Zentralfigur unter den deutschen Abfahrern war erneut Sepp Wildgruber. Der Oberaudorfer, am Wochenende zuvor in Furano (Japan) sogar Zweiter, landete diesmal hinter Müller und dessen Schweizer Landsmann Karl Alpiger auf Rang drei. „Nun hoffe ich noch auf einen guten Platz in Panorama", spielte Wildgruber, mit 53 Punkten Neunter im Abfahrts-Weltcup, auf das letzte Rennen in Kanada an.

Während Michela Figini (254 Punkte) den Gesamt-Weltcup eigentlich schon gewonnen hat, landete Marc Girardelli einen Punktsieg über Pirmin Zurbriggen. Der für Luxemburg startende Österreicher heimste als Neunter in Aspen sieben Punkte ein und baute die Führung zum Schweizer Doppel-Weltmeister wieder auf 40 Punkte aus. Zurbriggen, als 22. noch einen Platz hinter dem erneut enttäuschenden amerikanischen Olympiasieger Bill Johnson: „Nun muß ich in Aspen halt im Riesenslalom zuschlagen."

*

Dank hervorragender Laufleistungen gewannen die Kombinierer des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) bei den Schwedischen Skispielen in Falun den Mannschaftswettbewerb. Mit 1161,68 Punkten verwiesen Peter Wucher aus Isny, der Schonacher Junioren-Vizeweltmeister Hans-Peter Pohl und Mannschafts-Weltmeister Thomas Müller aus Oberstdorf die „DDR" und Norwegen auf die Plätze.

„Es hat gereicht, ich wollte wieder Dritter im Weltcup werden", sagte der 20-km-Olympiasieger im Biathlon von Sarajevo, Peter Angerer. Am Holmenkollen bei Oslo hatte er im 10-km-Sprint den 11. Platz belegt. Den Sieg holte sich der 20 Jahre alte Frank Peter Rötsch („DDR"). Damit wurde auch der Weltcup 1985 entschieden. Rötsch war mit 172 Punkten der große Gewinner. Der 20-km-Weltmeister von Ruhpolding, Juri Kaschkarow (UdSSR), wurde Zweiter vor Peter Angerer (Hammer).

Insgesamt keine herausragende Saison für Angerer, der nach wie vor eindeutig die Nummer eins im Deutschen Skiverband ist. Mit Fritz Fischer (Ruhpolding) und Ernst Reiter (Eisenärzt) fehlten am Holmenkollen zwar zwei zuverlässige deutsche Biathleten, aber die Ergebnisse dieses bedeutenden Wettkampfes zeigten ein Jahr vor den Weltmeisterschaften an gleicher Stelle, daß hinter Angerer eine Lücke klafft.

*

In seiner schwedischen Heimat sicherte sich Olympiasieger und Weltmeister Gunde Swan endgültig den Sieg im Weltcup der nordischen Langläufer. Bei den Schwedischen Skispielen in Falun unterstrich Swan seine Ausnahmestellung mit dem Gewinn des 30-km-Laufes vor dem Schweizer Guidon. Der Münchner Stefan Dotzler wurde 24.

TISCHTENNIS

Genscher soll nun helfen

sid, Saarbrücken

Sie gab Fernseh-Interviews, stand jedem Rede und Antwort, war ständig im Rampenlicht. Und doch saß Olga Nemes bei den deutschen Tischtennis-Meisterschaften in Saarbrükken nur als Zuschauerin auf der Tribüne. Die 16jährige aus Rumänien wird zwar als Ranglisten-Erste des Deutschen Tischtennis-Bundes (DTTB) geführt, darf aber nicht bei nationalen Titelkämpfen starten, weil sie auf ihren deutschen Paß wartet.

Im Oktober 1983 ist sie in die Bundesrepublik gekommen. Da Olga Nemes keine Ausweise bei sich hatte, kann sie nicht nachweisen, daß sie einen deutschen Großvater hat. Jetzt hat Verbandspräsident Gäb Außenminister Genscher um Unterstützung gebeten. „Aber wir wollen alles vermeiden, um das Gefühl zu erwecken, wir wollten jemand unter Druck setzen", sagte Gäb. Und: „Eigentlich ist im Moment jedes Wort, was über die Sache Olga Nemes geschrieben wird, nicht gut dafür."

REITEN / Überraschung beim Weltcupspringen

Stefan Schewes Sternstunde: Besser als die großen Stars

DIETER LUDWIG, Dortmund

Für den 23 Jahre alten Stefan Schewe aus Euskirchen wurde in Dortmund das Springen um den Weltcup zu einer Sternstunde. Wie in Berlin 1978 Peter Luther, so schwemmte diese Konkurrenz Stefan Schewe in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Mit 40,13 Sekunden im zweiten Stechen siegte er auf dem neunjährigen Rheinländer Wilster vor Peter Luther (Wedel) auf dem Holsteiner Lucky (41,51). Nur diese beiden Reiter waren vor 9000 Zuschauern fehlerfrei geblieben. Dritter wurde der Österreicher Hugo Simon auf Gladstone (4/38,75), Vierter Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen) auf Deister.

Mit Wilster stieß Stefan Schewe, Student der Betriebswirtschaft, die Tür zum internationalen Turniersport auf. Das Pferd gehörte mal dem Herforder Wolfgang Brinkmann, der die Meinung vertreten hatte, für die ganz große Klasse fehle dem Wallach ein Quentchen Können. Brinkmann soll dem Vernehmen nach beim Verkauf dennoch ein schönes Geschäft gemacht haben. Man spricht von einem Verkaufspreis zwischen 250 000 und 400 000 Mark, hingelegt von Kurt Schewe, einem Wäschefabrikanten.

Bei Kurt Schewe verdiente sich der Sohn die ersten Sporen, Karl Bolten aus Enzen half ihm weiter, Schliff und höhere Weihen erhielt er während der Bundeswehrzeit durch Bundestrainer Lutz Merkel in Warendorf. Ab und zu war auch Hans Günter Winkler angereist, um Stefan Schewe über die Sprünge zu helfen.

Der feinnervige Wilster deutete in Dortmund bereits im Großen Preis der Bundesrepublik Deutschland am Freitag seine Möglichkeiten an, als er Stefan Schewe auf den sechsten Platz trug. Der Weltcup wurde jetzt für ihn zu einem echten Glücksfall, aber auch für Bundestrainer Hermann Schridde, der für die Weltcup-Veranstaltung in Berlin im November 1984 den Schewe-Start diplomatisch, aber dennoch mit Kraft durchgedrückt hatte. Berlin endete für ihn und Wilster mit einem Sturz am Oxer.

MOTORSPORT

Beifall für Walter Röhrl

sid, Estoril

Für 8000 Zuschauer im Autodrom von Estoril, dem Ziel der Rallye Portugal, hieß der wahre Gewinner Walter Röhrl. Während die finnischen Sieger Timo Salonen/Seppo Harjanne (Peugeot 205 Turbo) am Ende des dritten Weltmeisterschaftslaufes ausgepfiffen wurden, empfing das Publikum Röhrl mit „Walter, Walter"-Rufen. Dabei hatte er nach viel Pech nur den dritten Platz belegt, geschlagen noch von den zweitplazierten Italienern Biasion/Siviero auf Lancia.

Der dritte Peugeot-Sieg 1985 war erst nach mehreren Reifenschäden und einem Getriebewechsel am Quattro Röhrls zustande gekommen. Röhrl: „Da hast du die Rallye drei Tage lang bestimmt, und dann erwischt's dich am letzten Tag." Audi-Sportchef Roland Gumpert sah nach den ersten beiden Niederlagen, die einer technischen Überlegenheit der Peugeot zugeschrieben wurden, einen Aufwärtstrend: „Wir waren hier die Schnellsten und hätten eigentlich gewinnen müssen."

Pankraz, die Dichter und der Kritiker R.-R.

Die „Neue Zürcher Zeitung" ist auch nicht mehr das, was sie einmal war, gibt sie doch jetzt ihre Spalten zur Fuchsjagd mit der Meute her. Redaktor Meyer hat ein ganzes Rudel Schreiber aus Deutschland engagiert, um über den deutschen Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" herzufallen, wobei er, Meyer, sich keineswegs mit der Rolle des bloßen Moderators begnügt, sondern selbst am kräftigsten Halali bläst. Grund des üppigen Auftriebs: Reich-Ranickis publizierte Ansichten über die Schriftsteller Peter Handke und Botho Strauß, die nicht dem entsprechen, was Meyer gerne lesen würde.

Das Ganze macht einen miserablen Eindruck, so daß man spontan Reich-Ranicki beispringen möchte. Dieser ist nun freilich nichts weniger als ein einsames, zu Tode gehetztes Edelwild. Er hat selbst einen schönen Schießstand in Deutschland, er hat beste Verbindungen zu einflußreichen Verlagen wie DVA und Suhrkamp, die er auch weidlich ausnutzt, um ihm genehme Autoren zu promovieren, er sitzt in zahllosen Gremien und Preisrichter-Kollegien – ein Figaro, ein Genscher des Kulturbetriebs, dessen Duftmarken von vielen Ekken ihr penetrantes „Ich bin schon da!" abstrahlen.

Schon seit geraumer Zeit formiert sich Unmut gegen die eitle Omnipräsenz dieses Großkritikers, zumal seine Arbeiten immer lebloser und schematischer werden. Liest man mehrere Rezensionen, Nachrufe oder Geburtstags-Aufsätze Reich-Ranickis hintereinander weg, so stößt man auf Absätze und Passagen, die völlig identisch in dem einen wie in dem anderen Artikel erscheinen, auch wenn die Artikel um Jahre voneinander getrennt sind und auf völlig verschiedene Zeitsituationen reagieren. Ihr Autor gebietet offensichtlich über einen gigantischen Zettelkasten voller vorgeprägter Urteile, die zu gegebenem Anlaß lediglich neu gemischt werden.

Während er also ohne weiteres davon ausgeht, daß die Literatur sich entwickeln müsse und von der Zeit geformt werde, läßt Reich-Ranicki ähnliches für die Kritik nicht gelten. Deren Kriterien stehen ein für allemal fest, sie brauchen nur vom Ideenhimmel (oder eben aus dem Zettelkasten) abgerufen zu werden. Die Aufgabe des Kritikers besteht nach diesem Verständnis darin, die kritischen „Maßstäbe" zu einem immer gleichen Streckbett zusammenzustecken, auf dem man dann die literarische Neuerscheinung ausmißt. Paßt sie nicht, so wird sie zwar nicht gleich à la Prokrustes zurechtgehackt oder zurechtgezerrt, sie wird aber als „nicht geheilt" wieder weggeschickt, mit dem Bedeuten, sich eventuell später noch einmal zu melden.

Obwohl Reich-Ranicki oft und gern versichert, wie sehr er die Literatur liebe und verehre, ist sein Verhältnis zu ihr dennoch nicht das eines Liebhabers, sondern das eines Dentisten. Er fühlt ihr auf den Zahn, er geht ihr an die Wurzel, er tötet ihr den Nerv. Und genau das macht die Poeten im Lande allmählich nervös, nicht nur die von Reich-Ranicki schon einmal kritisierten und „behandelten". Sie spüren, daß sie hier einem strohtrockenen Medicus in die Hände gefallen sind, dessen Ansichten alle aus dem Doktorbuch stammen, der keine Ausnahmen zuläßt und der das Wesen der Poesie deshalb total verfehlt.

Natürlich kann niemand Reich-Ranickis Meinung über die Bücher von Handke oder Botho Strauß verbieten, und natürlich gibt es in diesen Büchern Mängel, die gerade Reich-Ranicki mit dem Spürsinn des gänzlich Fremdgebliebenen besonders genau benennt. Aber in seiner unverhohlenen Abneigung gegen die Verletzung der epischen Form bei Handke und Strauß, gegen ihre Jean-Paulschen Ungereimtheiten und poetischen Intermezzi artikuliert sich unverkennbar auch Abneigung gegen die Poesie überhaupt. Das merken die Poeten, und da hilft es wenig, wenn der von Zürich her so uncharmant attackierte Kritiker in einer etwas weinerlichen Entgegnung darauf hinweist, daß bei ihm doch auch solche Antiklassiker wie Franz Kafka und Thomas Bernhard gut wegkämen.

Unfehlbarer Indikator seiner poetischen Inkompetenz ist sein Verhältnis zur Lyrik, wo ja auch Kritiker beinahe ohne theoretisches Netz operieren müssen, wo Geschmacksurteile eindeutig dominieren und es bei Gedichtrezensionen vor allem darauf ankommt, seinen guten Geschmack zur Geltung zu bringen. Reich-Ranicki hält sich bezeichnenderweise für einen besonders guten Fachmann in Sachen Lyrik; er sponsert „Lyrikfestivals" und macht „Entdeckungen", die er dann zur Buchmesse in seinem Blatt ganzseitig herausstellt. Sein lyrischer Geschmack aber ist – um es mit einem Wort zu sagen – grauenvoll.

Ulla Hahn und Peter Maiwald heißen die Sterne in diesem merkwürdigen lyrischen Planetarium. Der kokett-zickige Geist eines oblatenbefrachteten Poesiealbums weht einen daraus an, beziehungsweise der schwankende Weingeist der Bierzeitung von einem proletarisch-progressiven Betriebsfest, wo es vor allem darauf ankommt, daß sich eine Sache schön reimt, wenn sie schon nicht dichtet. Wie meinte letzte Woche der übereifrige Züri-Meyer? „Ein Roman, der sich gleichsam von selbst erzählt", sei Reich-Ranickis Romanideal. Das mag ungerecht gewesen sein, aber feststeht für Pankraz, daß des Frankfurters Lyrikideal ein Gedicht ist, das sich gleichsam von selber dichtet, in dem die billigen Reime wie geschmiert ineinander rollen, während sich jegliche Seelenregung alsbald zu einem g'schamigen Hoppsassa-Trallala verflüchtigt.

Es ist gewiß ein Armutszeugnis für eine Kultur, wenn in ihr ein Kritiker, der mit Ulla Hahn und Peter Maiwald im Wappen gegen Handke und Strauß zu Felde zieht, zum Literaturpapst aufsteigen kann. Aber die Schuld trifft nicht den betreffenden Kritiker allein. Auch Päpste müssen schließlich gewählt werden.

Pankraz

Zwei Lyriker, zwei sehr sanfte Welten: Hans Peter Keller und Karl Krolow werden siebzig Jahre alt

Wem Singvögel unterm Hute nisten

Auf die Frage, warum er Gedichte schreibe, antwortete Hans Peter Keller mit der Gegenfrage: „Warum holen Sie Atem?". Ja, warum holen wir eigentlich Atem? Wir könnten es auch bleiben lassen. Aber es würde uns schnell etwas fehlen, wir selbst würden uns fehlen. Also holen wir Tag und Nacht tief Luft. Ganz so wie andere Gedichte schreiben.

Hans Peter Keller gehört zu dieser Spezies von Dichtern. Er schreibt Lyrik, um am Leben zu bleiben. Das wird nicht jeder verstehen. Erstens war mit Lyrik noch nie das große Geschäft zu machen (oder auch nur der kleine Lebensunterhalt zu verdienen). Das meint Keller übrigens auch gar nicht. Und zweitens: Wenn die Luft dünner wird, nutzt es nichts, wenn ich mir Verse in die Lungen pumpe. Aber auch das meint Keller nicht.

Gedichte sind der „ausgesprochene Atem". Das meint Keller. Und er hat genau hingehört: „Wer schläft, atmet bekanntlich anders als einer, der wach ist, einer im Sessel anders als jemand, der schuftet, der Zwanzigjährige anders als der mit Achtzig, die Munterkeit anders als die Brust voll Kummer, Askese anders als Fettsucht, ein Schwips anders, ein Schock anders, Spiel und Sport und Rekord anders, aber auch der Bronchialkatarrh gehört hierher, der Husten, das Gelächter mit seinen Explosionen, die introvertierten Synkopen des Kicherns." Das ist das menschliche Leben. Nur schlechte Gedichte sind gedachte Sprache. Die guten Gedichte brauchen Atem, haben Atem, sie sind Atem. Der muß zu hören sein, man darf ihn auch sehen können.

Hans Peter Keller, der heute vor 70 Jahren in der Nähe von Neuss geboren wurde, hat ein Leben lang Gedichte geschrieben. Das tut keiner freiwillig. Aber Moralisten können nicht ausruhen. H. P. Keller ist kein Moralist der kommandierenden Sorte. Beschwören ist seine Sache auch nicht. Er hält erst einmal fest, was ist, und die Abweichungen davon. Drei Zeilen aus einem Gedicht von 1961: „Es scheint, Gefühl wird / heut anders getragen und nicht / auf der Hand: eher in der Tasche."

Keller hält nichts von Tricks. Obwohl er eine Spielernatur ist und gewissermaßen den letzten Rest an Dada-Seligkeit verschluckt hat. Nach seinen naturmagischen Anfängen – sein erster Gedichtband, „Die schmale Furt", erschien 1938 – hielt er es später mit Kästners sanftem Spott und dessen bitterer Eleganz. Auch Kafka mischte sich ein. Keller ist einer, der die Wirklichkeit abfragt, die Merkmale der Zeit einsammelt und sie als Merk-Male an die Wand pinnt.



Die Dinge verrätseln, die Welt überrumpeln: Karl Krolow (links) und Hans Peter Keller FOTOS: KARIN VOIGT/DIE WELT

Das ist ein ebenso lustiges wie heikles Geschäft. Man könnte darüber verzweifeln, wenn es nicht immer wieder einen überraschenden Eigensinn gäbe: „so viel / Ecken in der Welt jede / ein Treffpunkt".

Seit 1958 sind acht Bände im Limes Verlag erschienen. Sie sind alle noch lieferbar. Der letzte, ein umfangreicher Auswahlband („Extrakt um 18 Uhr"), kam 1975 heraus. Seitdem kennen nur noch wenige Hans Peter Keller, zu ihrem eigenen Schaden. Seine boshaften Züngeleien und sein zwielichtiger Humor lesen sich heute noch so frisch wie ehedem. Ein Luftikus und Levitikus vom Schlage eines H. P. Keller darf nicht so einfach verbummelt werden. Freilich würden auch wir es uns wünschen, wenn er sein langes Schweigen bräche und aus seinem stillen, niederrheinischen Domizil neue, vertrackte Botschaften, gebündelt, in die Welt schickte.

Der zweite, der heute 70 Jahre alt wird, ist der in Hannover geborene und in Darmstadt lebende Karl Krolow. Auch er, wie Keller, ein Lyriker. Auch er dem Zwang ausgesetzt, ein Dichterleben führen zu müssen: mit dem Wort sich zu vergewissern, daß man noch vorkommt. Die Bände, die seit 1943 erschienen sind, sind nur mühsam zu zählen. Krolow ist von einer rasanten Produktivität. Es scheint, als habe das Tempo in den letzten Jahren noch zugenommen.

Nicht nur das Tempo, auch das Wagnis. Er ließ sich auf fremde Terrains ein. Er debütierte als Erzähler, 1979.

Schon der Titel – „Das andere Leben" – las sich für Krolow-Fans wie ein Vabanque-Spiel. Der Einsatz aber hat sich gelohnt. Die Begegnung zwischen einem älteren Schriftsteller und einer Studentin hätte sich zu einer Gefühlsanstrengung verkrampfen können. Statt dessen gibt uns Krolow auf dezente Weise ein Identitätsrätsel auf. Ein solches hat er sich nun, sechs Jahre später, selbst aufgegeben und selbst beantwortet. Die soeben zu seinem Geburtstag erschienene Prosaschrift „Nacht-Leben oder Geschonte Kindheit" ist ein Gang durch die Nacht der Träume, Erscheinungen und Erinnerungen, zurück in die Jungenzeit und wieder kehrt bis zum Alter. Es ist eine Reise der Wahrnehmungen und Einwirkungen, der Berührungen bis zur Tätlichkeit.

Krolow ist mit diesem scheinbar privaten Rückzug ein bewahrenswertes Stück Literatur gelungen: der unaufdringliche Lebensbericht einer unauffälligen Person, die ihre Zeit – es ist immer auch unsere Zeit – noch einmal, Ordnung suchend, durchmißt. Dies in einer Sprache, die die Schatten früher Bilder zärtlich und unnachsichtig zugleich beleuchtet.

In der Sprache des Lyrikers, möchte man sagen. Denn Karl Krolow ist natürlich von Haus aus, von Wesen und Temperament her, Lyriker. Seit einem halben Jahrhundert schreibt er Gedichte. Das erste wurde 1940 veröffentlicht. Der erste Versband erschien 1943. Ähnlich wie Keller begann Krolow als lyrischer Landschafter. Lehmann, Loerke und Langgässer hießen die grünen Götter der Naturmagie. „Ich wüchse selig über alles Dunkel / Und wäre Blume, Baum und Vogellaut". So buchstabierte man damals, im Krieg – wie benommen, aber auch wie zur Abwehr –, den Zauberbann der lyrischen Zeichen.

Der Bann löst sich in der Nachkriegszeit. Eine „fortschreitende Aufhellung" (Krolow über Krolow) wird sichtbar, geradezu eine „intellektuelle Heiterkeit", Folge des Studiums französischer Surrealisten und spanischer Lyriker. Die Welt soll nicht mehr raunend verrätselt werden. Sie soll vielmehr angefaßt, wo nötig auch überrumpelt werden können.

„Der Lyriker", schrieb Krolow 1955, „sollte sich von Zeit zu Zeit als ein Mann fühlen, der Singvögel unter seinem Hut hält und sie dann im rechten Augenblick in einen eingebildeten Äther entweichen läßt, als ein heiterer Zauberer, dem eine ganze Welt der Imagination zur Verfügung steht, wenn er nur will." Wenn er nur will. Die Poesie als fröhlicher Handstreich. Der Lyriker als ironischer Kommentator.

Was aber, wenn sich der Kommentar, gleichsam von außen her, aufdrängt? „Mit offenen Armen / stürzt die Zeit / in die Geschichten / duftender Vegetation", heißt es 1964. Und 1970: „Die Bilder lösen sich auf / als Erklärungen. / Das Haus, in dem ich lebe, / wird kälter. / Ich gebe es auf, / die Jahreszeit zu beschreiben." Und 1982 gar: „Der von Schwalben genähte Himmel / hat nie gestimmt". Ist das nur so dahingesprochen, der saloppe Dispens von der Syntax der Ästhetik? Oder sind das Bekenntnisse fortschreitender Mutlosigkeit?

Den Mut zu verlieren ist Krolows Sache nicht. Eher sollte man von zunehmender Hellsichtigkeit sprechen, die freilich dunkel eingefärbt. „Das Unmögliche / gibt es nicht mehr, / nur noch leere Stühle", heißt es in einem der allerneuesten Gedichte des zum Geburtstag erschienenen dritten Bandes der gesammelten Lyrik.

Die Singvögel unterm Hut, sie waren wohl doch nur ein Mißverständnis. Waren sie's? Wer Mutwillen besitzt und auf das Mögliche setzt, für den sind sie's nicht.

WOLFGANG MINATY

Auswahlbände:
Hans Peter Keller: Extrakt um 18 Uhr, ausgewählt von Marguerite Schlüter. Limes Verlag, Wiesbaden. 208 S., 18 Mark.
Karl Krolow: Gesammelte Gedichte. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 3 Bände in Kassette, 845 S., 88 Mark.

Vielerlei Anrüchiges: Roland Topor in München

Feydau muß schnell mal

Roland Topor, vor 47 Jahren als Sohn polnischer Eltern in Paris geboren und dort zu Hause, wohnt derzeit in einer kleinen Absteige unterm Dach des mittelalterlichen Ignaz-Günther-Hauses am Münchner St.-Jakobs-Platz: über der Verwaltung des Stadtmuseums, das ihm eine umfangreiche Retrospektive auf seine graphischen Künste einrichtete. Topor selbst inszenierte soeben für die Werkraum-Bühne der Münchner Kammerspiele eine rund zehn Jahre alte Farce eigener Produktion in deutscher Erstaufführung: „Leonardo hat's gewußt", deutsch vom Filmemacher Peter Fleischmann, dem Freund mit Sitz in Paris.

Seinem quirlig rundlichen Pariser Kumpan bei der Münchner Regie geholfen zu haben dementiert Fleischmann nachdrücklich. Für die sprachliche Assistenz bei der Probenarbeit sorgte ein Freund aus Brüssel (Henri Xhonneux). Die Hauptdarstellerin Sunnyi Melles braucht die Vermittlung freilich nicht, sie spricht ein feines Französisch.

In Topors Werkraum-Schwank spielt sie ein Kinder- und Küchenmädchen. Um den von ihr geliebten properen Schützling Robert (Hans Fleischmann, kein Sohn des Freundes) vom argen Vorwurf zu entlasten, auf den abendlichen Eßtisch einen unter Blumen verborgen gewesenen strammen stinkenden Haufen gesetzt zu haben, übernimmt sie selber die Urheberschaft an diesem Corpus delicti. Hausherr Alain (Helmut Stange) und dessen sittenpolizeilicher Kollege Guy (Jörg Hube) unterziehen das stattliche Exkrement einer näheren Untersuchung und betreiben die peinliche Ausforschung aller Verdächtigen, zu denen sie letztlich und handgreiflich selber gehören, wie selbstredend die Hausfrau Colette (Jennifer Minetti).

Doch es werden schließlich insgesamt 22 Haufen, die vom Nachttisch bis zum Badezimmer jedweden Winkel in Anspruch nehmen und zur weiteren Überprüfung in den Kühlschrank geraten. Der an der Innenseite der Klotür plakatierten Mona Lisa huldigt der verstopfte Hausherr Alain wie einer Heiligen, die nicht muß und daher rein bleibt. Die Adoration mündet, als sich nacheinander alle, die können, zu ihren Haufen bekannt haben, in Alains grimmigen Fluch vor seiner sauberen Hausheiligen. Er erschießt alle fünf blindwütig und rohlings. Das Glockenzeichen an der Haustür bezeichnet den rapiden Schluß: der Klempner kommt, um den Durchfluß im Klo wieder herzustellen.

Was unterscheidet dieses „Lustspiel", abgesehen von seiner stinkenden Thematik, von Topors Vorbild Feydeau? Zuvörderst die Diskretion – denn verwechselt wird in Topors verbaler Direktheit fast gar nichts. Und das rasche Gerenne treppauftreppab, das zu Feydeau gehört wie das Türenschlagen, ereignet sich bei Topor erst im Verlaufe des Schlußbeifalls, wenn alle sechse, und bei der Premiere auch der Autor, mal hin, mal dort heraus- und wieder hereinkommen.

Ein gehöriges Anliegen hat der Autor in seinem anrüchigem Spaße: Beklagend, daß bereits Eltern bei ihren Kindern das Prinzip des Exkrementes verdrängen, möchte er dieser hochwichtigen Lebensäußerung zu ihrem naturgemäß angestammten Rechte verhelfen. Seine kurzatmige Farce von den dringenden Bedürfnissen wird flott abgespult, verzichtet ungern auf bewährte Klamotteneffekte und steigert sich zwischendurch zu einigen abgenutzten Sätzen des Spottes, die jedoch insgesamt kein kontinuierliches Feuerwerk ergeben.

Die anspruchsarme Abendunterhaltung bestätigt, was auch dem Ausstellungsbesucher vorexerziert wird: Topor, der fleißige und einfallsreiche Humorist, hat seine Maschen und Methoden als ein betulicher Clown, der das Absonderliche und Widersinnige simpel und augenfällig zu machen versteht. Eine Anwendung fremder Obsessionen und Triebe, ein Ausstülpen und Verdehnen libidinöser Leitmotive, ein illustratives Travestieren von Märchen und Mythen.

Neuerdings gehören auch per Sprühdose erzeugte Großformate dazu, und das Stadtmuseum zeigt Filme, an denen Topor als Darsteller, Trickzeichner und Autor mitwirkte. Es produzierte ein reich bebildertes und mit vielerlei Reflexionen versehenes Katalogbuch. Die Ausstellung wandert weiter nach Hannover, Darmstadt und ins Salzburger Rupertinum. Topors Manie setzt fort, was es zumindest seit den Bilderbögen und phantastischen Illustrationen des 19. Jahrhunderts gibt: komisch-satirische Umbildungen, Verzerrungen und mancherlei makabren Schnickschnack. (Bis 5.5., Kat. 36 Mark)

REINHARD MÜLLER-MEHLIS

Saarbrücken: „Tannhäuser" unter G. del Monaco

Mit Leier und Schwert

Der große Mario del Monaco wollte immer auch zur ersten Garnitur der Wagner-Heroen aufsteigen. Leider kam er über den Sigmund nicht hinaus. Sohn Gian-Carlo stellte sich nun in Saarbrücken mit dem „Tannhäuser" zum ersten Mal einem Wagner-Test und bestand ihn auf seine Weise. Es soll weitergehen: Den ganzen Wagner will er in den kommenden zehn Jahren inszenieren.

Sicherlich hat Gian-Carlo del Monaco keinen Augenblick daran gedacht, den „Tannhäuser" und die Welt der Minnesänger historisch genau auf Abstand zu bringen, mit dem Verständnis einer um viele Jahrhunderte klüger und skeptischer gewordenen Zeit. Dieser „Tannhäuser" pocht, rasant und ungestüm, auf Aktualität, auch wenn er nicht heute und jetzt, sondern im bürgerlichen 19. Jahrhundert spielt. Schon Michael Scotts Szenenbilder, eigentümlich kalt und atmosphärelos, antizipieren eine innerlich hohle Fassadengesellschaft. Im total entvölkerten Venusberg wird keine jugendgefährdende Erotik vorgeführt; Tannhäuser erlebt ihn eh nur als Traum vom narkotischen Genießen. Als er sich zum reumütigen Aufschrei „Mein Heil liegt in Maria" ermannt, bleibt Dame Venus in Rampennähe liegen, um dann, noch rechtzeitig vor dem Einzug der Gäste auf der Wartburg, als Elisabeth ihre Auferstehung zu feiern.

Schwarz gewandete Ordnungshüter bestimmen das Bild in der ungastlichen Sängerhalle. Wie ein erratischer Block rücken sie heran, halb Biedermänner, halb teutonische Raufbolde, und scharen sich um ihren Landesfürsten (Karl Ridderbusch zeigte sich wieder auf dem Wege zur Stimmpracht früherer Tage), der in schimmernder Wehr die Wettbewerbsbedingungen verkündet. Mit einer Leier und vier Schwertern wird dann der Streit der Liedermacher ausgefochten; er reißt sich nie vom musikalischen Geschehen los, ist preußisch-akkurat reglementiert und so atemberaubend spannend, wie man ihn kaum je zuvor gesehen hat.

Und am Ende, wenn Tannhäuser seinen Rom-Bericht hinter sich gebracht hat und dem letzten Liebeswerben der Venus doch kein Erfolg mehr beschieden ist, verwandelt sich diese wieder in die hl. Elisabeth zurück, um für den sterbenden Sünder das Heil zu erflehen. Die hypokritische Wartburg-Gesellschaft, die lieber auf Tannhäusers Pfaden gewandelt wäre und dem lebenden stets die Rückkehr verweigert hat, inszeniert für den toten eine schaurige Apotheose mit Fackelzug. Tatsächlich gelingt es del Monaco, Leidensgestalten aus längst vergangenen Tagen so glaubhaft zu vergegenwärtigen, als seien sie Menschen von heute.

Dirigent Matthias Kuntzsch hatte die Dresdner Fassung gewählt und dabei einige lohnende Striche aufgemacht. Jedes romantisierende Pathos von sich weisend, drängt er auf einen „Tannhäuser" der scharf markierten Gegensätze. Die Titelpartie sang James McCray: nicht frei von Intonationsschwankungen, doch mit exemplarischem Durchstehvermögen und der Fähigkeit zur grammatischen Steigerung. Sylvia Anderson brachte das Kunststück fertig, die Figuren der Venus und Elisabeth gleichermaßen interessant erscheinen zu lassen. Otto Daubner war ein beherrschter, wohltuend unsentimental singender Wolfram. Auch die übrigen Minnesänger intonierten ohne Fehl, und vor allem die Replike des Biterolf – Jürgen Vollmer – kam so reaktionär und provozierend, wie sie gemeint ist.

HEINZ LUDWIG

KULTURNOTIZEN

Milos Forman wurde vom Verband der amerikanischen Regisseure für seinen Film „Amadeus" mit dem Preis des besten Regisseurs des Jahres 1984 ausgezeichnet.

Das 5. Internationale Gitarren-Festival findet bis zum 17. März in Lüttich und Umgebung statt.

„Welt der Malerei" heißt eine Verkaufsausstellung in der saarländischen Kreisstadt Merzig, in der bis zum 28. 4. mehr als 100 Maler ihre Bilder präsentieren.

Eine Retrospektive von Edouard Pignon hat das Pariser Grand Palais zusammengestellt.

Victor W. von Hagen, aus preußischer Familie stammender, amerikanischer Schriftsteller, Naturforscher und Ethnograph, ist im Alter von 77 Jahren in Montegonzi/Toskana gestorben.

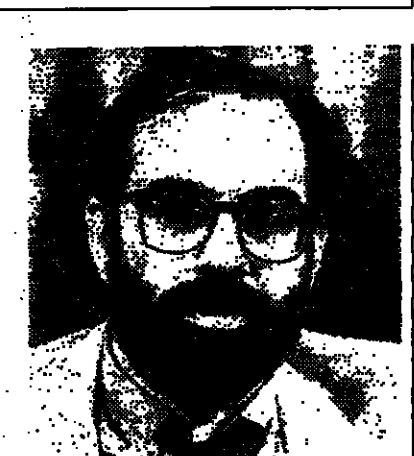
Coppola in Deutschland

Nicht auf Gangster festgelegt

Francis Ford Coppola auf Deutschland-Besuch. Er kommt ein bißchen zu spät, um seinen neuen Film „Cotton Club", jene brillante Verbeugung vor den großen Harlem-Nachtklubs der 20er und frühen 30er Jahre, noch selbst vorstellen zu können. Der Film läuft seit drei Wochen glänzend. Die Coppola-Fans jubeln. Die Fotografen, die den Maestro in der Halle des Kölner Intercontinental Hotels umdrängeln, hofieren ihn mächtig. Und Coppola strahlt. Er ist erst 45 – und schon fast eine Legende.

Er ist leicht untersetzt, witzig und quicklebendig. Er trägt ein verknittertes, beiges Leinenjackett über dem hellblauen Hemd, dazu eine Krawatte in grünrosa Pastellfarben. Ein kühler Blick hinter dicker, brauner Hornbrille. Mit seinem dunklen Haarschopf und dem vollen Kräuselbart sieht er wie ein Italiener aus. Irgend jemand behauptet, er ähnele einem Mafioso aus einem seiner Filme.

Man fragt ihn natürlich nach seinen Zukunftsplänen. Doch gerade darüber will Coppola nicht sprechen. Nur soviel: daß er einen neuen Roman von William Kennedy, der ihm das Drehbuch zum „Cotton Club" schrieb, verfilmen werde. Welcher seiner bislang 14 Filme für ihn der wichtigste sei, möchte man weiter wissen. Da nennt Coppola, zum allgemeinen Erstaunen, ausgerechnet seine größten Flops, die Teenagerfilme „Einer mit Herz" und „Rumblefish". Dann das Vietnam-Epos „Apocalypse Now", das für ihn und seine Zoetrope



Der Filmregisseur Francis Ford Coppola FOTO: P. HAMON/STUDIO X

Studios zum finanziellen Desaster wurde.

Und wo bleibt der „Pate"? Das sei für ihn, so Coppola, nur ein „Job" gewesen, man müsse halt arbeiten. Und außerdem gebühre der Ruhm allein Mario Puzo, dessen Roman die Vorlage zum Film gewesen sei. Im übrigen sei er, Coppola, persönlich weder an Gangstergeschichten noch am Mafiamilieu interessiert. Er sagt das mit Vehemenz. Und er redet sich seinen Ärger darüber von der Seele, daß alle Welt, vor allem seine Produzenten, ihn auf Gangster festlegten.

Er interessiere sich für alle technischen Neuerungen im Medienbereich, sagt Coppola, und er träume von dem elektronischen Film der Zukunft, der gewiß jede Menge neuer Möglichkeiten bringen werde. Und er möchte – endlich einmal – einen Film über eine Frau drehen, mit einem großen Star im Mittelpunkt, am liebsten mit Hanna Schygulla. Niemand weiß, ob das nun tatsächlich sein Wunsch ist oder nur eine kleine Reverenz an sein deutsches Publikum.

DORIS BLUM

JOURNAL

Risiken und Chancen der Gen-Technologie

dpa, **Stuttgart**

Die Risiken der Gen-Technologie, also der Neukombination von Erbmaterial, können nach Überzeugung von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber ausgeräumt werden. Im Süddeutschen Rundfunk, Stuttgart, appellierte der Minister an die Selbstverantwortung der Wissenschaftler. Die ungeheuren Möglichkeiten der Gen-Technologie zur Schaffung neuer Lebewesen mit neuen Eigenschaften könnten bedrohlich sein, räumte der Minister ein. Gleichzeitig würden jedoch auch Möglichkeiten eröffnet, den Krebs und selbst Viren erfolgreich zu bekämpfen, gegen die der Mensch – etwa bei Schnupfen oder Erbkrankheiten – bisher fast wehrlos sei.

Sowjetischer Einspruch von Island abgelehnt

AP, **Reykjavik**

Island hat ein sowjetisches Verlangen abgelehnt, auf die Aufführung von sechs Filmen des Regisseurs Andrej Tarkowski zu verzichten. Tarkowski hatte im Juli vorigen Jahres in Mailand mitgeteilt, daß er nicht in die Sowjetunion zurückkehren werde. Der isländische Außenminister hatte den Veranstaltern der Filmwoche in Reykjavik empfohlen, die sowjetische Forderung zu ignorieren. Von sowjetischer Seite ist mit einer Klage gedroht worden, da die Urheberrechte für die Filme Tarkowskis in Moskau lägen. Der Organisator der Filmwoche, Jon Ottar Ragnarsson, vertrat die Ansicht, daß der sowjetische Einspruch politisch motiviert sei und man dem abtrünnigen Tarkowski das Leben schwermachen wolle.

Auswanderermuseum in Bremerhaven geplant

dpa, **Bremerhaven**

Ein „Deutsches Auswanderermuseum" soll in einem unter Denkmalschutz stehenden alten Kraftwerk in Bremerhaven entstehen. Nach Vorstellungen der Initiatoren, Siegfried Stölting vom Deutschen Schiffahrtsmuseum und Jürgen Rudloff, wird ein Förderverein den Plan organisatorisch und finanziell verwirklichen. Es soll auch eine zentrale Dokumentationsstelle über die Emigration geschaffen sowie Auswandererforschung betrieben werden. Die Umsetzung des Plans wird acht bis zehn Jahre in Anspruch nehmen. Die Idee, in Bremerhaven ein Auswanderermuseum einzurichten, ist naheliegend: Bremerhaven war einst der größte Auswandererhafen Europas.

Rund 1000 Verlage auf der Leipziger Buchmesse

dpa, **Leipzig**

Die Internationale Leipziger Buchmesse ist gestern im Alten Rathaus der Messestadt eröffnet worden. Etwa 1000 Verlage und Großhandelsfirmen aus 24 Ländern nehmen daran teil. Die „DDR"-Verlage stellen ihr gesamtes Jahresprogramm mit 6400 Titeln vor. Zu den Schwerpunkten gehören Neuerscheinungen zum 40. Jahrestag des Kriegsendes. Mit mehreren Publikationen wird der Leipziger Reclam-Verlag den 70. Geburtstag Stephan Hermlins berücksichtigen. Dazu zählt eine zweibändige Bibliographie, in die auch Texte über Hermlin aufgenommen werden, u. a. von Hans Mayer, der einst an der Leipziger Universität gelehrt hatte.

Ausweichquartier für Londoner Tate Gallery

SAD, **Liverpool**

Die Londoner Tate Gallery, nach der National Gallery Englands bedeutendste Gemäldesammlung, wird im Zuge der Sanierung des Hafen- und Slumviertels von Liverpool einen „Ableger" bekommen. Er soll den Namen „Tate in the North" erhalten. Umweltminister Patrick Jenkin kündigte dieses Großprojekt einer Verlagerung von Kunstschätzen aus der Hauptstadt in die Provinz an, das über 34 Millionen Mark verschlingen wird. Der Bau des neuen Museums wird die Ausstellungsfläche um 1700 Quadratmeter erweitern. In Liverpool will sich die Tate auf die moderne Malerei der letzten 40 Jahre konzentrieren.

Fritz Meinhard 75

Fast vierzig Jahre lang hat er für die „Stuttgarter Zeitung" Karikaturen gezeichnet. Auffällig war dabei, mit welcher Genauigkeit er die Politiker ins Bild setzte – was sich nicht nur auf die frappante Porträtähnlichkeit bezog. Aber wie so viele Karikaturisten hat Fritz Meinhard, der heute 75 Jahre alt wird, auch eine heimliche Liebe zur Malerei. Das stellt sich bei der Ausstellung in den Räumen von „Kultur unterm Turm" in Stuttgart heraus, die heute eröffnet wird. Es sind mehr als zweieinhalbhundert Arbeiten von der Kugelschreiberzeichnung bis zum Ölgemälde, die gemeinsam haben, daß sie von allem Karikaturistischen frei sind. Der Katalog zur Ausstellung kostet 20 Mark. DW.

Messe der Avantgarde – Die „Igedo" in Düsseldorf präsentiert die Mode der Herbst- und Wintersaison 1985/86 – Aussteller aus 26 Ländern



Weibliche Linien: Samtröcke mit Falteneinsätzen, kombiniert mit Wollblazer und Seidenweste, von Caren Pfleger (ganz links und Mitte links); glitzernde und matte Stoffe kontrastieren bei Edith Sonanini (Mitte und rechts)
FOTOS: WOLFGANG VON BRAUCHITSCH

Das neue deutsche Selbstbewußtsein

Von GABRIELE HERLYN

Der Durchbruch ist geschafft. Erstmals zeigen 13 deutsche Top-Stylisten und Hersteller von Designer-Kollektionen der internationalen Konkurrenz welche geballte Kreativität in Deutschland steckt. Und obwohl an diesem Wochenende parallel zur Düsseldorfer Igedo in Mailand die Designer-Schauen laufen, gibt sich am Rhein ein Stelldichein, was zwischen Tokio und New York Rang und Namen im Modebusiness hat, druckt der US-Marktführer und Meinungsbildner „Womens' Wear Daily" erstmals eine sechzigseitige Sonderbeilage „Germany".

Professionell wie in Paris und Mailand liefen die Schauen der „Deutschen Designer Düsseldorf" im neuen Forum ab. Bis zu 300 000 Mark ist jedem diese internationale Vorstellung wert: Beatrice Hympendahl, Caren Pfleger, Lange, Edith Sonanini, Ricarda Lökcker, Uta Raasch, Petronella, Manfred Schneider, Reimer Claussen, Wolfgang Joop, Dietmar Sterling, Dietrich Seeler, Chamara.

Was mag der Mann fühlen, der jahrelang gegen die Vormachtstellung italienischer und französischer Schneider kämpfte, der versuchte, Vorurteile gegen deutsche Mode abzubauen, die Vorteile anderer durch Engagement – und Fortune – auszugleichen, und der jetzt den Erfolg sieht?

„Kein Grund, sich auszuruhen. Wir werden in Düsseldorf auch weiterhin Promotion für die nationale Mode machen", sagt Manfred Kronen, Chef der Internationalen Modemesse Igedo. Sie präsentiert bis Mittwoch die Herbst/Winter-Damenmode 1985/86 von 1841 Ausstellern aus 26 Ländern für 50 000 Einkäufer – der Welt größter Modemarkt.

„In Düsseldorf sehen wir die Zukunft für das Geschäft", attestiert der Münchner Heinrich Schuster-Böckler, Präsident der „I. M. A. G. E." (Internationale Modeagenturen Gesellschaft), die ihre überwiegend italienischen Topprodukte, aber auch den deutschen Senkrechtstarter Reimer Claussen – dessen Schau mit dem stärksten Beifall bedacht wurde – erstmals auf 1000 Quadratmeter gemeinsam präsentiert.

Daß Glanz und Glamour der Präsentation nur Zuckerguß des hart umkämpften Geschäftes ist (Caren Pfleger: „Unser Business ist knallhart") demonstriert das Beispiel Edith Sonanini. Nach einer Saison Pause wurde ihre Schau mit besonderer Spannung erwartet. Sie entlud sich in Applaus vor allem für ihre raffinierte sanftfarbige feminine Lederkollektion. „Jetzt können wir wohl das Jahr 1984 vergessen, sagt ihr Mann und Geschäftspartner Bernd Sonanini erleichtert.

Vergessen, daß vor einem Jahr der Bilderbuchkarriere der 35jährigen ein jähes Ende drohte. Nach Schneiderlehre in der Heimatstadt Oberhausen, Modeschule in München und Düsseldorf, 1972 mit 15 000 Mark Startkapital Sprung in die Selbständigkeit mit dem Level „La douce" für legere Lederblousons. Sechs Jahre später schon eine eigene Produktionsstätte in Kaevelar/Niederrhein mit mehr als hundert Mitarbeitern.

Und schon bald brachte Edith Sonaninis Technik, feinstes Leder wie Textil zu verarbeiten, internationalen Ruhm – und Aufträge. Der Umsatz kletterte 1983 auf 14 Millionen, Grund genug, diesen Erfolg mit dem Markenzeichen Sonanini zu unterstreichen. Ein finanzieller Kraftakt, der in ein Jahr der Stagnation fiel. Den Eklat aber brachte der Sommer 1984, als dem alleinigen Finanzpartner, der Volksbank das Risiko zu hoch erschien. Edith Sonanini verlor ihre Selbständigkeit.

Fritz K. Müller, Chef der Unternehmensgruppe Louis London, sicherte sich ihr Talent. Jetzt zeichnet sie verantwortlich für die auch zur London-Gruppe gehörende „Chiwitt"-Linie sowie für ihre Designer-Kollektion „Sonanini". Müller: „Die Exklusivität wird beibehalten." Mit einer großen Firmengruppe im Rücken kann die begabte Modemacherin ihrer Kreativität freien Lauf lassen.

Auch eine andere Top-Stylistin, Caren Pfleger, zeigt, daß schöpferische Kraft ohne die Last der Verantwortung für Administration und Produktion stärker wird. Die Kölner Designerin arbeitet heute wie Amani Versace oder Lagerfeld: Sie alle schlossen Verträge mit großen Produktionsfirmen ab. Caren Pfleger beendete zum Jahreswechsel ihre kostspielige Eigenverantwortlichkeit – die Jil Sander als eine der wenigen Deutschen noch hat. „Oktavia", Tochter des Otto-Versands (Umsatz: acht Milliarden Mark) übernahm die Lizenz für ihre Prêt-à-porter-Kollektion, was für die Ideenvielfalt Caren Pflegers keinerlei Einschränkung bedeutet, wie sie jetzt in Düsseldorf demonstrierte.

Für den Erfolg des ehemaligen Topmodels spricht auch, da sie am 30. März in Monte Carlo zum zweiten Male mit dem Internationalen Modepreis für Design (Fil d'or) ausgezeichnet wird. Eine Anerkennung, die 1984 Jil Sander und Wolfgang Joop erhielten. Auch diese Erfolge zeigen: Mit neuem Selbstbewußtsein können sich deutsche Designer auf die gleiche Stufe stellen wie internationale Konkurrenz.

Warschauer Nationaltheater ausgebrannt

AP, Warschau

Das historische Nationaltheater von Warschau ist am Samstag bei einem Brand weitgehend zerstört worden. Das Feuer brach gegen 13 Uhr während einer Probe in der Nähe der Bühne aus. Zwei Personen wurden mit Rauchvergiftung ins Krankenhaus gebracht. Die an der Probe beteiligten Schauspieler und Bühnenarbeiter konnten von der Feuerwehr in Sicherheit gebracht werden, ehe das ganze Innere des 1000 Zuschauer fassenden Schauspielhauses ein Raub der Flammen wurde. Die Feuerwehr konnte verhindern, daß das Feuer auch auf das benachbarte Große Theater übergriff. Das polnische Nationaltheater wurde 1765 gegründet. Es war später im rechten Flügel des Großen Theaters untergebracht, das zwischen 1825 und 1833 errichtet wurde. Ehe es bei der deutschen Invasion im Jahr 1939 niederbrannte, galt es als eines der schönsten Schauspielhäuser Europas. 1944 wurde es während des Warschauer Aufstands erneut zerstört. Die Aufbauarbeiten begannen 1949, doch erst 1965 war die Restauration des gesamten Theaterkomplexes vollendet.

Deutsche Lawinenopfer

AP, Sitten

Alle drei am Freitag in der Umgebung von Zermatt geborgenen Lawinenopfer sind deutsche Staatsangehörige. Ein 55jähriger Hamburger wurde unterhalb des Theodul-Gletschers bei einem Lawinenniedergang außerhalb der markierten Piste getötet. Ein 26jähriger aus Hannover und ein 25 Jahre alter Skitourist aus Hanau wurden am Freitag abend nach 24 Stunden Suche bei der Monterosa-Hütte tot aus den Schneemassen geborgen. Sie hatten ein einer Skitour ein Schneebrett losgetreten.

Neues Seveso-Verfahren

dpa, Mailand

Vor einem Gericht in Mailand beginnt heute das Berufungsverfahren wegen der Umweltkatastrophe von Seveso, bei der am 10. Juli 1976 nach einem Reaktordefekt in einer Chemiefirma eine Dioxin-Wolke knapp 2000 Hektar Land vergiftete und die dort lebenden Menschen zur Aussiedlung zwang. Fünf leitende Angestellte des Schweizer Konzerns Hoffmann La Roche waren in erster Instanz in Monza zu Haftstrafen bis zu fünf Jahren verurteilt worden.

Letzter Bauabschnitt

AFP, Aomori

20 Jahre nach Beginn der Bauarbeiten ist gestern der letzte Abschnitt des Saikan-Tunnels zwischen den japanischen Inseln Honshu und Hokkaido gesprengt worden. Das Bauvorhaben von 53,9 Kilometer Länge wird der längste Unterwassertunnel der Welt sein. Er wurde bereits vor dem Zweiten Weltkrieg geplant und wird insgesamt rund neun Milliarden Mark kosten. Der Bau des „Jahrhundertwerks" hat bisher 34 Menschenleben gekostet.

Unfall im Stahlwerk

dpa, Brüssel

Bei einem schweren Unfall in einem Stahlwerk nahe der belgischen Stadt Gent sind am Wochenende drei Arbeiter in der Nähe eines Hochofens erstickt. Zehn Menschen wurden mit Kohlenmonoxidvergiftungen ins Krankenhaus gebracht. Als Ursache des Unglücks wird vermutet, daß wegen einer Stromunterbrechung mehrere Sicherheitseinrichtungen gegen das Entweichen des giftigen Kohlenmonoxids ausgefallen waren.

Bevölkerung wächst

rtr, Peking

Chinas Bevölkerung ist 1984 um 11,09 Millionen gewachsen. Damit zählte das bevölkerungsreichste Land der Erde zum Jahreswechsel 1 036 040 000 Einwohner.

ZU GUTER LETZT

Über ein und dasselbe Ereignis, eine Brautsuche in Spanien, berichten Reuter und dpa: „Eheanbahnungsfiesta in Plan ein voller Erfolg" – „Mageres Ergebnis des Junggesellen-Festes".

LEUTE HEUTE

Rettung aus dem Eis

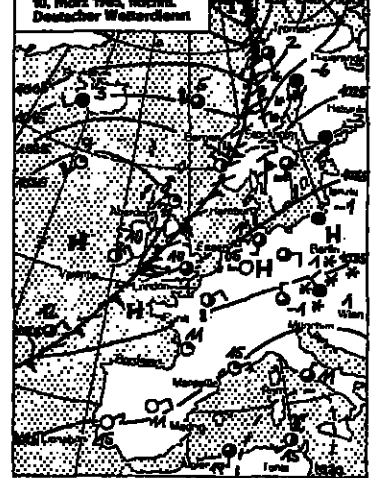
Fünf Tage lang mußte er mit gebrochenem Bein auf der Antarktis-Insel Brabant Island ausharren, bis er endlich aus dem Eis gerettet werden konnte. Der 36jährige britische Korvettenkapitän **Clive Waghorn** war während der Besteigung eines 3000 Meter hohen Bergs in eine Eisspalte gestürzt und mußte mit einem seiner Kameraden in einem Zelt zurückbleiben, während die anderen Teilnehmer der Expedition Hilfe holten. Nach mehreren, wegen heftiger Schneestürme fehlgeschlagenen Versuchen barg ihn am Wochenende die Besatzung eines Hubschraubers.

„Miss Kanton"

Mehr auf Natürlichkeit als auf Glamour achtete die Jury eines Schönheitswettbewerbs, der jetzt erstmals seit der kommunistischen Revolution 1949 in China stattfand. Die jungen Bewerberinnen defilierten in ihrem schönsten Kleid, sagten Gedichte auf. Die Jury aus Schriftstellern, Musikdozenten und Parteifunktionären kürte die 18jährige Kellnerin **Tse Yu-Ye** zur „Miss Kanton".

WETTER: Leicht unbeständig

Wetterlage: Ein Tiefausläufer überquert Deutschland nach Südosten. Die einfließende frische Meeresluft gelangt anschließend wieder von Nordwesten her unter Hochdruckeinfluß.



Vorhersage für Montag:
Im Norden und Westen anfangs in den Mittelgebirgen noch strichweise Regen. Sonst wechselnde Bewölkung, vereinzelt Schauer. Im Süden bedeckt und zeitweise Regen, oberhalb 800 Meter Schneefall. Nachmittags von Nordwesten her Auflockerungen und Niederschlagsneigung abnehmend.

Weitere Aussichten:
Am Dienstag niederschlagsfrei. Bei Aufklaren geringer Nachtfrost. Im Verlauf im Norden wieder unbeständiger.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	1°	Kairo	17°
Bonn	3°	Kopenh.	-1°
Dresden	-1°	Las Palmas	18°
Essen	5°	London	10°
Frankfurt	5°	Madrid	11°
Hamburg	1°	Mailand	9°
List/Sylt	1°	Mallorca	12°
München	-1°	Moskau	-6°
Stuttgart	4°	Nizza	15°
Algier	14°	Oslo	1°
Amsterdam	7°	Paris	8°
Athen	11°	Prag	-1°
Barcelona	14°	Rom	11°
Brüssel	8°	Stockholm	-3°
Budapest	1°	Tel Aviv	23°
Bukarest	-1°	Tunis	15°
Helsinki	-3°	Wien	1°
Istanbul	7°	Zürich	5°

Sonnenaufgang* **am Dienstag**: 6.44 Uhr, Untergang: 18.21 Uhr; **Mondaufgang**: 0.44 Uhr, Untergang: 9.06 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Polisario übergibt Leichen der Antarktisforscher

dpa, Westsahara

Das Wrack des von der Befreiungsfront der Westsahara, Polisario, abgeschossenen deutschen Forschungsflugzeugs „Polar 3" und die Leichen der drei Insassen sind gestern in Algerien zur Übergabe vorbereitet worden. Der Generalsekretär der Polisario, Mohammed Abdelaziz, drückte an seinem Sitz im Grenzgebiet von Algerien und Westsahara seine Trauer über den Tod „unschuldiger Kriegsopfer" aus. Er versicherte den Angehörigen der Opfer sowie dem deutschen Volk und der Bundesregierung seine Anteilnahme.

Der 37jährige Abdelaziz forderte die Bundesrepublik Deutschland zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf. Die Bundesregierung betone zwar ihre Neutralität in dem Westsahara-Krieg. Dies sei jedoch nur dann überzeugend, wenn zu beiden Seiten gleiche Beziehungen hergestellt würden.

Abdelaziz schilderte ausführlich den Hergang des Abschusses der Do 228 und machte Marokko dafür verantwortlich. Wiederholt habe die Polisario alle Fluggesellschaften vor dem Überfliegen des Kriegsgebietes gewarnt. Marokko mißachte dies bewußt, um zu demonstrieren, daß es das Land unter Kontrolle habe.

So hätte der Kontrollturm von Dakhla (Westsahara) die beiden anfliegenden Do 228, die in einer Formation wie marokkanische Patrouillen geflogen seien, schon 400 Kilometer vor der Abschußstelle auf dem Radar erfaßt. Dabei hätten die Marokkaner auch erkennen können, daß die beiden Maschinen in lebensgefährlicher Tiefe flogen. Ein kurzer Hinweis der Marokkaner an die Piloten, aus Sicherheitsgründen einige Kilometer westlicher zu fliegen, hätte das Unglück verhindert, erklärte der Polisario-Chef.

Auch der Peterspfennig stopft das Loch nicht

Der Vatikan muß ein immer größeres Defizit verzeichnen

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Der Papst ist in Geldnöten. Die Bilanz des Heiligen Stuhls für das Jahr 1984 weist ein Defizit von mehr als 58 Milliarden Lire (95,7 Millionen Mark) auf. Für das kommende Jahr wird sogar mit einem mehr als 100 Millionen Mark tiefen „Loch" gerechnet. Dies geht aus einem Kommuniqué hervor, das der „Kardinalsrat für das Studium der organisatorischen und wirtschaftlichen Probleme des Heiligen Stuhls" nach viertägiger Bilanzprüfung am Wochenende veröffentlichte.

Die zwölf Kardinäle aus aller Welt, die unter dem Vorsitz von Kardinalstaatssekretär Casaroli tagten, appellierten an die Gläubigen und deren Lokalkirchen, den Papst durch „noch großzügigere" Solidaritätsbeweise als bisher in die Lage zu versetzen, „seine Mission gegenüber der Kirche und im Dienste der Menschheit in angemessener Weise" zu erfüllen. An den Beratungen nahm auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, teil.

Das Defizit des Vatikan ist in den vergangenen Jahren ständig gestiegen und kann heute nicht einmal mehr ganz durch die Zuwendungen, die alle Lokalkirchen in Form des „Peterspfennigs" an den Papst entrichten, gedeckt werden, obwohl sich diese Zuwendungen gleichzeitig beträchtlich erhöht haben. 1981, als der Kardinalsrat eingesetzt wurde, war das Defizit mit 62 Millionen Mark veranschlagt worden.

Das Aufkommen aus dem „Peterspfennig", der alljährlich am Peter-und-Paul-Tag (29. Juni) in allen katholischen Kirchen der Welt für den Papst eingesammelt wird, hatte damals knapp 30 Millionen Mark betragen. Im vergangenen Jahr brachte diese Kollekte über 80 Millionen Mark zusammen. Aber auch diese Summe reichte nicht aus, die Bilanz auszugleichen. Wie der Kardinalsrat mitteilte, mußte zur Deckung der Ausgaben auf „begrenzte Vermögensrücklagen" zurückgegriffen werden.

Als Gründe für das wachsende Defizit führten die Kardinäle neben der Inflation vor allem die gestiegenen Verwaltungs- und Personalkosten an, die sich aus der Einrichtung neuer Sekretariate, Räte und Kommissionen nach dem Zweiten Vatikanum ergeben. Hinzu kommt das ständig ansteigende Defizit des Vatikansenders, das im vergangenen Jahr 23,6 Millionen Mark betrug und für das kommende Jahr auf 29,6 Millionen Mark veranschlagt wird.

Die Personalkosten (Löhne, Gehälter und Pensionen) erreichten 1984 fast 90 Millionen Mark und lagen damit nur um acht Millionen Mark unter den Gesamteinnahmen des Heiligen Stuhls.

Bei der Erstellung des Haushaltsvoranschlags für 1985 mit seinem geschätzten Defizit von 103,7 Millionen Mark wurden noch die alten Lohn- und Gehaltstabellen zugrunde gelegt. Inzwischen hat die vatikanische „Gewerkschaft" aber eine Aufbesserung zugesagt erhalten und, um die Einhaltung dieser Zusage zu erzwingen, sogar schon mit einem Generalstreik gedroht. Die Mehrbelastung des Haushalts bei voller Einhaltung der Zusage wird auf über 20 Millionen Mark geschätzt.

Im Rahmen der Kardinalsberatung wurde schließlich über Vorschläge für eine Kurienreform beraten, mit der man offensichtlich hofft, die Ausgabenexplosion wieder etwas unter Kontrolle zu bekommen.

Beethoven hätte man dafür nicht bemühen müssen

ULRICH REITZ, Bonn

Beethoven und Kohl – bekomme es wohl! So oder ähnlich hatte wohl das Motto lauten sollen, mit dem Bonns Obere vor fünf Monaten den Versuch gestartet hatten, ihrer Stadt ein unverwechselbares kulinarisches Image zu geben. Der hauptstädtische Provinzgeruch sollte durch die Gaumenfreuden eines „Bonn-Menüs" endgültig ausgetrieben werden. Es wurde nichts daraus.

„Ein Schuß in den Ofen", kommentierte der Wirt des Oberkasseler Lokals „Bundeshäuschen" den Versuch, mit „Beethoven-Schmaus" und „Ökologendessert" Touristen anzulocken. Denn hinter diesen Begriffen verbergen sich nicht etwa höhere Tafelfreuden, sondern schlicht Triviales: Schweinshaxe und Früchtequark. Im „Beethoven-Restaurant" setzte man das erfolglose Bonn-Menü kurz entschlossen wieder ab. Und dabei hatten es die Organisatoren gar nicht so dumm angefangen. Schon manche „großen Söhne" (oder Töchter) wurden nicht nur in den Geschichtsbüchern, sondern auch in Kochbüchern verewigt.

Was macht das Flair der Bundeshauptstadt aus? Beethoven und der Kanzler. So wird denn beim „Bonner Parlamentariermenü" der Regierungschef persönlich bemüht: Die „Kanzlerroulade", der Hauptgang, ist sinnigerweise in Kohl gewickelt. Man ißt in Bonn eben aktuell, und daher kommt auch die Presse nicht zu kurz: Bouillon mit Buchstabennudeln als Hors d'oeuvre. Und das sollte kein Verkaufsschlager werden?

Die Gäste durchschauten die Absicht und erteilten der „Image-Pflege durch den Gaumen" eine Absage. Was allerdings nicht gegen Beethoven spricht. Wer wird ihn schon mit Schweinshaxe in Verbindung bringen wollen?